

# Deutsche Juristen-Zeitung.

BEGRÜNDET AM 1. JANUAR 1896 VON LABAND — STENGLEIN — STAUB — LIEBMANN.

Unter Mitwirkung von

DR. L. EBERMAYER,  
Oberreichsanwalt a. D.,  
Professor,

DR. F. ENGEL,  
Handelsgerichtspräsident u. Mitgl.  
des österr. Verfassungsgerichtshofes,

DR. FR. GRIMM,  
Rechtsanwalt,  
Professor,

DR. DR. MAX HACHENBURG,  
Rechtsanwalt,  
Mitglied des Reichswirtschaftsrats,

DR. ERNST HEYMANN,  
Geh. Justizrat,  
Professor,

D. DR. W. KAHL,  
Geh. Justizrat,  
Professor, M. d. R.,

DR. H. LINDENAU,  
Senatspräsident des  
Oberverwaltungsgerichts,

DR. E. MAMROTH,  
Rechtsanwalt,  
Justizrat,

DR. K. MEYER,  
bayer. Staatsrat, Ober-  
landesgerichtspräsident a. D.,

DR. J. POPITZ,  
Staatssekretär i. Reichsfinanz-  
ministerium i. e. R., Professor,

DR. J. RIESSER,  
Geh. Justizrat,  
Professor,

DR. E. SCHIFFER,  
Reichsjustizminister a. D.,  
Wirkl. Geh. Rat,

DR. RICH. SCHMIDT,  
Geh. Hofrat,  
Professor,

D. DR. R. SCHWANDER,  
Oberpräsident a. D.,  
Wirkl. Geh. Rat,

DR. A. VON STAFF,  
Wirkl. Geh. Oberjustizrat,  
Kammergerichtspräsident a. D.,

DR. H. TRIEPEL,  
Geh. Justizrat,  
Professor,

DR. G. WILDHAGEN,  
Geh. Justizrat, Rechtsanwalt  
beim Reichsgericht,

herausgegeben von

DR. DR. OTTO LIEBMANN, Berlin.

Verlag von Otto Liebmann, Verlag des Deutschen Wohnungs-Archivs, Berlin W. 57.

Bankkonto: Deutsche Bank u. Disconto-Ges., Kasse P, Berlin.

Postcheckkonto: Nr. 45561 Postcheckamt Berlin NW 7.

Die „Deutsche Juristen-Zeitung“ erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Ueber die Bezugspreise für Abonnements und einzelne Hefte vgl. die Angaben auf der 4. Umschlagseite. Bestellungen werden durch den Buchhandel und die Postanstalten sowie direkt die Geschäftsstelle Berlin W 57, Potsdamer Str. 96, entgegengenommen.



Sendungen sind nur an die Schriftleitung oder Geschäftsstelle, Berlin W 57, Potsdamer Str. 96, zu richten. Jeder Einlieferung ist Rückporto beizufügen. Fernspr. B 7 Pallas 2564. Alleinige Anzeigenannahme: Rudolf Mosse, Berlin SW. 100 und sämtliche Zweiganstalten. Anzeigen: die 6 gespaltene Nonpareillezeile 40 Pfennig, Stellengesuche 30 Pfennig.

(Nur auszugsweiser Nachdruck und nur mit genauer,

unverkürzter Quellenangabe wird gestattet.)

## Der Gesetzentwurf zur Aktienreform.

Von Rechtsanwalt Dr. Dr. Max Hachenburg, Mannheim.

### II.)

2. Die Strukturwandlung im Organismus der AktGes. Der Entwurf enthält wie früher die drei Organe der Aktiengesellschaft: Vorstand, Aufsichtsrat und Generalversammlung. Die beiden ersteren faßt man heute gern als „Verwaltung“ zusammen. Auch wenn man die rechtliche Trennung beibehalten und nicht den einheitlichen Verwaltungsrat des ausländischen Rechts übernommen hat, so stehen diese beiden Organe doch der GenVers. gegenüber. Kaum je, daß ein Zwiespalt zwischen Vorstand und Aufsichtsrat vor die GenVers. kommt. Dies schon deshalb, weil der Aufsichtsrat den Vorstand jederzeit ohne Grundangabe entlassen kann (§ 231 HGB.). Der Aufsichtsrat war bei seiner Schaffung als Ausschuß der Aktionäre gedacht. Er sollte für sie den Vorstand kontrollieren, auch sonst als Vertreter ihrer Interessen auftreten. Je mehr sich der Geschäftsbetrieb der AktGes. verselbständigte, je mehr bei der wachsenden Größe des Kapitals die Einzelaktionäre zurücktraten, desto unabhängiger fühlte sich der Aufsichtsrat, desto mehr wurde er zum Herrn des Unternehmens. Wie man ja auch aus der Geschichte weiß, daß sich die durch den Volkswillen entstandenen Ämter in selbständige Hoheitsrechte umgewandelt haben. Dieser Vorgang im Leben der AktGes. geht auf die Vorkriegszeit zurück. Er wurde aber durch die Kriegsfolgen und die aus ihnen erwachsenen Aufgaben der Verwaltung mächtig gefördert. Auch die Schattenseiten traten stärker hervor. So erschien die Neuordnung des Verhältnisses zwischen der Verwaltung und den Aktionären geboten. Wo der Schwerpunkt liegt, erkennt man sofort. Die Stellung des Aufsichtsrats mußte den veränderten Verhältnissen angepaßt werden. Zum ersten Male ist auch im

Gesetze selbst von dessen Vorsitzenden die Rede. Auch er hat sich durch die Praxis erst seine Stellung verschafft. Je größer ein Unternehmen wird, desto mehr wächst auch die Zahl der Mitglieder des Aufsichtsrats. Das kann man namentlich bei allen Fusionen beobachten. Nicht nur die Kapitalien, auch die Aufsichtsräte verschmelzen sich. Das verlangt aber wieder eine Konzentrierung auf wenige Köpfe. Die Leitung durch eine einheitliche Hand wird zur Notwendigkeit.

Inwieweit das Zurückdrängen des Aktionärs auf das anlagensuchende Publikum gewirkt hat, ist schwer zu sagen. Sicher hat man bei der Betonung dieses Momentes erheblich übertrieben. Es handelt sich aber hier nicht nur um wirtschaftliche Überlegungen, sondern auch um unkontrollierbare, psychologische Momente. Denkbar ist daher sehr wohl, daß, namentlich bei einer scharfen wirtschaftlichen Krise und der hierdurch gesteigerten Gefahr der Zusammenbrüche, das Mißtrauen gegen die Verwaltung durch ihre Verslossenheit und ihr gesteigertes Selbstgefühl vermehrt wurde. Ein Zurückschrauben der wirtschaftlichen Entwicklung auf die Zeit vor 1914 ist hier so wenig möglich wie auf politischem Gebiete. Einen solchen Versuch hatte der E. nicht unternommen. Wohl aber ist er bestrebt, auch hier eine Ausgleichung der verschiedenen Interessen vorzunehmen. Dabei bieten sich ihm zwei Wege. Einmal kann er die Macht der Verwaltung zugunsten der GenVers. beschränken. Zum andern kann er deren Verpflichtungen gegenüber den Aktionären steigern. Die erhöhte Verantwortung ist die selbstverständliche Konsequenz aus der erhöhten Macht.

Der erste Weg war mit Vorsicht zu betreten. Fälle, in denen die GenVers. zur Mitverwaltung heranzuziehen ist, lassen sich nur im geringen Umfang denken. Man darf die Aktionsfähigkeit von

1) Vgl. den Aufsatz S. 1419 d. Bl.



Vorstand und Aufsichtsrat nicht derart hemmen, daß der Apparat nur schwerfällig arbeitet. Daher verlangt der E. die Mitwirkung der GenVers. zur Gültigkeit von Rechtsakten nur da, wo es sich um einen Eingriff in den Organismus der AktGes. handelt. Dies ist bei dem Abschluß von Interessengemeinschaften (§ 195 Abs. 1 E.) der Fall. Dem stehen die Fälle gleich, die man in der Vertragspraxis auch mit dem Namen der Interessengemeinschaft versieht, ohne daß sie es sind, die Verpachtung des ganzen Unternehmens an einen anderen oder die Führung nur für dessen Rechnung (§ 95 Abs. 2 E.). Man hörte schon früher die Meinung, daß es sich auch hier nur um eine Satzungsänderung handelt. Jedenfalls erhält die AktGes. hierdurch ein anderes Gepräge. Als Satzungsänderung galt bisher jede Erhöhung des Grundkapitals. Eine solche liegt rechtlich nicht in der Beschaffung neuer Mittel durch Ausgabe von Obligationen oder von Genußscheinen. Wenn jene aber den Gläubigern gleich den Genußscheinen Rechte am Reingewinn gewähren, so stehen sie wirtschaftlich den Aktien sehr nahe. Der E. kennt jetzt auch die Ausgabe von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht. Der Unterschied zwischen den Obligationen mit Gewinnanteil und diesen Vorzugsaktien wird bei den AktGes. zwar juristisch bestehen, aber praktisch nicht oft zur Geltung kommen. Daher stellt der E. mit Recht die Ausgabe solcher Obligationen der Erhöhung des Grundkapitals gleich. Erst recht gilt dies, wenn dem Gläubiger ein Anspruch auf Umtausch seiner Obligationen gegen Aktien oder ein Bezugsrecht auf Aktien gewährt werden soll (§ 194 E.). In all diesen Fällen ging schon beim heutigen Rechte die herrschende Auffassung dahin, daß die Genehmigung der GenVers. einzuholen sei. Nur waren die Rechtshandlungen des Vorstandes ohne diese Befragung der GenVers. nicht ungültig. Es drohte nur den Mitgliedern von Vorstand und Aufsichtsrat im Falle des Fehlschlags der Regreß. Von jetzt ab sind aber auch die Fälle unmöglich gemacht, in denen die Mitglieder der Verwaltung dieses Risiko auf sich nahmen, um, vielfach auch im Interesse der AktGes., solche Abschlüsse nicht vorzeitig der Öffentlichkeit kundbar zu machen.

Man sieht zugleich aus dem engen Kreis der Mitwirkung der GenVers. die große Macht, die dem Aufsichtsrat und Vorstand verbleibt. Wohl ist durch die Anordnung der zur Wirksamkeit eines Rechtsgeschäfts erforderlichen Mitwirkung der GenVers. nicht ausgesprochen, daß in allen anderen Fällen die Verwaltung von der vorherigen Befragung der GenVers. unbedingt befreit ist. Allein die bisherige strenge Rechtsprechung, die in allen wichtigen Vorgängen die Verwaltung verantwortlich macht, wenn sie nicht vorher die Zustimmung der GenVers. einholt, wird nicht aufrechterhalten werden können. Es müssen schon sehr schwerwiegende, gleich den im Gesetze behandelten, in den Organismus der AktGes. eingreifende Vorgänge gegeben sein, wenn man die vorherige Einberufung der GenVers. verlangt. Dem entspricht dann aber die schärfere Herausarbeitung der Pflichten des Aufsichtsrats. Für den Vorstand hat man kaum eine neue Bestimmung getroffen. Die einzige, hierher zu rechnende Vorschrift (§ 70 E.), die Verpflichtung des Vorstandes zur regelmäßigen, mindestens vierteljährlichen Berichterstattung an den Aufsichtsrat, soll ja auch gerade dazu dienen, diesem die Unterlagen für seine Mitverwaltung zu bringen.

Er kann sich nicht mehr damit entschuldigen, daß der Vorstand ihn im Dunkeln gelassen habe. Unterbleibt der Bericht, so muß dies dem Aufsichtsrat auffallen. Dann muß er den Vorstand erinnern. Er muß sich über die Ursache der Verzögerung Klarheit verschaffen. Man sieht schon hieraus, daß der E. die Beteiligung des Aufsichtsrats an der Geschäftsführung stark betont. Dem gleichen Zwecke dient das Recht eines jeden Mitgliedes des Aufsichtsrats, jederzeit eine Berichterstattung des Vorstandes, allerdings nur an den Gesamtaufichtsrat, zu fordern (§ 179 Abs. 2 Satz 1 E.). Endlich auch ist jedem Mitgliede des Aufsichtsrats das Recht gegeben, dessen unverzügliche Berufung zu verlangen (§ 77 E.). Entspricht dem der Vorsitzende nicht, so kann der Antragsteller selbst den Aufsichtsrat einberufen. Diese Rechte sind den Mitgliedern des Aufsichtsrats im Interesse der Gesellschaft gegeben. Sie sollen davon Gebrauch machen, wenn es zur Erfüllung ihrer Aufgabe nötig ist. Sie sollen das aber auch nur in diesem Falle tun. Sicher kann auch hier ein Mißbrauch mit diesen Rechten getrieben werden. Sie stehen auch den Betriebsratsmitgliedern zu. Jedes einzelne Aufsichtsratsmitglied kann den Vorstand mit Fragen überschütten. Es wird nicht nötig sein, im Gesetze selbst hier eine Hemmungsvorschrift einzufügen. Der Vorstand muß das Recht haben, wo kein Interesse des Aufsichtsrats als solchem an der Auskunft vorliegt, oder wo die Mitteilung mit den Interessen der AktGes. in Widerspruch steht, den Bericht zu weigern. Der Gedanke, der aus den gleichen Gründen das Fragerecht des einzelnen Aktionärs beschränkt, muß auch hier gelten. Die Berufung des Aufsichtsrats ist allerdings aus solchen Gründen nicht verboten. Hier könnte eine Bestimmung, wonach der Einberufer bei zwecklosem Vorgehen die Kosten zu tragen hat, mildernd wirken. Sie kann in die Satzung eingefügt werden. Eine unzulässige Minderung des Rechts des Aufsichtsrats wäre dies nicht. Für die Betriebsratsmitglieder käme dies freilich praktisch auch nicht in Betracht. Man wird trotzdem die Vorschrift, weil sie einer Allmacht des Vorsitzenden vorzubeugen in der Lage ist, annehmen dürfen.

In der Satzung kann der Minderheit der Aktionäre ein Recht auf Vertretung im Aufsichtsrat eingeräumt werden (§ 74 Abs. 5 E.). Es wird allerdings nicht sehr häufig sein, daß bei der Gründung ein solcher Satz in den Gesellschaftsvertrag aufgenommen wird. Doch sind solche Fälle immerhin denkbar. Möglich aber auch, daß ein Kampf zwischen Mehrheit und Minderheit durch diese statutarische Konzession der Vertretung im Aufsichtsrat beendet wird. Dann wird dieser Vertreter durch die neu eingeführten Rechte der einzelnen Aufsichtsratsmitglieder sich gegen eine Kaltstellung im Aufsichtsrat wehren. Es muß der Zukunft überlassen bleiben, wie sich diese Bestimmungen auswirken werden. Jedenfalls wird aus ihnen der Wille des Gesetzes erkennbar, dem Aufsichtsrat eine stärkere Verantwortung für die Führung der Geschäfte aufzuerlegen. Er soll und darf sich nicht mehr mit seiner Unkenntnis entschuldigen. Er muß sich durch die freiwillig erstatteten oder von ihm geforderten Berichte ein Bild vom Stand der Dinge machen.

Die Neufassung des früheren § 246 Abs. 1 HGB. in § 79 Abs. 1 E. scheint eine Milderung der Verantwortung des Aufsichtsrats zu bedeuten. Die Worte



„in allen Zweigen der Verwaltung“ bei der Ueberwachung sind gestrichen. Es heißt auch nicht mehr, daß der Aufsichtsrat sich von dem Gange der Angelegenheiten der Gesellschaft zu unterrichten hat. Allein aus den eben besprochenen Einzelschriften zeigt sich, daß dies die selbstverständliche Konsequenz der Ueberwachung der Geschäftsführung ist. Man hat diese Obliegenheit des Aufsichtsrats stärker untermauert. Damit hat man sie erst recht in den Vordergrund geschoben. Nur der frühere Hinweis auf alle Zweige der Verwaltung war praktisch nicht aufrecht zu erhalten. Bei Riesenunternehmungen kann kein Aufsichtsrat überall seine Augen haben. Das hat auch die bisherige Praxis schon anerkannt. Es muß im Einzelfalle geprüft werden, wieweit die Erfüllung der Pflicht der Ueberwachung möglich ist. Aber auch unter dem neuen Rechte wird die Macht der Tatsachen stärker sein als der Wortlaut des Gesetzes. Wohl steht auch jedem Aufsichtsratsmitglied bei den Riesengesellschaften mit einem 50- und mehrköpfigen Aufsichtsrat das Recht der Berufung des Aufsichtsrats oder das Recht auf Berichterstattung zu. Man wird aber auch hier nur mit den beschränkten menschlichen Möglichkeiten rechnen müssen. Man kann einem Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft keinen Vorwurf machen, wenn es nicht stets und ständig sich mit den Angelegenheiten der Gesellschaft beschäftigt und Aufschlüsse und Auskünfte einfordert. Einen praktisch unmöglichen Zustand kann auch das Gesetz nicht verlangen. Anders auch hier, wenn dieses Aufsichtsratsmitglied durch einen besonderen Vorfall, der ihm zur Kenntnis gelangt, auf besondere Momente aufmerksam gemacht wird. Dann muß es von dem ihm zu Gebote stehenden Mittel Gebrauch machen, falls nicht schon die Mitteilung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats Abhilfe schafft.

Hand in Hand mit der Ueberwachung der Geschäftsführung durch den Aufsichtsrat geht seine Mitwirkung bei den Geschäften. Beides läßt sich nicht auseinanderhalten. Der Aufsichtsrat kann unmöglich nur verhütend wirken. Er gibt Anweisungen, die befolgt werden müssen. Die Ueberwachung enthält gleichzeitig das Recht der Mitverwaltung. Die Verpflichtung des Vorstandes zum Berichte bezweckt ja gerade, das positive Eingreifen des Aufsichtsrats zu fördern. Es ist für die AktGes. von größerem Interesse, daß vor dem Abschluß eines wichtigen Geschäftes der Aufsichtsrat gefragt wird, als daß er nachher bei der Kontrolle seine Mißbilligung äußert.

Hat hier der E. die bereits heute vorhandene Stellung des Aufsichtsrats auch rechtlich anerkannt, so hat er umgekehrt auch eine im bisherigen Gesetze enthaltene Pflicht des Aufsichtsrats zur Buch- und Bilanzprüfung wesentlich gemildert, ja fast beseitigt. Wohl hat der Aufsichtsrat immer noch die Jahresrechnungen, die Bilanz und die Vorschläge der Gewinnverteilung zu prüfen. Darüber soll er der GenVers. berichten (§ 79 Abs. 1 E.). Allein die Prüfung ist jetzt nicht mehr als eine Bücherrevision gedacht. Hier schiebt das Gesetz, der immer mehr auch in Deutschland gefestigten Uebung entsprechend, die Prüfung durch geeignete Vertrauensmänner ein (§§ 118 ff. E.). Freilich wird diese Zwangsrevisor noch nicht sofort in Kraft gesetzt. Die Reichsregierung soll darüber bestimmen. Dies geschieht, sobald sie sich von dem Vorhandensein genügend zuverlässiger

Sachverständiger überzeugt hat (Art. 1 E. eines EG.). Wenn und sobald nun diese Pflichtrevision besteht, wäre es widersinnig, die gleiche Arbeit dem Aufsichtsrat aufzuerlegen. Er kann sie garnicht durchführen. Daher muß er als hiervon entlastet angesehen werden. Dies schon deshalb, weil ja auch diese Revisoren nicht von ihm, sondern von der GenVers. ernannt werden (§ 119 Abs. 1 E.). Es steht sogar auch einer Minderheit von 10 % des Grundkapitals ein Widerspruch gegen die Auswahl der Bilanzprüfer zu (§ 119 Abs. 2 und 3 E.). Damit werden diese zu einem neben dem Aufsichtsrat stehenden Organ der Akt.-Ges. erhoben. Dann muß ihre Aufgabe aus dem Aufgabenkreis des Aufsichtsrats ausscheiden. Wohl hat dieser immer noch die Bilanz zu prüfen. Allein die Unterlage seiner Prüfung ist nur noch der Bericht der Buchprüfer. Soweit diese die sachgemäße Aufstellung der Jahresbilanz und die Beobachtung der gesetzlichen Vorschriften bestätigt haben, darf er die Bilanz als ordnungsgemäß errichtet ansehen. Er braucht die einzelnen Unterlagen nicht nochmals zu überprüfen. Nur soweit der Bericht Zweifel läßt oder Anstände erhebt, hat hier die Ueberprüfung des Aufsichtsrats einzusetzen. Das gleiche muß aber auch vor der Inkraftsetzung der §§ 118 ff. E. gelten, wenn die AktGes. in der Satzung die Pflichtrevision einführt. Vorausgesetzt ist dabei, daß die von ihr beauftragten Buchprüfer das Vertrauen rechtfertigen. Dabei wird aber auch, um diese Entlastung des Aufsichtsrats zu erreichen, der GenVers. die Wahl dieser Buchprüfer zu übertragen sein. Man wird auch der Minderheit, wie in § 119 vorgesehen, das Widerspruchsrecht geben müssen.

Der E. will auch den Regreß gegen Aufsichtsrat und Vorstand erleichtern. Er schränkt das Verlangen der Beklagten auf Sicherheitsleistung (§ 269 Abs. 3 HGB.) ein. Die Sicherheit kann nur verlangt werden, wenn der Ersatzanspruch glaubhaft gemacht ist (§ 113 Abs. 3 E.). Von allzu großer Bedeutung wird diese Bestimmung kaum werden. Die Regreßklagen finden meist dann statt, wenn die Gesellschaft zusammengebrochen oder jedenfalls in große Schwierigkeiten geraten ist. Immerhin will der E. auch hier zeigen, daß ihm an der Verantwortung der Verwaltung gelegen ist.

Wichtiger noch als diese nur im äußersten Falle eintretende Möglichkeit des Regresses ist die vorherige Aufklärung der Aktionäre über den wirklichen Stand der Dinge. Hier liegt eines der schwierigsten Probleme der Gesetzgebung vor. Der Gegensatz zwischen der Verwaltung und den Aktionären entspringt daraus, daß jene jede Bekanntgabe ihrer Maßnahmen im Interesse der Gesellschaft geheimhalten zu müssen glaubt. Umgekehrt verlangen die Aktionäre, alles zu wissen, was vorgeht. Beide Gesichtspunkte haben ihre Berechtigung. Kein Unternehmen kann alle Interessen seines Geschäfts preisgeben. Kein Aktionär, der sein Geld in das Unternehmen steckt, wird überall im Dunkeln bleiben wollen. Die Gefahr, durch seine Unkenntnis von der Wahrung seiner Interessen abgehalten zu werden, besteht. Aber ebenso auch die Möglichkeit, daß unter dem Deckmantel dieser Interessen die Konkurrenz in die Geschäftsführung der AktGes. hineinzuspähen wünscht. Der E. hat die Versöhnung dieser beiden Strömungen unternommen. So gut es überhaupt möglich ist, hat er sie durchgeführt. Er gibt zunächst Vorschriften über den Inhalt der



Bilanz und des Geschäftsberichts. Dabei muß der Aufsichtsrat auch erwähnen, wie oft er und in welcher Art und in welchem sachlichen Umfange er die Prüfung der Geschäftsführung während des Geschäftsjahres vorgenommen hat (§ 79 Abs. 3 E.). Auf die Einzelheiten kann hier nicht näher eingegangen werden. Die Ansichten, ob die Liste der Vorschriften nicht zu groß oder zu klein ist, stehen sich begreiflicherweise gegenüber. Wesentlich ist hier nur der Gedanke des E., die Verwaltung zu einer Durchführung des jetzt schon im Gesetze enthaltenen Gedankens über die Klarheit der Bilanz zu zwingen. Der Bericht soll ein wirklicher Bericht sein. Die Aktionäre sollen nicht mit einigen Redewendungen abgespeist werden (§§ 110—116 E.). Doch ist auch hier schon das besondere Interesse der Gesellschaft als gegen die vom Gesetz vorgeschriebene Ausführung zugelassen (§ 110 Abs. 6 E.). Die Berichterstattung kann unterbleiben, wenn das überwiegende Interesse der Gesellschaft oder der Allgemeinheit dies erfordert. Sie kann aber auch dann unterlassen werden, wenn die GenVers. darüber hinweggeht. Erhebt sie keinen Widerspruch, so wird auch die nicht den Vorschriften des Gesetzes entsprechende Bilanz rechtsgültig. Neben diesen von Amts wegen zu beachtenden Vorschriften besteht die Auskunftspflicht der Verwaltung gegenüber den Fragen der Aktionäre. Jeder Aktionär kann eine Auskunft über Angelegenheiten der Gesellschaft fordern, „die mit den Gegenständen der Verhandlung im Zusammenhang stehen“ (§ 86 Abs. 1 Satz 1 E.). Dies gilt dann auch von Beziehungen einer Gesellschaft zu einer Tochtergesellschaft (§ 86 Abs. 1 Satz 3 E.). Damit wird die Streitfrage des bisherigen Rechts über das Fragerecht des einzelnen Aktionärs und über die Ausdehnung auch auf einen Gesamtkonzern zugunsten der Aktionäre entschieden. Dem Schutze der Gesellschaft dient das Recht der Auskunftsweigerung, falls das überwiegende Interesse der Gesellschafter oder der Allgemeinheit dies erfordert. Wird die Frage durch eine Minderheit von mindestens 10% des Grundkapitals gestützt, so muß Vertagung erfolgen. Die Entsch. geschieht durch eine Spruchstelle. Wo sie und wie sie sein wird, steht noch offen. Sie muß so gestaltet sein, daß sie rasch, aber gründlich sich unterrichtet. Ein Mißbrauch des Fragerechts wäre zu befürchten, wenn der Frage durch die Anrufung der Spruchstelle gerade das erfahren würde, was man ihm nach Ansicht der Verwaltung im Interesse der Gesellschaft verweigern muß. Daher besteht ein eigenartiges Geheimverfahren bei der Spruchstelle. Wie diese funktionieren wird, ob es gelingt, wirklich die Versöhnung der beiderseitigen Interessen herbeizuführen, wird auch wieder nur die Zukunft lehren können. Auch hier wissen wir nicht, ob durch die Einräumung des Fragerechtes eine Beruhigung unter den Aktionären eintritt. Wir wissen nicht, ob ein Mißbrauch zu befürchten ist, der auch durch die Spruchstelle nicht verhütet werden kann. Der Druck, den ein einzelner Aktionär durch seine unangenehmen Fragen auf die Verwaltung auszuüben sucht, wird so wenig zu vermeiden sein, wie der durch Protest und Anfechtungsklage ausgeübte. Man wird trotzdem den Versuch wagen müssen. Das Auskunftsrecht mag für manche Verwaltungen unangenehm werden. Es kann auch in dem einen oder anderen Falle zu anderen Zwecken als den Interessen der AktGes. oder der Aktionäre benutzt

werden. Grundsätzlich wird man diese Erweiterung der Rechte der Aktionäre gerade bei der außerordentlich gesteigerten Machtstellung der Verwaltung jenen nicht versagen dürfen.

Zu den Gegenständen, über welche sich Bilanz oder Geschäftsbericht vernehmen lassen müssen, gehören nicht die stillen Reserven. Auch um diese tobte ein lebhafter Kampf. Gewiß kann durch die Unterbewertung von Waren oder Ausständen der Verwaltung die Möglichkeit zu Maßnahmen gegeben werden, von denen der Aktionär zunächst nichts aus der Bilanz erfährt. Durch die in späterer Zeit eintretende Höherbewertung der Waren wird ein Gewinn ausgewiesen, der aus den früheren Epochen stammt, aber in verborgener Weise herübergenommen wurde. Das entspricht aber dem an sich durchaus gesunden Gedanken, daß es sich im Durchschnitt mehrerer Jahre zeigt, ob ein verteilbarer Gewinn vorhanden ist. Vorerst muß noch mit der Begehrlichkeit der Aktionäre auf Dividende gerechnet werden. Die Prophezeiung, daß die vernünftigen Aktionäre auch beim Ausweisen des vollen Gewinnes mit der Bildung großer Reserven einverstanden sein werden, begegnet großem Zweifel. Auch hier wird das vorhergesagt, was man gerne glaubt. Die Erfahrung hat aber bisher gelehrt, daß bei den meisten Aktionären der Wunsch nach großer Dividende mächtiger ist, als der nach der inneren Stärkung des Unternehmens. Der Entw. verbietet nur ausdrücklich die Bildung von Reserven durch Einstellung fingierter Passiven. Auch das entspricht der bereits herrschenden Auffassung. Es ist ein anderes, wenn man vorhandene Aktiven zu geringerem Werte als zu den Gestehungskosten einsetzt, ein anderes, wenn man überhaupt nicht vorhandene Verbindlichkeiten in die Bilanz aufnimmt. Das Fragerecht der Aktionäre wird sich aber auch auf die stillen Reserven erstrecken. Denn auch hier handelt es sich um eine Angelegenheit der Gesellschaft, die im unmittelbaren Zusammenhang mit dem Gegenstand der Verhandlung, der Genehmigung der Bilanz steht. Der Aktionär will wissen, ob die Aufnahme der Ware nach den gesetzlichen Vorschriften oder unter darüber hinausgehenden Abschreibungen erfolgt ist. Er hat ein Interesse daran, zu erfahren, ob solche stillen Reserven vorhanden sind. Er kann sich auch über die Höhe dieser stillen Reserven Bericht erbitten. Hier wird schon die Besorgnis der Verwaltung einsetzen, daß sie der Konkurrenz eine Kontrolle der Geschäftsgebarung ermöglicht. Die Befürchtung, einen größeren Gewinn als die Gewinn- und Verlustrechnung aufweist zu offenbaren, wird aber allein nicht genügen, das Auskunftsrecht des Aktionärs auszuschalten. Es müssen schon ganz konkrete Momente der Spruchstelle dargelegt werden, aus denen diese Auskunft verweigert wird.

Bisher war von dem Verhältnis der GenVers. zur Verwaltung die Rede. Parallel damit geht aber die Fürsorge für die Minderheit in der Generalversammlung gegenüber der Mehrheit. Diese wird in den meisten Fällen hinter der Verwaltung stehen. Der Aufsichtsrat wird ja von der Mehrheit der Generalversammlung gewählt. Daher hier der Minderheitsschutz verstärkt werden soll. Dem dient die auch vom E., wenn auch abgeschwächt, übernommene sogenannte Generalklausel (§ 136 Abs. 1 Satz 2 E.). Eine Verletzung des Gesetzes, die zu einer Anfechtung eines Beschlusses einer Generalversammlung berechtigt, liegt auch dann vor, wenn der Beschluß auf einer Ausübung des



Stimmrechts beruht, durch die der Aktionär gesellschaftsfremde Sondervorteile für sich oder einen Dritten verfolgt. Man hatte bisher in diesen Fällen einen Verstoß gegen die guten Sitten behauptet. Daran hatte man die Nichtigkeit geknüpft. Solche Nichtigkeitsklagen wurden als ungemein störend empfunden. Sie konnten ja nach Jahren noch erhoben werden. Jetzt wird die Minderheit dadurch geschützt, daß grundsätzlich die Stimmrechtsausübung nur im Interesse der AktGes. erfolgen soll. Nur wird auch hier den benachteiligten Aktionären die Initiative überlassen. Verstreicht die Anfechtungsfrist, so liegt darin eine Genehmigung durch alle, auch durch die überstimmten Aktionäre.

Neu ist auch die Heranziehung der Haftung von Personen, die nicht kraft ihrer Stellung für die Vorgänge in der Geschäftsführung verantwortlich sind. Schon bei der Gründung der AktGes. sind den Gründern Personen gleichgestellt, für deren Rechnung die Gründer die Aktien übernommen haben (§ 31 Abs. 5 E.). Das trifft die eigentlichen Interessenten. Sie sollen sich nicht durch Vorschub von Strohmännern der Gründerhaftung entziehen. In gleicher Richtung macht aber der E. die Personen haftbar, die ihren Einfluß auf die Schicksale der AktGes., ohne in den Aufsichtsrat einzutreten, in ihrem Sonderinteresse ausbeuten (§ 84 E.). Das ist der amerikanische „boss“. Allerdings wird hier nur eine Bestimmung des Vorstandes oder des Aufsichtsrates „zu einem vorsätzlichen Handeln zum Schaden der Gesellschaft“ getroffen. Es wäre auch die Möglichkeit denkbar, daß der Einfluß des Aktionärs auch ein fahrlässiges Verhalten des Vorstandes oder des Aufsichtsrates hervorruft. Diese haben ein solches Vertrauen zu dem Großaktionär, daß sie ihm blindlings folgen. Sie merken nicht, daß seine Pläne nicht durch das Interesse der Gesellschaft bestimmt sind, sondern im Gegenteil zu deren Schaden reichen müssen. Es ist aber schon ein genügender Schritt, den außerhalb der Verwaltung stehenden Aktionär kraft seines Einflusses überhaupt einmal für haftbar zu erklären. Auch hier sind wir nicht sicher, ob nicht ein Mißbrauch dieser Vorschrift möglich ist. Nicht daß beim Vorliegen der Voraussetzung des § 84 E. keine Haftung eintreten sollte. Wohl aber kann auch hier die gesetzliche Ermächtigung einer solchen Klage zu Pressionen führen. Aber auch hier muß diese Befürchtung zurücktreten hinter dem zweifellos vorhandenen Interesse der AktGes. und der Minderheit ihrer Aktionäre.

(Schluß folgt.)

## Die Pensionierung der Magistratsmitglieder.

Von Verwaltungsrechtsrat, Oberverwaltungsgerichtsrat a. D.  
v. Eynern, M. d. L., Berlin<sup>1)</sup>.

Die Frage, wer für die Pensionierung der besoldeten Magistratsmitglieder zuständig ist, ist kürzlich bei der Pensionierung des Oberbürgermeisters Böß erneut zu Erörterung gekommen und auf Beschwerde aus Stadtverordnetenkreisen vom Oberpräsidenten dahin beantwortet worden, daß diese Entsch. nur dem Magistrat ohne Mitwirkung der Stadtverordneten-

Versammlung zustehe. Der Oberpräsident begründet seine Stellungnahme wie folgt:

Die Entsch. über die Dienstunfähigkeit von städtischen Beamten betreffe eine tatsächliche, im Verwaltungsinteresse pflichtmäßig zu treffende Feststellung, die ihrer Natur nach der für die städtische Gemeindeverwaltung bestellten und für ihren ordentlichen Gang verantwortlichen Gemeindebehörde obliege. Sie sei keine Disposition über Gemeindeangelegenheiten, sondern ein behördlicher Akt, den der Magistrat als Gemeindebehörde vollziehe. Durch §§ 1 und 13 des Ortsgesetzes der Stadt Berlin über die Versetzung in den Ruhestand in der Fassung v. 7./27. März 1928 sei dem Magistrat die Aufgabe und ausdrückliche Befugnis übertragen worden, auch bei Magistratsmitgliedern die Ruhegehaltsbezüge festzusetzen. . . . Die Festsetzung des Ruhegehalts sei kein kalkulatorischer, sondern ein Rechtsakt, der die Grundlage des Ruhegehaltsanspruchs bilde. Die Uebertragung dieses Rechtsaktes auf den Magistrat halte sich in den Grenzen der Gesetze, da die Festsetzung des Ruhegehalts nicht nach freiem Ermessen, sondern nach bestimmten, durch die allgemeinen Besoldungsgesetze und durch Ortsrecht vorgeschriebenen Normen erfolge.

Die vom Oberpräsidenten angeführten Bestimmungen des Berliner Ortsgesetzes enthalten aber keineswegs eine klare Stellungnahme zugunsten der behaupteten Zuständigkeit des Magistrats. § 1 bestimmt nur, daß die Bezüge der Gemeindebeamten der Stadt Berlin einschließlich der Magistratsmitglieder bei eintretender Dienstunfähigkeit nach denselben Grundsätzen gezahlt werden, wie sie bei den un-mittelbaren Staatsbeamten zur Anwendung kommen. Diese Bestimmung entspricht also § 65 Abs. 2 der Städte-Ordnung, der eine entsprechende Regelung für die lebenslänglich angestellten Gemeindebeamten trifft, ohne der Magistratsmitglieder Erwähnung zu tun. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß diese beiden Vorschriften nur materiellrechtlicher Natur sind, ohne irgendeine Zuständigkeitsbestimmung zu enthalten. Will man wirklich so weit gehen, ihnen auch eine formal-rechtliche Bedeutung zu geben, so könnte sie höchstens darin liegen, daß die Bestimmungen, durch die das formelle Verfahren bei der Pensionierung der Staatsbeamten geregelt ist, auf die entsprechenden Gruppen von Gemeindebeamten analoge Anwendung zu finden habe.

Dagegen enthält § 13 des Berliner Ortsgesetzes zweifellos eine Zuständigkeitsbestimmung, nämlich die, daß die Festsetzung der Ruhegehälter auch für die Magistratsmitglieder dem Magistrat übertragen wird. Damit ist aber keineswegs die Frage entschieden, ob auch die Feststellung der Dienstunfähigkeit zu den ausschließlichen Obliegenheiten des Magistrats gehört. Das in den §§ 20 ff. Pensionsgesetzes geregelte staatliche Verfahren unterscheidet zwei deutlich getrennte Stufen. In den §§ 20 und 21 ist die Feststellung der Dienstunfähigkeit geregelt, für die nach vorhergegangener gutachtlicher Äußerung des unmittelbaren Dienstvorgesetzten grundsätzlich der Departementschef zuständig ist. Die zweite Stufe bildet die Festsetzung des Ruhegehalts, die dem Departementschef in Gemeinschaft mit dem Finanzminister zusteht. Diese letztere Entsch. unterliegt allein der Kontrolle durch den ordentlichen Richter, während dieser bez. der Dienstunfähigkeit an die Entsch. der zuständigen Ver-

<sup>1)</sup> Nachdem S. 1429 d. Bl. Präsident Mooshake sich mit den Lehren aus dem Disziplinarverfahren gegen den Oberbürgermeister von Berlin beschäftigt hat, bringen wir eine Darlegung aus sachverständiger Feder über die Frage der Zuständigkeit für seine Pensionierung, die gleichfalls weit über Berlin hinaus in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt hat. Die Schriftleitung.



waltungsstelle gebunden ist. Es handelt sich also um zwei wesensverschiedene Befugnisse. Auch die letztere ist nicht — und darin wird man der Entsch. des Oberpräsidenten zustimmen können — rein kalkulatorischer Art, aber doch nicht von der grundsätzlichen Bedeutung, wie die Entsch. über Dienstfähigkeit oder -unfähigkeit, zumal es hier nach § 20 Abs. 2 im freien Ermessen der entscheidenden Stelle steht, welche Beweismittel sie für maßgebend erachten will.

Indem die Entsch. des Oberpräsidenten diese beiden Entsch. nicht klar auseinanderhält, wird der Eindruck erweckt, als ob § 13 des Ortsgesetzes auch bez. der Feststellung der Dienstunfähigkeit eine Regelung treffe, was nicht der Fall ist. In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß bei der Pensionierung der lebenslänglich angestellten Beamten da, wo keine ortsrechtliche Regelung vorliegt, ein Auseinanderfallen der Zuständigkeiten bei den beiden Stufen des Verfahrens geltenden Rechtes ist, und zwar ist nach den Entsch. des OVG. bei dieser Beamtenkategorie für die Feststellung der Dienstunfähigkeit der Magistrat allein, für die Festsetzung der Pension die Stadtverordneten-Vers. mit Zustimmung des Magistrats zuständig.

Auf die Bestimmungen der Berliner Ortssatzung wird also der Oberpräsident seine Entsch. nicht stützen können, abgesehen von der Frage, ob überhaupt hier die Voraussetzungen für eine ortsstatutarische Regelung gemäß § 11 der StädteO. gegeben sind. Selbst wenn man annehmen wollte, daß bez. der Zuständigkeit für die Dienstunfähigkeitsklärung von Magistratsmitgliedern die StädteO. eine Lücke enthielte, so würde § 13 des Berliner Ortsrechts die Ausfüllung einer solchen nicht enthalten.

Der Bescheid des Oberpräsidenten bezieht sich ferner auf allgemeine Begriffe über die Eigenart behördlicher Entsch. Wenn gesagt wird, daß die Entsch. über die Dienstunfähigkeit keine Disposition über Gemeindeangelegenheiten, sondern einen behördlichen Akt darstelle, so soll wohl die zwingende Vorschrift des § 35 Satz 1 der StädteO., wonach alle Gemeindeangelegenheiten zur Zuständigkeit der StadtverordnetenVers. gehören, für unanwendbar erklärt werden. Damit aber steht im Widerspruch, wenn betont wird, daß der Magistrat diesen Akt „als Gemeindebehörde“ vollzieht. Was der Magistrat als „Gemeindebehörde“ ausführt, ist zweifellos eine Gemeindeangelegenheit. Der Gegensatz, den § 35 Satz 1 im Auge hat, ist der von Gemeindeangelegenheiten zu Staatsangelegenheiten oder, um die neueren Ausdrücke zu gebrauchen, von „Selbstverwaltungsangelegenheiten“ zu „Auftragsangelegenheiten“. Die Abgrenzung zwischen Angelegenheiten der Gemeinde, bei denen Magistrat und StadtverordnetenVers. zusammenwirken, und ausschließlichen Angelegenheiten des Magistrats, ist nach der StädteO. keine systematisch-begriffsmäßige, sondern eine enumeratorisch-kasuistische. Die Aufzählung der dem Magistrat ausschließlich zustehenden Befugnisse, die sich in § 56 StädteO. findet, enthält allerdings neben den ausschließlichen Befugnissen des Magistrats in Gemeindeangelegenheiten, in denen er als „Gemeindeverwaltungsbehörde“ tätig wird, solche, die ihm als „Ortsobrigkeit“ zustehen, in denen also die Mitwirkung der StadtverordnetenVers. gar nicht in Frage kommen kann, weil es sich um staatliche Befugnisse handelt. Diese Unterscheidung kann aber der Ober-

präsident nicht gemeint haben, sondern die von ihm angedeutete systematische Einteilung in „eigentliche Gemeindeangelegenheiten“ und „behördliche Akte“ soll sich innerhalb der Gemeindezuständigkeit geltend machen.

Zutreffend ist, daß wir auch innerhalb der reinen Gemeindeangelegenheiten obrigkeitliche oder hoheitliche Funktionen und wirtschaftliche Betätigung unterscheiden müssen. Daß aber die Hoheitsbefugnisse nur vom Magistrat wahrgenommen werden könnten, ist nirgends bestimmt. Im Gegenteil steht eine Fülle solcher gemeindlicher Hoheitsakte der Stadt als solcher, d. h. der StadtverordnetenVers. unter Zustimmung des Magistrats zu, so z. B. die Finanzhoheit, insbes. das Recht, Umlagen zu beschließen und Steuerverordnungen zu erlassen. Das Recht der Beamtenbestellung, das zweifellos ein Hoheitsrecht der Gemeinde ist, ist geteilt. Die lebenslänglich angestellten Beamten ernannt der Magistrat nach Vernehmen der Stadtverordneten, die Magistratsmitglieder werden von der StadtverordnetenVers. gewählt, wobei dem Magistrat nur die Ausführungshandlung der Ausstellung einer Anstellungs-urkunde durch Ministerialerlaß zugewiesen ist. Die vom Oberpräsidenten zugrunde gelegte Scheidung zwischen „gemeindlichen Behördenakten“ und „Gemeindeangelegenheiten“ ist jedenfalls in der Praxis unbekannt und theoretisch nicht zu begründen. Soweit das Schrifttum versucht hat, ein System für die Teilung der Zuständigkeiten zwischen Magistrat und StadtverordnetenVers. aufzustellen, hat man sich an § 56 Nr. 2 der StädteO. angeschlossen, der der StadtverordnetenVers. die Beschlußfassung, dem Magistrat die Ausführung der Beschlüsse zuweist. Zweifellos ist die Tätigkeit der StadtverordnetenVers. mit der Tätigkeit einer Behörde viel enger verwandt, als etwa die Tätigkeit eines Parlaments. Gerade das ist das Kennzeichen der städtischen Selbstverwaltung im Gegensatz zum Aufbau des Staates, daß die Vertretung der Bürger nicht nur legislatorische Befugnisse hat, sondern durch ihre Beschlüsse auch eine verwaltende Tätigkeit ausübt. Die Anerkennung der Dienstunfähigkeit eines Magistratsmitgliedes stellt zweifellos eine Beschlußfassung dar. Gewiß liegt einer solchen Entsch. eine „tatsächliche Feststellung“ zugrunde; das ist keine Besonderheit, die eine Ausschaltung der StadtverordnetenVers. zur Folge haben könnte.

Der vom Oberpräsidenten betonte Gesichtspunkt, daß der Magistrat für den ordentlichen Gang der Geschäfte verantwortlich sei, kann auch nicht dahin führen, dem Magistrat auf Gebieten, auf denen eine Störung des Geschäftsganges durch unsachliche Beschlüsse der Stadtverordneten herbeigeführt werden könnte, eine besondere, im Gesetz nicht vorgesehene ausschließliche Zuständigkeit zu geben. Bez. der Pensionierungsanträge der lebenslänglich angestellten Beamten hat das OVG. die ausschließliche Zuständigkeit des Magistrats darauf gestützt, daß derselbe diese Beamten nach § 56 der StädteO. zu „beaufsichtigen“ habe und zur Beaufsichtigung in erster Linie jedenfalls die Frage gehöre, ob ein Beamter dienstfähig oder dienstunfähig sei. Ähnlich wendet der Oberpräsident den allg. Begriff der Verantwortlichkeit für den ordentlichen Gang der Verwaltung an, wobei nicht beachtet wird, daß das OVG. sich auf eine bestimmte Gesetzesbestimmung gestützt hat, wodurch diese Materie der „Beaufsichtigung“ der



lebenslanglich angestellten Beamten der Zuständigkeit der StadtverordnetenVers. entzogen ist. An einer solchen Gesetzesbestimmung aber fehlt es bez. der Magistratsmitglieder. Man kann auch nicht sagen, daß ihre Beaufsichtigung durch die Stadtverordneten aus der Natur der Sache heraus ausgeschlossen sei. Im Gegenteil ist nach § 37 der StädteO. die Kontrolle der Verwaltung, und zwar naturgemäß in erster Linie der obersten Leiter der Verwaltung, die eigentliche Aufgabe des Stadtparlaments. Gewiß ist es auch Sache des Magistrats als Kollegium, darüber zu wachen, daß der ordentliche Gang der Verwaltung auch innerhalb des Geschäftsbereiches seiner einzelnen Mitglieder und durch deren Handlungen oder Unterlassungen nicht gestört wird. In diesem Sinne gibt die Instruktion für die Stadtmagistrate v. 25. Mai 1835 dem Plenum des Magistrats das Recht, den Mitgliedern des Collegii Dienstinstruktionen zu erteilen. Aber diese Dienstinstruktionen, wie alle Maßnahmen des Magistrats zur Aufrechterhaltung des ordentlichen Ganges der Verwaltung, müssen sich innerhalb des Rahmens seiner gesetzlichen Zuständigkeit bewegen. Die Ueberzeugung, daß ein vorliegendes Pensionierungsgesuch eines Mitgliedes wegen vorhandener Dienstunfähigkeit gerechtfertigt sei, durfte den Magistrat daher nur pflichtgemäß veranlassen, der StadtverordnetenVers. eine Vorlage zur Beschlußfassung zu machen, nicht aber, wie er getan hat und wie vom Oberpräsidenten nunmehr gebilligt wird, sich an die Stelle der StadtverordnetenVers. zu setzen und den vom Gesetz geschmiedeten Ring der Zuständigkeiten eigenmächtig zu sprengen.

Dem Irrtum des Oberpräsidenten scheint eine Reminiszenz an das allgemeine staatliche Aufsichtsrecht zugrunde zu liegen, wie es vom OVG. in Anlehnung an § 139 StädteO. von 1831 anerkannt ist. Das allgemeine Kommunalaufsichtsrecht des Staates enthält allerdings die Befugnis, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß die Verwaltung in dem vorgeschriebenen Gang bleibt. Hier wird aus einem allgemeinen Grundsatz eine weitgehende Ausdehnung der Zuständigkeit entwickelt. Hier handelt es sich aber um ein letztes Notrecht des Staates, das seiner Natur nach unbegrenzt ist. Die Machtbefugnisse einzelner Beamten oder Behörden aber werden stets in den Gesetzen selbst ihre Stütze finden müssen. Die gesetzliche Konstruktion der Stadtverwaltung aber ist die, daß in allen Gemeindeangelegenheiten die StadtverordnetenVers. unter Zustimmung des Magistrats zu beschließen hat, es sei denn, daß eine besondere ausschließliche Zuständigkeit des Magistrats begründet ist (§ 35 Satz 1 StO.). Das ist hier nicht der Fall, und deshalb kann, wie schon Oertel in ausführlicher Darlegung nachgewiesen hat, nur die allgemeine gesetzliche Regelung Anwendung finden<sup>1)</sup>.

Eine gesetzliche Vorschrift, die für die gesamte Zuständigkeit eine generelle Regelung enthält und nur für bestimmte Kategorien, die im einzelnen aufgeführt sind, Ausnahmen feststellt, kann innerhalb ihres Geltungsbereiches eine Lücke nicht enthalten. Deshalb kann auch weder eine Regelung durch Ortsgesetz gemäß § 11 StädteO., noch eine analoge Anwendung aus einem anderen Rechtsgebiet, hier also aus dem staatlichen Beamtenrecht, in Frage kommen. Die Zuständigkeit der städtischen Organe ist in der StädteO. erschöpfend geregelt.

Selbst wenn man aber die Zuständigkeitsbestimmungen der §§ 20ff. des Pensionsgesetzes analog zur Anwendung bringen wollte, so käme man zu dem Ergebnis, daß nicht der Magistrat allein, sondern die StadtverordnetenVers. mit Zustimmung des Magistrats zu entscheiden hätte. Diese ist das höchste, die wichtigsten Entscheidungen treffende Verwaltungsorgan in der städtischen Gebietskörperschaft, das man dem Departementschef gleichsetzen kann. Vergegenwärtigt man sich die staatlichen Bestimmungen über die Zuständigkeit im einzelnen, so ergibt sich, daß sie mit dem Recht zur Bestellung der betr. Beamten aufs engste zusammenhängen. Bez. der Beamten, die der Departementschef ernannt hat, hat er allein die Entscheidung; nur soweit untergeordneten Behörden die Ernennung zusteht, darf delegiert werden. Insoweit der König zur Anstellung seine Genehmigung zu geben hatte, mußte er auch die Feststellung der Dienstunfähigkeit genehmigen, ein Recht, das heute auf das Staatsministerium übergegangen ist. Der Ernennung im Staatsdienste aber entspricht bei den Magistratsmitgliedern die Wahl durch die StadtverordnetenVers. Die letztere ist Herr über die Besetzung der Stelle, nicht der Magistrat, der nur die ausführende Form der Ausstellung der Anstellungsurkunde zu erfüllen hat. Es ist daher unrichtig, wenn Jedermann den Magistrat als die Anstellungsbehörde bezeichnet und daraus seine ausschließliche Zuständigkeit folgert<sup>1)</sup>. Jedenfalls steht dieser reine Formalakt der Ernennung eines Beamten nach staatlichem Beamtenrecht keinesfalls gleich und kann mit ihm nicht verglichen werden. Auch eine analoge Anwendung der staatlichen Zuständigkeitsvorschriften, zu der aber m. E. kein Raum gegeben ist, würde also auch immer nur auf die StadtverordnetenVers. hinführen.

Ob in einem Einzelfalle die Erörterung über ein Pensionierungsgesuch im Stadtparlament erwünscht oder unerwünscht sein mag, kann und darf bei der Prüfung der Zuständigkeitsfrage keine Rolle spielen. Es handelt sich um eine wichtige Befugnis der StadtverordnetenVers. als höchstes Organ der Selbstverwaltung, die ohne rechtlichen Grund nicht verkürzt werden darf.

### Erweiterung des Strafschutzes gegen Falschbeurkundung.

Vom Geh. Rat, Professor Dr. Oetker, Würzburg.

Sowohl das geltende Recht, § 348 StrGB., als die Entw. zum StrGB., insbes. die Reichstagsvorlage § 132, knüpfen die Strafbarkeit eines Urkundsbeamten (§ 348), eines Amtsträgers (§ 132), der innerhalb seiner Zuständigkeit vorsätzlich eine rechtlich erhebliche Tatsache (§ 348), ein Recht, ein Rechtsverhältnis oder eine Tatsache (§ 132) unrichtig beurkundet hat, an die Voraussetzung an, daß es in einer „öffentlichen“ Urkunde geschehen ist. Da ein Verstoß gegen die wesentlichen Formerfordernisse öffentlicher Beurkundung dem Schriftstück die Bedeutung einer öffentlichen Urkunde entzieht, so fehlt es unter dieser Voraussetzung an einem Tatbestandsmerkmal strafbarer Falschbeurkundung. Der Urkundsbeamte, Amtsträger, kommt dadurch in die Lage, sich durch entsprechende Formverletzung die Straflosigkeit schlimmster Falschbeurkundung zu sichern. In dem Falle RG.-Entsch. Bd. 29 S. 67 f. hatte der angeklagte

<sup>1)</sup> Vgl. Oertel im Pr. VerwBl. Bd. 26 S. 605 und Kommentar, Anm. 5a zu § 65, 6. Aufl. S. 579.

<sup>1)</sup> Vgl. Kommentar Anm. III. 4 zu § 65, 21. Aufl. S. 409.



Fleischbeschauer auf Verlangen eines Fleischers ein Stück von dem Fleische eines von diesem geschlachteten Schweines zum Zwecke stattgehabter Untersuchung desselben auf Trichinen mit einem formwidrigen Stempelabdruck versehen, ohne daß er das Fleisch vorher untersucht hatte. Das RG. spricht aus, daß bei Verletzung wesentlicher Formvorschriften der Stempelabdruck nicht als öffentliche Urkunde zu erachten und daher die Strafe aus § 348 StrGB. nicht verwirkt sei. Oder man unterstelle, daß ein Urkundsbeamter eine Unterschrift beglaubigt hätte, obwohl diese in seiner Gegenwart weder vollzogen noch anerkannt worden war, § 183 Abs. 1 FGG., und der sonst korrekte Beglaubigungsvermerk statt des Tages nur den Monat der Ausstellung usw. ersehen ließe. Ein solcher Formmangel kann leicht im Rechtsverkehr übersehen, der Schein öffentlicher Beurkundung für Wahrheit genommen und so eine Täuschung mit schwerwiegenden Folgen für die Beteiligten erreicht werden. Vielleicht läßt sich in solchem Falle Bestrafung unter dem Gesichtspunkte des Betrugs, der Beihilfe dazu usw. erwirken. Aber der strafwürdige Mißbrauch der Urkundsgewalt als solcher wird nicht getroffen. Daß die Bezeugung durch die Formwidrigkeit die Kraft einer öffentlichen Urkunde verliert, zur Privaturkunde herabgedrückt wird, rechtfertigt doch nicht die Straflosigkeit des schuldigen Beamten usw. Die Strafgesetze sollten so gefaßt sein, daß, wer Strafe verdient, sich in ihren Maschen auch fängt.

Wird zur Beseitigung der Lücke die Strafsetzung der §§ 348 StrGB., 132 des Entw., auf derartige Falschbeurkundungen erstreckt, so hat diese Gleichstellung bestimmter privater mit öffentlichen Lugurkunden eben darin ihren Grund, daß jenen der Anschein öffentlicher Urkunden gegeben ist, sie diesen qualifizierten Beweiswert für sich usurpieren und sehr wohl damit Erfolg haben können. Unrichtige private Beurkundung lediglich deshalb zu strafen, weil ihrem Urheber Urkundsgewalt eignet, steht außer Frage. Soweit der Private eine echte Urkunde unwahren Inhalts straflos ausstellen kann, bleibt diese schriftliche Lüge auch beim Amtsträger straflos, der in privater Eigenschaft, nicht als Träger der Urkundsgewalt, dazu gegriffen hat. Hingegen trifft ihn die Strafe mit Recht, wenn er in Mißbrauch dieser Befugnis als Urkundsorgan unter Verletzung des einen oder anderen Formerfordernisses die publica fides für eine unrichtige Beurkundung eingesetzt hat. Ein Verstoß gegen die Form darf nicht dem Urheber unrichtiger Beurkundung eine Hintertür öffnen, durch die er der Strafe entgeht.

Die gebotene Berichtigung ist leicht erreichbar. Es brauchen nur im § 132 Abs. 1 RTVorl. die Worte „in einer öffentlichen Urkunde“ gestrichen zu werden. Dann ist die vorsätzliche Falschbeurkundung durch einen Amtsträger mit Urkundsgewalt in dieser seiner Eigenschaft auch dann getroffen, wenn das Produkt wegen Formmangels nur die Kraft einer Privaturkunde hat. Die unerläßliche Voraussetzung: das Handeln des Amtsträgers in beurkundender Funktion, kommt in § 132 durch das Erfordern des Beurkundens „innerhalb der Zuständigkeit“ unmißverständlich zum Ausdruck.

Entsprechende Aenderung ist bei weiteren Bestimmungen des Entw. geboten. Die Anbringung von Beglaubigungszeichen, § 133 Entw., muß der Beurkundung insofern gleich behandelt werden, als

die Bestrafung der unrichtigen Beglaubigung nicht an einem Formmangel des Zeichens scheitern darf. Daher ist § 133 Abs. 1 dahin umzugestalten, daß die Strafe den Amtsträger trifft, der innerhalb seiner Zuständigkeit an einer Sache ein Zeichen, „das zur öffentlichen Beglaubigung dienen soll“, unrichtig usw. anbringt. Der Unterschied von Urkunde und Beglaubigungszeichen, der in der Rechtsprechung des Reichsgerichts verwischt ist, kommt im Entw. wieder zur Geltung, und es darf unrichtige Beglaubigung nicht deshalb straflos bleiben, weil der Entw. ihre Behandlung als Falschbeurkundung ausschließt (das RG. sah in dem Stempelabdruck, von dem die Entsch. 29, 67 spricht, eine Urkunde). Auch die Bestrafung mittelbar unrichtiger Beurkundung nach § 204 des Entw. (§ 271 StrGB.) darf nicht dadurch bedingt sein<sup>1)</sup>, daß die vom Amtsträger errichtete Urkunde allen Formerfordernissen einer öffentlichen Urkunde entspricht. Ebenso nicht die Strafe mittelbarer unrichtiger Beglaubigung, § 207 Entw., durch Wahrung der vorgeschriebenen Form des Zeichens. Immer aber muß in diesen Fällen der Anbringende — wie ein Beurkundender — innerhalb seiner Zuständigkeit, in beglaubigender (entsprechend der beurkundenden) Funktion gehandelt haben. Objekt des „Gebrauchs unrichtiger Urkunden“, § 205 Entw., wird jede den §§ 132 Abs. 1, 204 des Entw. in geänderter Fassung entsprechende Urkunde: also Streichung des „öffentlich“ in § 205 Abs. 1.

Diese Anregungen mögen genügen. Es sei dahingestellt, ob in Konsequenz der vorgeschlagenen Aenderungen Richtigstellung des Entw. noch in anderen Beziehungen (§ 208 usw.) am Platze wäre. Daß die Rechtslage nach geltendem Recht und dem Entw. die Handhabe zu schlimmen Täuschungen bietet, zumal im Zusammenwirken des Beglaubigungssuchers und des Beglaubigungsorgans, ist nicht zu bestreiten.

## Der Schutz gutgläubiger Dritter im Rechtsverkehr mit unerkennbar Geisteskranken.

Von Professor Dr. Friedlaender, Direktor der Lippischen Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus bei Brake (Lippe).

Nachdem die Frage des Schutzes gutgläubiger Dritter gegen Schädigungen im Rechtsverkehr mit unerkennbar Geisteskranken schon vor dem Kriege oft aufgeworfen, aber niemals gelöst worden war, wurde sie durch ein Rundschreiben des preuß. Justizministers v. 20. April 1929 (Naumburger Kammerzeitung, Nr. 9/10 v. Sept./Okt. 1929) von neuem aufgerollt.

Es handelt sich um eine Frage von weittragender Bedeutung für unser Wirtschaftsleben, die nicht nur vom rechtlichen, sondern auch vom wirtschaftspraktischen Standpunkt aus angesehen werden muß; neben diesen beiden Gesichtspunkten ist aber auch die psychiatrische Bewertung der diesem Fragenkomplex zugrunde liegenden Zustände von ausschlaggebender Bedeutung. Unzweifelhaft ist, daß es sich um einen schweren Interessenkonflikt handelt: jeder weitergehende Schutz der Allgemeinheit vor Schädigungen durch die Rechtshandlungen unerkennbar Geisteskranker muß zu einer Lockerung des diesen Kranken bisher durch das Gesetz gewährleisteten Rechtsschutzes führen, was sicherlich von keiner Seite

<sup>1)</sup> Das Verhältnis der §§ 204, 207 zu den Anstiftungsvorschriften in den §§ 29, 31 Entw. muß auf sich beruhen.



gewollt wird. Nachfolgend soll versucht werden, nach Möglichkeiten zu suchen, ob den berechtigten Interessen der Allgemeinheit nicht ohne Lockerung dieses Rechtsschutzes entgegengekommen werden kann.

Das Rundschreiben des preuß. Justizministers befaßt sich nur mit dem Schutz gegen die Rechtsgeschäfte nicht entmündigter Geisteskranker; ich möchte aus meiner Praxis darauf hinweisen, daß es mit solchem Schutz allein nicht getan ist, daß auch der aus § 6 BGB. Entmündigte — besonders wenn es sich um Entmündigungen wegen Geistesschwäche handelt — zu den für den Laien „unerkennbar Geisteskranken“ gehören und dadurch unangenehme wirtschaftliche Schädigungen anderer herbeiführen kann.

Wenn wir uns aber zunächst auf die noch nicht entmündigten, aber doch geschäftsunfähigen Geisteskranken beschränken, so ist festzustellen, daß für diese durch die §§ 104 und 105 BGB. bei der Tätigkeit von Rechtsgeschäften ein völlig lückenloser Rechtsschutz gewährleistet ist, auch wenn ihre Geisteskrankheit für den Laien nicht erkennbar sein sollte. Das geht schon aus dem klaren Wortlaut des Gesetzes hervor, wird auch durch die RGEntsch. v. 13. Febr. 1928 (RGZ. Bd. 120 S. 170 n. F.) ausdrücklich festgestellt.

Vom psychiatrischen Standpunkt aus ist dazu aber festzustellen, daß die Erkennung eines krankhaften Geisteszustandes und gar die Beurteilung, ob durch diesen Zustand die Zurechnungs- oder Geschäftsfähigkeit aufgehoben ist, für den Laien für gewöhnlich viel schwieriger ist, als es gemeinhin angenommen wird.

Wollte man die Anwendung der §§ 104 und 105 BGB. auf die Fälle von Geistesstörung beschränken, die jedem Laien als solche erkennbar sind, dann würde das praktisch einer fast vollständigen Aufhebung des Rechtsschutzes gleichkommen, den der Gesetzgeber bei Schaffung dieser Bestimmungen beabsichtigt hat.

Zu berücksichtigen ist aber, daß darüber hinaus auch nicht zu selten Zustände beobachtet werden, deren Bedeutung und rechtliche Bewertung sogar dem erfahrenen Facharzt erhebliche Schwierigkeiten bereiten können. So kann bei manchen geistigen Erkrankungen, besonders bei syphilitischen Geistesstörungen und paranoiischen Krankheitsformen, die Persönlichkeit nach außen hin im einfachen täglichen Verkehr dem Laien gegenüber einen durchaus geordneten, geschäftsfähigen Eindruck machen, während die höherwertigen geistigen Eigenschaften, besonders die für Rechtsgeschäfte jeder Art so bedeutsame Urteilsfähigkeit, schon vollständig zerstört sind. Die unter solcher Ausprägung einhergehenden geistigen Erkrankungen sind für die Kranken rechtlich und wirtschaftlich häufig gerade die gefährlichsten und folgenschwersten: in solchen Zuständen werden nicht so selten die schwierigsten Rechtsgeschäfte getätigt, ohne daß einem der Vertragsgegner auch nur ein Zweifel an der Geschäftsfähigkeit seines Partners aufsteigt, bis viel später der schon lange bestehende geistige Bankrott des Erkrankten auch für seine Umgebung häufig erst durch irgendeinen zufälligen Umstand offenbar wird.

Für alle solchen Fälle ist es unbedingt nötig, daß an dem bisherigen Rechtsgrundsatz festgehalten wird: maßgeblich für die Beurteilung der Geschäftsfähigkeit ist allein die wissenschaftliche Bewertung des Geisteszustandes, ohne Rücksicht darauf, wie

dieser Zustand auf den Laien wirkt. Zwar ist zuzugeben, daß es in der Hauptsache diese Fälle sind, die Anlaß zu so vielen schwierigen und langwierigen Anfechtungsklagen geben und die damit Unsicherheit in unser Wirtschaftsleben bringen. Es ist auch nicht von jeder, ein Rechtsgeschäft tätigen Partei zu verlangen, daß sie sich zunächst der geistigen Gesundheit und Geschäftsfähigkeit ihres Vertragsgegners vergewissert.

Ein gewisser Schutz gegen eine uferlose Anwendung des § 104 BGB. ist schon dadurch gegeben, daß hier, im Gegensatz zum Strafrecht, der Beweis für den Ausschluß der freien Willensbestimmung mit aller Exaktheit erbracht werden muß, eine selbst für den erfahrenen Psychiater meist schwierige, häufig beinahe unlösbare Aufgabe!

Nun hat Assessor Wilhelm Cohn, Breslau<sup>1)</sup>, empfohlen, das Problem durch Ausbau des § 122 BGB. Abs. 1 zu lösen, nachdem er es abgelehnt hat, durch Schaffung einer dem § 829 BGB. entsprechenden Bestimmung einen geeigneten Schutz zu schaffen. Diesem Vorschlag, den § 122 BGB. auch auf die Fälle auszudehnen, in denen die Voraussetzungen des § 104 oder 105 BGB. vorliegen, muß ich vom psychiatrischen Standpunkt aus entschieden widersprechen; dadurch würde der Schutz der §§ 104 und 105 praktisch innerhalb weiter Grenzen illusorisch gemacht. Der Kranke könnte danach wohl für geschäftsunfähig, ein Rechtsgeschäft für nichtig erklärt werden, aber die praktischen und unbedingt nötigen Folgerungen aus diesen Erklärungen, nämlich der Schutz des Geisteskranken vor den durch seine Handlungen verursachten materiellen Schädigungen, würde durch eine auf diese Weise durch den erweiterten § 122 stabilisierte Ersatzpflicht tatsächlich wieder aufgehoben werden! Dagegen kann ich die Schaffung einer Schadensersatzpflicht in Parallele zum § 829 BGB., bei der die Billigkeitsgründe mitberücksichtigt werden müssen, nicht ohne weiteres verwerfen. Auch hierbei sind für mich psychiatrische und rechtliche Erwägungen maßgebend. Es kann von uns psychiatrischen Sachverständigen nicht oft genug betont werden, daß die Fragen der Zurechnungsfähigkeit im zivilrechtlichen Sinne der §§ 104 und 105 BGB. und im strafrechtlichen Sinne des § 51 StrGB. häufig auch bei derselben Persönlichkeit ganz verschieden zu beurteilen sind; ebenso nimmt auch die Deliktsfähigkeit i. S. der §§ 823—826 BGB. eine Sonderstellung ein, die psychiatrisch nicht ohne weiteres mit dem Begriff der Geschäftsfähigkeit in einen Topf geworfen werden darf.

Die Frage der Zurechnungsfähigkeit muß eben, ob es sich um zivilrechtliche oder strafrechtliche Probleme handelt, in jedem Einzelfall nicht nur nach der ganzen Persönlichkeit des Kontrahenten oder Täters beurteilt werden, sondern auch unter genauer Prüfung der in Betracht kommenden Rechtsgeschäfte oder Strafhandlungen: man muß wohl nach Aschaffenburgs Grundsatz die Beurteilung — auch in zivilrechtlicher Beziehung — in erster Linie auf die Persönlichkeit des Täters abstellen, man kann aber auch die Beurteilung der Tat oder Handlung und ihre psychologischen Beziehungen zur Persönlichkeit des Täters oder Handelnden nicht sorgfältig genug prüfen und nicht hoch genug bewerten! Folgt man diesen Gedankengängen, so wird man häufig feststellen können, daß trotz eines gewissen

<sup>1)</sup> Jurist. Rundschau Nr. 2 v. 15. Jan. 1930.



Grades von Geschäftsunfähigkeit noch häufig ein nicht geringes Maß von strafrechtlicher Verantwortlichkeit und erst recht von Deliktsfähigkeit besteht. Daher muß eine dem § 829 BGB. analoge Bestimmung zu den §§ 104, 105 BGB. als der richtige Weg zum Schutz gutgläubiger Vertragsgegner erscheinen, zumal die Vorschrift, nach Billigkeit zu verfahren, wiederum einen gewissen Schutz dafür bietet, daß keine unbillige und unerträgliche Schädigung des Kranken eintritt. Es würde also im § 829 BGB. hinter den Worten „nicht verantwortlich ist“ eingefügt „oder wer einen Dritten durch ein Rechtsgeschäft geschädigt hat, für das er aus § 104 nicht verantwortlich oder das aus § 105 nichtig ist“. Dann würde noch der weitere Absatz angefügt werden müssen: „Die Schadensersatzpflicht aus §§ 104 und 105 tritt nicht ein, wenn die krankhafte Störung der Geistestätigkeit oder die Bewußtlosigkeit nach Grad und Ausprägung dem Vertragsgegner als solche erkennbar sein mußte“.

Eine solche Bestimmung würde natürlich in manchem Fall zu ähnlichen Schwierigkeiten der Begutachtung und Gesetzesauslegung führen, wie das häufig beim § 176, 2 StrGB. der Fall ist; solche Schwierigkeiten sind aber auf einem so umstrittenen Gebiet niemals ganz zu vermeiden; grade deswegen ist es erwünscht, daß dem freien Ermessen des Gerichts ein möglichst weiter Spielraum gelassen wird, damit es den gerade hier so häufigen Besonderheiten eines jeden Einzelfalls in weitestem Umfang gerecht werden kann.

Nicht zu verkennen ist aber, daß die hier vorgeschlagene Maßnahme gutgläubigen Vertragsgegnern wohl einen gewissen Schutz vor unverschuldeten Schädigungen bieten, daß sie jedoch eine unerwünschte Lockerung des materiellen Rechtsschutzes der Geisteskranken bedeuten würde und daß sie schließlich nur eine Maßnahme darstellt, die zu spät einsetzt, nachdem das Uebel schon geschehen ist.

Eine wirkliche Verhütung dieser Mißstände kann eben nur stattfinden, wenn, noch mehr als bisher, alle geschäftsunfähigen Kranken rechtzeitig entmündigt werden. Wir Psychiater erleben es immer wieder, daß die Angehörigen der Kranken an die Bestellung des notwendigen Rechtsschutzes niemals denken, wenn sie nicht von uns darauf aufmerksam gemacht werden; aber auch dann müssen wir noch häufig mit aller Kunst der Ueberredung die schwersten Widerstände brechen, weil eben die Entmündigung in der Bevölkerung immer noch als ein Makel aufgefaßt wird und niemals als eine notwendige rechtliche Sicherung.

Hier müßte eine großzügige Aufklärung einsetzen, an der sich Mediziner und Juristen in gleichem Maße beteiligen könnten. Da eine solche Aufklärungsarbeit aber sehr schwierig und erst spät von Erfolg begleitet ist, bleibt zu erwägen, ob nicht durch einen sanften gesetzlichen Druck die Entwicklung rascher zu fördern wäre. Ich meine die Einführung der Antragspflicht an Stelle des Antragsrechts der Entmündigung für die nächsten Angehörigen von geschäftsunfähigen Geisteskranken. Ich bin mir bewußt, daß das einen weitgehenden Eingriff in das Familienleben bedeuten würde, bin aber davon überzeugt, daß eine solche Maßnahme allein die Möglichkeit bieten würde, die Rechte gutgläubiger Vertragsgegner und auch der unerkennbar Geisteskranken zu schützen und daß nur auf diesem Wege eine radikale Verminderung der zahlreichen umfangreichen Anfechtungsklagen erzielt werden könnte.

Im Bewußtsein der Schwierigkeiten, die sich der Durchführung eines solchen radikalen Vorschlages aus gesetzestechnischen, wie psychologischen Gründen entgegenstellen, glaube ich aber, noch eine weitergehende Maßnahme empfehlen zu können, die praktisch ebenso zum Ziele führen würde: die Einführung der Haftpflicht für den Antragsberechtigten, wenn er die Entmündigung eines geschäftsunfähig Geisteskranken, trotzdem ihm dessen Geschäftsunfähigkeit bekannt ist, nicht beantragt, und wenn dieser Geisteskranke dann durch irgendwelche Rechtsgeschäfte einen Schaden anrichtet. Eine solche Bestimmung könnte in den § 832 BGB. durch einen Abs. 2 eingefügt werden: „Die gleiche Verantwortlichkeit trifft denjenigen, der nach § 646 ZPO. zur Stellung eines Antrages auf Entmündigung berechtigt ist, der es aber unterläßt, einen solchen Antrag zu stellen, obwohl ihm bekannt ist, daß der Betreffende infolge von Geisteskrankheit oder Geistesschwäche seine Angelegenheiten nicht zu besorgen vermag.“

Eine solche Bestimmung würde nicht ganz so weit gehen, wie die Einführung einer Antragspflicht, sie würde aber das wirksamste Mittel zur Eindämmung der Anfechtungsklagen, wie zum Schutz der Vertragsgegner darstellen.

Schließlich sei noch darauf hingewiesen, daß immer noch Fälle übrig bleiben, die sich gesetzlich nicht erfassen lassen, in denen der Geisteskranke oder der Vertragsgegner irgendeinen Schaden erleidet: das liegt aber an den Grenzen, die jeder menschlichen Wissenschaft gesteckt sind und die niemals endgültig überschritten werden können. Es muß sogar mit der Möglichkeit gerechnet werden, daß ein wegen Geisteskrankheit Entmündigter hinter dem Rücken seines Vormundes Dummheiten macht und irgendwelchen Schaden anrichtet. Wenn dem Vormund in solchen Fällen Fahrlässigkeit vorgeworfen werden kann, weil er die Neigungen seines Mündels kennen muß und weil er es an der erforderlichen Aufsicht hat fehlen lassen, dann kann ohne weiteres eine Schadenersatzpflicht aus § 832 BGB. hergeleitet werden; hiervon sollte auch Gebrauch gemacht werden. Der Richter muß aber auch in diesen Fällen, die seinem Ermessen einen weiten Spielraum lassen, ein ganz besonderes Taktgefühl entwickeln; es ist zu berücksichtigen, daß die jetzt schon knappe Auswahl geeigneter Persönlichkeiten zur Führung einer Vormundschaft in Zukunft noch knapper werden wird, wenn in dieser stark an dem Geldbeutel rührenden Beziehung eine zu weitgehende Ueberspannung eintritt.

Der Weg, wie wir zu einem Rechtsschutz kommen, der den Interessen der Kranken wie ihrer Vertragsgegner in gleicher Weise gerecht wird, konnte hier nur andeutungsweise aufgezeigt werden. Möge es der gemeinsamen Arbeit der Juristen und Psychiater gelingen, eine endgültige Lösung dieser wichtigen Frage bald zu finden.

## Okkultismus und Strafrecht.

Vom Ersten Staatsanwalt Steiner, Düsseldorf.

Immer häufiger taucht das Verlangen auf, okkulte Fähigkeiten dem Strafrecht nutzbar zu machen. Mehrfach in den letzten Jahren haben größere Strafprozesse stattgefunden, in denen auf Antrag der Verteidiger Zeugen und Sachverständige über solche okkulten Fähigkeiten und über okkulte Geschehnisse vernommen worden sind. An allen diesen Dingen kann



die Strafrechtspflege nicht mehr gleichgültig vorübergehen. Die Zeiten sind vorbei, in denen der junge Mediziner mit ein paar Witzen aus dem Sezierraum alles Uebersinnliche abtat und der junge Jurist lächelnd seinen Beifall dazu nickte. Die Mediziner, in ihrer Mehrzahl bis dahin Spötter und Verneiner, stehen ernst und prüfend mitten in ihren neuen ungeheuren Entdeckungen über das Leben und Weben der Menschen. Hunderte von Juristen und Untersuchungsbeamten, zwar prüfend, kühl und skeptisch, wie ihr Beruf es verlangt, beschäftigen sich in gründlicher Forschung mit den vielen Fragen des Okkultismus, die der Kriminalpolizei und der Rechtsfindung neue Wege und Wahrheiten bringen können. Jedes Strafverfahren, das wichtige Gesichtspunkte für die Praxis ergibt, muß zu dieser Prüfung und Forschung herangezogen werden, und aus dieser Erwägung heraus sind nachstehend die Erfahrungen aus dem Mordverfahren Kürten in Briefauszügen vorgelegt.

Während des Verfahrens zur Aufklärung der 1929 in Düsseldorf verübten Morde sind bei den Behörden hunderte Schreiben eingegangen, in denen Hilfe angeboten, Verdacht ausgesprochen, Beobachtungen mitgeteilt wurden. „Hellseher“, „Heilmagnetiseure“, „Astrologen“, „Graphologen“, „Medien“ und Inhaber anderer Geheimnisse haben sich brieflich zur Verfügung gestellt, den Mörder zu finden. Aus der Unzahl der Briefe seien nur solche herausgegriffen, die irgendwie in das Gebiet des Okkultismus fallen und ernstlich gemeint sind. Diese Briefe sind reiches Material für Richter, Polizei und Arzt. Briefe von zweifelstfreien Geisteskranken sind ausgeschieden. Von einer Kritik zu den Briefen ist absichtlich abgesehen und vorausgeschickt, daß keines der Schreiben richtige Angaben über den Täter enthalten oder sonst die Untersuchung gefördert hat.

Viele Briefe enthalten die einfache Beschreibung eines Traumes über das Aussehen des Mörders und nennen dessen geträumten Namen. Ein Ausländer telegraphiert sogar den Namen des Mörders. Manchen der Traumbeschreibungen sind Skizzen der Wohnung oder des Aufenthaltsortes des Mörders beigelegt. Auffallend oft findet sich die Angabe, der Mörder trage Uniform.

Ein „Hellseher“ bezeichnet ihn mit Namen und Wohnung, eine Frau mit der Firma „Pendelforschung und Horoskop“ schreibt: „Der Mörder lebt nicht mehr!! Seit zirka 6 bis 8 Tagen ist jede Ausstrahlung in seiner Handschriftenvorlage verschwunden. Ich sah ihn zuletzt . . . und von da aus im Wasser.“

Ein Brief lautet: „Das Resultat meiner wissenschaftlichen Experimente i. S. dieses Mörders. Er ist von Beruf Bildhauer oder Gärtner. Wenn diese Angaben zur Verhaftung beitragen und mir ein Anteil der ausgesetzten Belohnung zufällt, wollen Sie . . .“

Eine Frau beruft sich darauf, daß sie die einzige Astrologin sei, „die Stresemanns Tod auf den Tag im voraus berechnet habe“.

Ein „Institut Graphologique“ im Ausland sendet ein „Gutachten“ ein, in dem es heißt: „Der Mörder ist ohne Zweifel ein kleiner Beamter in einem unscheinbaren Unternehmen, geht mit peinlichster Pünktlichkeit seinem Berufe nach, den er schon seit langer Zeit ausübt“. Der spaltenlange Reklame-Aufdruck des Briefbogens dieses Instituts enthält den Vermerk: „Vorträge bei der Kriminalpolizei Leipzig, Dresden, Sept. und Okt. 1924“.

Ein „Magnetopath“ empfiehlt sich wie folgt: „Nachdem Sie sicher alles taten, was möglich war, um den Mörder zu finden, sollte man annehmen, daß die Behörden endlich einmal auch uns Okkultisten um unsere Methode fragen. Ich garantiere für nicht einen Fehlgriß, denn ich habe einen Apparat, der vor jeder Wissenschaft bestehen kann, in bezug auf Beweisführung. Ich benötige nur Photo und Schrift des Verdächtigten . . .“

In dem vorgedruckten Kopf des Briefbogens dieses

Mannes heißt es: „Homöopath, Astrol. Medizin, wissenschaftliche Handlesekunst“. Eine Ermittlung ergab, daß dieser Mann 19mal vorbestraft ist. Ein Mann aus dem Ausland fügt seinem Namen den Zusatz bei: „Okkulte Wissenschaften“, bietet seine Dienste zur Ermittlung des Mörders an und schreibt weiter: „Ich brauche dazu einen Totenkopf.“

Ein anderer Mann aus dem Ausland verspricht, mit Hilfe eines von ihm erfundenen magnetischen Apparates den Mörder aufzusuchen. Er verlangt 25 000 Frs. für Reise und Bezahlung der Spesen.

Ein Schreiben lautet: „Meine Hand schreibt automatisch und hat mir schon oft den Weg zur Erreichung des Zieles gewiesen. Wie Sie aus der Anlage sehen, habe ich meine Hand gefragt.“ Die Anlage enthält ein mit Bleistift gezeichnetes Männchen.

Einem Briefe aus dem Ausland sind Bleistiftskizzen der angeblichen zwei Mörder beigelegt. Das eine der Männchen ist mit einer riesigen Warze im Gesicht versehen.

Ein Mann aus dem Ausland schreibt (übersetzt): „Es gibt Quellsucher, die mit einer Rute und andere, die mit einem Pendel arbeiten. Ich arbeite mit dem Pendel. Ich habe mit meinem magnetischen Pendel die Entdeckung gemacht, daß die Photographie nicht nur die Lichtstrahlungen, sondern auch andere menschliche Ausstrahlungen aufzeichnet. Ich komme jetzt mit der Entdeckung, die Sie interessieren wird. Ich habe entdeckt, daß der Mörder seinen Magnetismus auf den Leib seines Opfers überträgt, und mit diesem Magnetismus des Mörders hoffe ich ihn zu entdecken.“

Viele Briefe weisen auf Hellseher hin und geben deren Namen an. Aus einem Schreiben: „Der Telepath . . . kann durch Auflegen seiner Hand auf die geschriebenen Schriftzüge eines Menschen dessen Aufenthalt ermitteln und genaue Auskunft über seine äußere und innere Person geben.“

Eine Frau empfiehlt, sich an die stigmatisierte Therese Neumann in Konnersreuth zu wenden. „Wenn Therese Neumann um Namen, Stand und Aufenthalt des Mörders gefragt wird, so gibt sie unfehlbar die richtige Auskunft. Wenn dann auf diesen meinen Rat hin der Mörder gefunden sein wird, so bitte ich, mir die ausgesetzte Belohnung von 15 000 M. zukommen zu lassen.“

Mehrfach wird die Annahme ausgesprochen, daß der Mörder selbst hellseherische Fähigkeiten habe, mit denen er sich der Verfolgung entziehe.

Ein Mann stellt zur Aufklärung der Morde seinen 5jährigen Sohn zur Verfügung und schreibt: „Das Kind hat schon überraschend und unaufgefordert in der Familie hellgesehen.“ Ein späteres Schreiben schließt dieser Vater mit den Versen:

„Stärker wie des Sturmes und des Meeres Wut,

Stärker wie der Sonne lichterfüllte Glut

Ist des Menschen Seele — sterblich nur sein Blut.“

Ein Ausländer schreibt (übersetzt): „Ich mache magnetische Experimente auf der Photographie der Schreiben, die man dem Vampir von Düsseldorf zugeschrieben hat.“

Eine Frau schreibt: „Der Mörder geht in Frauenkleidung herum, wenn er sich Opfer sucht.“ Sie gibt dann eine genaue Beschreibung dieser Frauenkleidung und fährt fort: „Ich bin Schriftstellerin und leider auch Hellseherin, was einer 67jährigen Frau recht quälend sein kann.“

Ein Schreiben trägt die Ueberschrift: „Versuch, die Person durch Ferngefühl auf ihren Gängen zu verfolgen. Keine Hellseherei. Das Quellsuchen mit der Wünschelrute hat eine entfernte Ähnlichkeit damit.“ Der Einsender schreibt, daß er Düsseldorf nicht kenne und zu dem Versuch einen Stadtplan von Düsseldorf benutzt habe. Er bezeichnet dann für mehrere Tage hindurch unter genauer Zeitangabe die Straßen und Gebäude, in denen der Mörder sich befinden habe.

Ein Brief aus London teilt eine Auskunft über den Mörder mit, die in einer spiritistischen Sitzung „durch den Geist eines Deutschen, der nur etwas englisch sprach“, gegeben sei.

Ein anderer Geist aus dem Inland hat nach Mitteilung eines Teilnehmers an einer spiritistischen Sitzung auf die



Frage: „Wer ist der Düsseldorfer Mörder?“ geantwortet: „Eine Person, die im Geheimdienst der Düsseldorfer Polizei tätig ist.“

Ein anderer Bericht über eine spiritistische Sitzung teilt mit, daß ein Geist Lise Zoppot ihren Bruder als den Mörder bezeichnet habe.

Besonders zahlreich sind „Visionen“ und „Traumbilder“. Ein Mann beschreibt das „Leuchtbild“ einer Vision. Ein anderer hat den Mörder gesehen mit „einem grauen und einem blauen Auge.“ Ein Dritter schreibt: „Da ich teilweise mit dem 6. Sinn behaftet bin, hatte ich letzthin eine — wie soll ich sagen — Vision von Namen, und zwar die Namen . . .“

Eine Frau, die sich als „Psychographologin“ bezeichnet, schreibt: „Der Mörder ist 25—32 Jahre, über 1,70 groß, seine Figur macht Eindruck, seine Schultern sind schmal, der Kopf sitzt versteckt in den hochgezogenen Schultern, Hals und Nacken sind brutal und ungepflegt! Die Stirn ist auffallend schmal und niedrig, das rechte Auge sitzt gerade, das linke schief gegen die Nasenwurzel, beide Augen sind tiefliegend, die Augen sind dicht bei der Nasenwurzel. Das Gesicht ist auffallend klein. Die Nase plump, starke Nasenflügel, wodurch das kalte Lächeln einen feinen Zug in das stark Frauliche hat, vielleicht allein dadurch die Macht über Frauen verursachend. Der Mund ist stark animalisch — auffallend animalische Zähne, sehr gesund, der Oberkiefer stark entwickelt, der Unterkiefer ebenso gesund und stark, aber etwas zurückstehend. Die Eckzähne des Unterkiefers sind länger als die anderen Zähne, beide Zahnreihen vollständig und gesund, scheinen sehr gelb. Geht lachend an seine Opfer und gewinnt alle dadurch und besticht durch seine Zähne. Augen sind sehr klein, braunschwarz. Die Arme sind auffallend lang, die Beine dünn, die Haare struppig und ungepflegt, kurzgeschoren, rechts hängen sie in die Stirne hinein.“

Eine andere Frau: „Ich sah den Namen des Mörders am Himmel, einen Stern nach dem andern, bis der Name ganz vollständig war, in einer kleinen zierlichen Druckschrift.“ Dann folgte ein Name.

Ein Brief mit eingehender Beschreibung eines „Traumbildes“ sagt: „Sein ganzes Gesicht erinnert mich an den bekannten Sportsmann P . . . Hinter den Ohren hatte er ein paar Kopfhörer oder so etwas ähnliches hängen, weshalb ich annehme, daß er im Nachrichtendienst beschäftigt ist, vielleicht auf Bahn, Post, Telegraphie oder Funkstation.“

Eine andere Mitteilung: „Ich habe einmal einen für mich wichtigen Brief drei Tage vor seiner Ankunft nach äußerem Ansehen und Inhalt ganz genau im Wachzustand gesehen! Dieser Punkt zwingt mich zu meinen heutigen Schreiben.“

Ein anderes Schreiben: „Nachdem ich vor längerer Zeit zweimal im Traum Begebenheiten sah, die wahr waren und eintrafen, will ich nicht versäumen, mitzuteilen . . .“

Eine Frau gibt in Form von 2 „Bildern“, die sie gesehen, eine eingehende Beschreibung des Mörders. Eine dem Brief beigelegte Bleistiftskizze über den angeblichen Tatort ist gefertigt auf der Rückseite eines Blattes aus einem Museumskatalog. Die Vorderseite dieses Blattes enthält die gedruckte Beschreibung zweier Bilder. Stil und Wortgefüge der „Bilder“ der Briefschreiberin zeigen eine große Übereinstimmung mit der Ausdrucksweise des Ausstellungskataloges.

Nun noch ein paar Hellseher: Ein Mann, der sich als Hellseher und Sprachlehrer bezeichnet, schreibt: „Ein wissenschaftliches Hellsehen gibt es nicht. Gott allein kann verborgene Dinge offenbaren, durch wen oder wie Er sich oder eine Sache offenbart, wird wohl immerdar Seine Angelegenheit bleiben. Im übrigen ist das Wort „Hellseher“ eine mangelhafte Uebersetzung des Begriffs Clairvaux. Wir haben doch das Wort „Seher“ in seiner mystischen Bedeutung, wozu also „hölzernes Holz?“ Was ich zunächst benötige, ist ein Lichtbild der Ermordeten sowie des Tatorts“. Dieselbe Wendung vom „hölzernen Holz“ findet sich auch in den Briefen anderer Personen.

Endlich schreibt einer: „Da sich in den Mordfällen 300 Hellseher gemeldet haben und keiner von ihnen die

richtige Spur gefunden hat, so kann es tatsächlich keiner von den richtigen sein. Ich fordere daher strafbare Anzeige, da sie keinen Anspruch auf den Namen Hellseher haben.“

Es sei wiederholt, was zu Eingang gesagt ist: Keines der Schreiben hat richtige Angaben über den Täter enthalten oder sonst die Untersuchung gefördert. Nur das Gegenteil von Letzterem war der Fall, denn die gewissenhafte Prüfung der Angaben und Verdächtigungen der Briefe erforderte zeitraubende, mühevollen Arbeit. Und die Ergebnisse dieser Arbeit — die erwiesene Unrichtigkeit aller Angaben über den Täter — zeigen, daß größte Vorsicht gegenüber allen Angeboten und Mitteilungen aus okkultistischen Kreisen nötig ist. Es ist kein Geheimnis, daß vorzügliche Polizeibeamte seit Jahren Hellseher und Medien in Anspruch genommen haben<sup>1)</sup>; es wäre an der Zeit, daß sie ihr Material ihrer vorgesetzten Behörde zur Prüfung zur Verfügung stellten.

## Juristische Rundschau.

Die französische Kammer hat dem Gesamtministerium Tardieu wieder ihr Vertrauen ausgesprochen. Das wäre an sich eine innerfranzösische Angelegenheit. Wesentlich aber für uns ist die vorhergehende Debatte. Am wichtigsten dabei ist der Gegensatz in der Auslegung des Versailler Vertrages. Die Auffassungen des Außenministers Briand und des Ministerpräsidenten Tardieu stehen sich schroff gegenüber. Das kann auch nicht durch die freundlichen Worte, die sich die beiden Herren gegenseitig spendeten, verdeckt werden. Allerdings will der Ministerpräsident so wenig einen Krieg mit Deutschland wie der Außenminister. Allein für Tardieu ist der Vertrag die Magna Charta Frankreichs. An ihr darf nicht gerüttelt werden. Briand gibt zu, daß die Zusage der Abrüstung im Versailler Vertrag auch eine Verpflichtung der damaligen Sieger enthält. Für Tardieu ist alles, was hier geschieht, ein freiwilliges Entgegenkommen Frankreichs. Einen Zusammenhang zwischen der Entwaffnung Deutschlands und dem Versprechen der Siegerstaaten leugnet er. Das läßt sich mit dem Wortlaut des Versailler Vertrages vereinbaren. Seinem Sinne aber widerspricht es. Die Zeit wird kommen, wo die Auslegung auch dieses völkerrechtlichen Aktes nach Treu und Glauben erfolgt. Das tritt in dem Momente ein, in dem die Erinnerung an den Niederbruch Deutschlands erloschen und die Siegerstimmung verraucht ist. Dann muß der Deutschland i. J. 1919/20 aufgezwungene Akt durch die praktische Anwendung so gestaltet werden, wie er unter anständig und sittlich denkenden Staaten zu schließen gewesen wäre. Dann aber wird man notwendigerweise zur Gegenseitigkeit auch auf dem Gebiete der militärischen Rüstungen kommen. Man kann den anderen Staaten nicht mehr zumuten, als man selbst zu tun entschlossen ist.

Auf die Rede des französischen Ministerpräsidenten erfolgte am 20. Nov. 1930 im Reichsrat die Antwort des deutschen Außenministers. Daß nicht der Reichstag gewählt wurde, erklärt sich daraus, daß dieser bis 3. Dez. vertagt ist. Schließlich ist die Stätte der Aussprache in diesem Falle unerheblich. Der Minister sagte ausdrücklich, daß er von Volk zu Volk spreche. Der Empfänger seiner

<sup>1)</sup> Durch RundErl. des Min. d. I. v. 3. April 1929 (II C II 41 b Nr. 187/29) ist den Beamten der Polizei und Landjägerei untersagt, Hellseher, Telepathen und dgl. zur Aufklärung strafbarer Handlungen heranzuziehen.



Worte soll nicht nur der Reichsrat, nicht nur Deutschland, sondern auch und vorab Frankreich und die ganze Kulturwelt sein. Die Rede ist von dem Empfinden durchzogen, daß es so wie bisher nicht weitergehen kann. Die ungleiche Behandlung Deutschlands gegenüber den Siegerstaaten auch heute, 12 Jahre nach dem Ende des Krieges, ist untragbar. Sie ist die Quelle aller Reibungen und allen Mißgeschicks. Wenn Frankreich das Recht für sich beansprucht, seine Grenzen zu schützen, so nimmt Deutschland das gleiche Naturrecht für sich in Anspruch. Wenn Deutschland entwaffnet ist, so muß dies auch für die anderen Völker gelten. Wenn der Versailler Vertrag die Möglichkeit der Revision vorsieht, so muß Deutschland berechtigt sein, davon Gebrauch zu machen. Und wenn er diese Klausel nicht enthielte, so könnte man ihm doch nicht verbieten, auf die Wiederherstellung eines durch die bessere Erkenntnis gerechtfertigten Zustandes hinzuwirken. Die Worte des deutschen Außenministers klangen schärfer, als man sie bisher zu hören gewohnt war. Das war durch den überheblichen Ton der Worte Tardieu hervorgerufen, durch sein Pochen auf die Notwendigkeit der Einstimmigkeit für jede Aenderung des Versailler Diktates und den deutlichen Hinweis, daß Frankreich der stets verneinende Geist bleiben werde. Es ist gut, daß sich die Geschichte nicht von Herrn Tardieu kommandieren läßt.

Die Abgeordnetenversammlung des Deutschen Anwaltsvereins trat am 8. und 9. Nov. in München zusammen. Die Verhandlungen sind nicht nur für die Anwaltschaft von Interesse. Zwar handelte es sich zu einem nicht unwesentlichen Teile um Organisationsfragen. Die Rheinisch-Westfälische Arbeitsgemeinschaft hatte die Verlegung des Sitzes des Vereins von Leipzig nach Berlin beantragt. München regte eine Aenderung der inneren Organisation durch Neugestaltung der Bezirksverbände in dem Rahmen des Gesamtverbandes an. Eingehenden Bericht über die Reform der Rechtsanwaltsordnung erstattete Robinow-Hamburg. Den Kernpunkt bildete die Umgestaltung des Ehrengerichtsverfahrens. Hierbei stand die Frage im Vordergrund, ob die Anwaltschaft, wie es in Oesterreich seit längerer Zeit geschieht, allein die Disziplin durchführen, oder ob es bei dem bisherigen System der Anklage durch den Staatsanwalt und eintretendenfalls bei der Voruntersuchung durch die ordentlichen Gerichte bleiben soll. Die beiden letzteren Punkte endeten nach einer eingehenden Debatte mit einer Verweisung an den Ausschuß. Dagegen war die statutarisch vorgesehene Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  Stimmen zur Verlegung des Sitzes auch dieses Mal nicht zu erreichen. Auffallend war aber, daß die jetzt wieder vorhandene einfache Mehrheit geringer war, als die bei der gleichen Anzahl im Jahre 1928 vorhandene. Die Gründe für oder gegen Berlin waren die gleichen, wie sie schon früher vielfach besprochen wurden. Sie zeigen dasselbe Gesicht wie die Erwägungen, wo der Sitz der obersten Gerichte sein soll. Es ist kennzeichnend, daß auch in der Anwaltschaft das Verlangen nach einer straffen Disziplin unter einer Zurückdrängung der lokalen Verbände notwendig erscheint. Das Bedürfnis nach Zentralisierung macht sich mehr oder minder bewußt geltend. Schließlich mag es vielleicht auch bei dem Wunsche nach Abwanderung von Leipzig nach Berlin mitgespielt haben. Alles ist hier noch im Flusse. Mitten in die Ver-

handlungen über die Ehrengerichte kam die Nachricht, daß der im Mai d. J. abgelehnte Entwurf der sog. kleinen Justizreform wieder von der Regierung aufgenommen wurde. Der Inhalt dieses Entwurfs wurde mitgeteilt. Die Abgeordnetenversammlung nahm einstimmig eine Entschliebung an<sup>1)</sup>. Die Anwaltschaft weiß, daß sie trotz ihrer eigenen Bedrängnisse auch ihr Opfer zur Beseitigung der Notlage beisteuern muß. Sie stimmt daher einem mäßigen prozentualen Abschlag auf die Armenrechtsgebühren zur Entlastung der Länder zu. Sie widerspricht aber nach wie vor der geplanten Aenderung der Gerichtsverfassung. Dies von dem Gesichtspunkte aus, daß hier eine Schädigung der Rechtspflege ohne nennenswerte finanzielle Erfolge zu erwarten ist. Sie lehnt jede Erhöhung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit und jede weitere Beschränkung der Berufung ab. Die Anwaltschaft stellt sich hier schützend vor die Minderbemittelten. Ob bei dem dringenden Verlangen nach Sparmaßnahmen dieser an sich berechtigten Wunsch Gehör finden wird, ist nicht sicher. Das Schlagwort von der Verbilligung der Justiz durch die Aenderung der Gerichtsverfassung, namentlich durch die Ersetzung des Kollegialgerichts durch den Einzelrichter und durch die Abschneidung der Berufung in Bagatellsachen beherrscht die Gemüter. Es darf aber darauf hingewiesen werden, daß schon einmal im Jahre 1907 eine ähnliche Justizreform mit dem Gesichtspunkte der Ersparnis begründet wurde. Damals hat man die Zuständigkeit der Amtsgerichte erhöht. Es ist aber nicht bekannt geworden, daß irgendwelche namhaften Ersparnisse erzielt wurden. Es wäre wünschenswert, wenn die Regierung sich hierüber äußern wollte.

Der Schiedsspruch des von beiden Parteien eingesetzten Schiedsgerichts im Metallarbeiterstreik hatte ein kleines, rechtlich und menschlich nicht uninteressantes Nachspiel. Die Arbeitnehmer waren mit dem Ergebnis unzufrieden. Ihre Vorwürfe richteten sich gegen den von ihnen bestellten Schiedsrichter. Sie waren um so heftiger, als man wußte, daß der Spruch einstimmig erfolgt war. Der angegriffene Schiedsrichter rechtfertigte sich öffentlich. Wäre er in der Opposition geblieben, so wäre er überstimmt worden. Die Entscheidung wäre für die Arbeiter noch ungünstiger ausgefallen. So rettete er für sie durch seine Zustimmung eine Verbesserung des sonst ergehenden Schiedsspruchs. Daß auch an diese Erklärung sich sofort eine je nach der Parteirichtung klingende Kritik anschloß, ist begreiflich. Sieht man von diesem subjektiven Standpunkte ab, so ergeben sich zwei Fragen. Einmal, ob ein Schiedsrichter, um nicht zu unterliegen, ein Kompromiß schließen darf. Zum andern, ob er berechtigt ist, dies bekanntzugeben. Generell wird man eine Antwort hierauf nicht geben können. Im Einzelfall kann beides sehr wohl bejaht werden müssen. Es handelt sich hier nicht um einen Rechtsstreit. Das Schiedsgericht trat an Stelle eines Schlichtungsamtes. Hier kann sehr wohl ein Vergleich zwischen den Vertretern der sich widerstrebenden Interessen notwendig werden. Im Prozesse muß ein Schiedsrichter, wie jeder Richter, nach seinem Gewissen Recht sprechen. Im Schlichtungsverfahren fühlt sich jeder Beisitzer als Interessenvertreter. Er holt für seine Schutzbefohlenen heraus, was er kann. Daher hier zur Vermeidung schlimmer Folgen auch ein teil-

<sup>1)</sup> Vgl. S. 1505 d. Bl.



weises Nachgeben angezeigt sein kann. Daraus folgt auch wieder die Zulässigkeit einer Mitteilung über das Verhalten des Schiedsrichters an seine Auftraggeber. Ein Beratungsgeheimnis wird dadurch nicht verletzt. Er berichtet über seine eigenen Motive. Den Maßstab der geheimen Gerichtsberatung darf man an einen solchen Fall nicht anlegen.

Der Hauptausschuß des Verbandes der Deutschen Hochschulen hat sich in einer einstimmig gefaßten Entschlußnahme gegen die Ueberhandnahme des Berechtigungswesens ausgesprochen. Er sieht darin eine der Quellen der Ueberfüllung der Hochschulen. Sie dürfen auch nicht mehr als „eine Art Notausgang“ angesehen werden. Einerseits soll der Wert der nichtakademischen Berufe wieder in viel höherem Maße anerkannt werden. Andererseits handelt es sich darum, den wirklich Hochbegabten und Tüchtigen aus allen Schichten des Volkes den Zugang zur Hochschule zu ermöglichen. „Innerhalb der Hochschuleselbst“, so schließt der Aufruf, „müssen alle Vorkehrungen getroffen werden, um diejenigen Studierenden, die nach Ueberzeugung der Dozenten nicht die volle wissenschaftliche und menschliche Eignung zum Studium haben, vom Studium fernzuhalten oder zum Aufgeben des Studiums zu veranlassen“. Das sind zweifellos durchaus richtige Gedanken. Sicher finden sie auch Anklang in den Kreisen der Studierenden und der Eltern von solchen. Nur wenden diese leider diesen Grundsatz fast immer nur auf andere an. Fast jeder glaubt, daß er für das Studium geeignet und daß die andere Tätigkeit seiner nicht würdig ist. Von einer Belehrung der in Frage kommenden Personen darf man nicht allzuviel erwarten. Von Interesse wäre es, zu wissen, durch welche Maßnahmen die Hochschulen selbst die Reinigung von ungeeigneten Elementen vornehmen sollen. Mit dem Rat, auf das Studium zu verzichten, wird nicht allzuoft ein Ergebnis erzielt werden.

Die Zahl der zur Mitwirkung bei den Arbeitsgerichten zugezogenen Laienrichter hat bei der ersten Ernennung i. J. 1927 rund 21 000 betragen. Die Amtsdauer beträgt jeweils 3 Jahre. Auf 31. Dez. wird die Neubestellung erfolgen müssen. Die im Gerichtsbezirk bestehenden wirtschaftlichen Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer reichen ihre Vorschlagsliste ein. Bei der Auswahl sollen auch die Minderheiten berücksichtigt werden. Frühzeitig ist in einer gemeinsamen Verfügung des preuß. Handelsministers und des Justizministers an die Regierungspräsidenten das Ersuchen gerichtet, den Landgerichtspräsidenten jetzt schon mitzuteilen, wieviel Beisitzer nötig werden. Man rechnet mit einer starken Erhöhung der Zahl derselben. Die Aufgabe der Auswahl wird aus verschiedenen Gründen keine leichte sein. Es ist nicht erstaunlich, daß sich bereits Vorschläge auf Aenderung des Arbeitsgerichtsgesetzes einfinden. Am radikalsten sind die vom Geschäftsführer der Bezirksgruppe Braunschweig des Reichsverbandes des deutschen Groß- und Ueberseehandels, RA. Mollenhauer, ausgearbeiteten. Sie streichen in der I. Instanz die Laienrichter. Der Berufsrichter allein soll entscheiden. Es habe sich gezeigt, daß der rechtsgelehrte Richter imstande ist, die arbeitsrechtlichen Gesetze ebenso zu verstehen wie andere Gesetze auch. Es sei auch eine Ungerechtigkeit ohnegleichen, die übrigen Zivilprozesse von einem Richter in I. Instanz entscheiden zu lassen,

für arbeitsrechtliche Sachen aber von vornherein ein umfangreiches und kostspieliges Kollegium zur Entscheidung zu bestellen. Man erspare bei dem Einzelrichter nicht nur die Kosten der Beisitzer. Es sei auch dann ermöglicht, den Bezirk eines Amtsgerichts als Bezirk des Arbeitsgerichts durchzuführen. Damit sei dann auch wieder eine erhebliche Zeit- und Fahrgeldersparnis für die Parteien verbunden. Diese Vorschläge haben an sich manches Ansprechende. Sie werden namentlich jedem praktischen Juristen einleuchten. Trotzdem ist heute eine Aussicht auf ihre Durchführbarkeit nicht vorhanden. Die Arbeitsgerichte in ihrer jetzigen Gestalt werden von den Arbeitern als ein Palladium ihrer Rechte betrachtet. Es nützt nichts, ihnen klarzumachen, daß sich in den meisten Fällen doch, wo die verschiedenen Standpunkte zu verschiedenen Auffassungen führen, die beiden Gruppen die Waage halten und der Vorsitzende entscheidet. Die Anwesenheit der Standesgenossen in den Gerichten gewährt ihnen trotz alledem eine starke Beruhigung. Man darf das psychologische Moment nicht außer acht lassen. Es ist schließlich bedeutender als eine Erleichterung des Verfahrens und eine Kostenersparnis.

Rechtsanwalt Dr. Dr. Hachenburg, Mannheim.

## Vermischtes.

### Zum Regierungsentwurf über Ersparnismaßnahmen auf dem Gebiete der Rechtspflege.

a) Stellungnahme des Preussischen Richtervereins. „Der Preuß. Richterverein hat seit Jahren die Notwendigkeit einer grundlegenden Justizreform betont. Er lehnt aber nach wie vor eine lediglich vom fiskalischen Standpunkte diktierte „Reform“ ab. Schon im Frühjahr sind, wie aus allen Kreisen der Juristen, auch von uns schwerste Bedenken gegen die damalige Regierungsvorlage vorgetragen. Trotzdem hat der neue Entwurf einen großen Teil der damals vom Reichstage einmütig abgelehnten Vorschläge wieder aufgegriffen. Nicht wieder aufgenommen ist zwar der frühere Plan, die Kollegialgerichtsbarkeit bei den LG. bei Objekten unter 6000 M. dadurch zu zerstören, daß für solche Prozesse der Einzelrichter des Landgerichts zuständig werden soll. Ebenso hat man den früheren Vorschlag, die bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten nebst dem Konkurs- und Vergleichsverfahren für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte einem von ihnen zur Erledigung zuzuweisen, in der wohlverdienten Versenkung ruhen lassen.

Der neue Entwurf will aber, wie der frühere, die Möglichkeit schaffen, die Rechtshilfeersuchen für die Bezirke mehrerer Amtsgerichte einem von ihnen ganz oder zum Teil zur Erledigung zu überweisen. Diese Anordnung soll jetzt auch zulässig sein, wenn die Amtsgerichte nicht im Bezirke desselben Landgerichts gelegen sind. Eine derartige Bestimmung kann nur für die Großstädte empfohlen werden, in denen es mehrere Amtsgerichte gibt. Im übrigen würde sie einem Grundsatz der Rationalisierung, nach dem zur Ersparnis von Zeit, Kraft, Material und Geld sämtliche untereinander in Wechselwirkung stehenden Geschäfte bei einer Behörde zu vereinigen sind, widersprechen. Durch eine Zerteilung der Behörden würde die Bevölkerung mit unnötigem Aufwand von Zeit, Kraft und Geld belastet, diese aber der Wirtschaft entzogen. Das Publikum der kleineren Gerichte hat auch mit Recht stets großen Wert darauf gelegt, seine sämtlichen gerichtlichen Angelegenheiten an demselben Gericht zu erledigen. Gerade bei Rechtshilfeersuchen handelt es sich aber stets um gerichtliche Termine, zu denen das persönliche Erscheinen von Parteien, Zeugen und sonstigen Auskunftspersonen an Gerichtsstelle nötig, und bei denen eine Vertretung nicht möglich ist. Irgendwelche nennenswerten Ersparnisse wird dieser Vorschlag sicher nicht bringen.



Nicht energisch genug kann darauf hingewiesen werden, daß die beabsichtigte Versagung der Berufungsmöglichkeit bei Objekten unter 100 RM. die Wirkung einer asozialen Maßnahme nachteiligster Art haben würde. Verstärkt wird diese Wirkung noch dadurch, daß bis zu demselben Betrage das an keinerlei Prozeßvorschriften gebundene sog. Schiedsverfahren für zulässig erklärt werden soll. Ein Betrag von 50—100 RM. ist heute schon eine bedeutsame Summe. Sehr leicht könnte bei einem großen Teile der Bevölkerung der Glaube erweckt werden, daß er zu seinem Rechte nicht kommen könne. Man bedenke nur, daß die meisten Menschen in Deutschland ein Wochen-einkommen von noch unter 50 RM. haben. Die Erhöhung der Berufungssumme wäre geeignet, eine neue Vertrauens-krisis heraufzubeschwören. Insbes. muß die Rechtseinheit leiden, wenn z. B. an einem Amtsgerichte mit mehreren Prozeßrichtern in derselben Rechtsfrage voneinander abweichende Entscheidungen ergehen und keine einheitliche Rechtsprechung durch die Berufungsinstanz herbeigeführt werden kann. Sollte trotz dieser Bedenken eine Erhöhung der Berufungsgrenze nicht vermieden werden können, so muß auf jeden Fall der Richter das Recht haben, jede Sache für berufungsfähig zu erklären. Empfehlenswert würde auch die Einführung eines Publikationstermin-zwanges bei nicht berufungsfähigen Sachen sein, wie er während der Inflationszeit bestanden und sich bewährt hat. Würde der Entwurf Gesetz, so würde er eine das ganze Volk treffende Verschlechterung der Rechtspflege mit sich bringen, die auch aus dem Gesichtspunkte einer notwendigen Sparpolitik schon mit Rücksicht auf die höchstens nur in ganz geringem Umfang sich ergebende Möglichkeit von Ersparnissen nicht verantwortet werden kann.

Wenn dieselben schweren Bedenken nach Ansicht des Preuß. Richtervereins vielleicht nicht gegenüber den übrigen Vorschlägen des Entwurfes bestehen, so muß doch auch hier grundsätzlich von unserer Einstellung zur Justizreform aus es für wenig glücklich bezeichnet werden, daß man an Stelle der notwendigen großzügigen Reform einzelne Punkte herausgreift. Die vorgesehene Heraufsetzung der Beschwerdesumme und die Erhöhung der Zuständigkeitsgrenze der Amtsgerichte würde vielleicht keine Verschlechterung der Rechtspflege, keinesfalls aber eine Verbesserung bedeuten. Unter keinen Umständen darf aber die Zuständigkeitsgrenze für die Amtsgerichte den im Entwurf vorgesehenen Betrag von 1000 RM. überschreiten. Dafür, daß schließlich diese Maßnahmen eine nennenswerte Ersparnis aufbringen würden, sind die bisherigen Erörterungen den Beweis schuldig geblieben.

Vom Gesichtspunkte der Notwendigkeit durchgreifender Sparmaßnahmen aus erscheinen noch die im Entwurf enthaltenen Vorschläge einer 10%igen Kürzung der Armen-anwaltsgebühren und die Bestimmung eines festen Betrages von 25 RM. für den Erstattungsanspruch in Ehesachen an Stelle der vollen Gebühr am unbedenklichsten. Auch der Deutsche Anwaltverein hat sich übrigens auf der kürzlich in München abgehaltenen Tagung prinzipiell mit diesen Vorschlägen abgefunden. Bezeichnend ist, daß bei zahlreichen Gerichten die Justizverwaltung z. Zt. für die Gebühren in Armsachen mehr Ausgaben zu leisten hat, als für die Gehälter der Richter. Zweckmäßig wäre es gewesen, wenn über die Vorschläge des Entwurfes hinaus noch Bestimmungen getroffen wären, die eine schärfere Nachprüfung der Voraussetzungen für die Bewilligung des Armenrechts gewährleisten würden.

b) Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins (Entschliebung der 26. Abgeordnetenversammlung v. 9. Nov. 1930):

„Die Abgeordnetenversammlung des Deutschen Anwaltvereins hat soeben Kenntnis erhalten von den Vorschlägen, die den gesetzgebenden Körperschaften zur Aenderung der Gerichtsverfassung und der ZPO. vorgelegt werden sollen.

Die Anwaltschaft weiß, daß sie in der gegenwärtigen Notlage, trotz ihrer eigenen Bedrängnis, ihr Opfer beisteuern muß. Sie wird sich daher mit einem mäßigen prozentualen Abschlag auf ihre Armenrechtsgebühren, auch in Ehesachen, auf die Dauer der Not abfinden müssen und abfinden.

Darüber hinaus aber muß sie ihrem tiefen Bedauern darüber Ausdruck geben, daß die Regierung es nicht verstanden hat, die wichtigsten Grundlagen der Rechtspflege gegen angebliche finanzwirtschaftliche Ansprüche geringen Vorteils zu verteidigen.

Sie lehnt daher mit Entschiedenheit ab:

a) jede Erhöhung der amtsgerichtlichen Zuständigkeit;

b) jede weitere Beschränkung der Rechtsmittel.

Als berufene Vertreterin der Rechtsuchenden betrachtet sie die in dieser Richtung von der Regierung vorgeschlagenen Maßregeln als eine unerträgliche Verkümmern der Rechssicherheit und des Rechtsschutzes, insbesondere für die Minderbemittelten.

Sie begreift nicht, daß die von ihr gemachten, einer wirklichen Ersparnis dienenden Vorschläge zur Besserung des Verfahrens vollkommen unbeachtet geblieben sind.

Die „Arbeitsgemeinschaft Preußischer Richter“ hat am 4. Nov. 1930 folgende Entschliebung gefaßt: „Die Arbeitsgemeinschaft verkennt nicht die Not des Volkes und die Notwendigkeit größter Sparsamkeit in allen Ressorts. Sie verkennt auch nicht, daß der preußische Justizfiskus alle überflüssigen Ausgaben vermeiden muß. Eine Kürzung der Gehälter aller Richter ist jedoch im Hinblick auf die schon seit Jahren bestehende Notlage der nicht in gehobenen Stellen befindlichen Richter untragbar und gefährdet auf das schwerste die Güte und Unabhängigkeit der Rechtspflege.“

**Brief aus Bayern.** Als der letzte „Brief aus Bayern“ (S. 1106 d. Bl.) in Druck gegangen war, hat die Mehrheit des Landtags die Notverordnung, die zur Abgleichung des Staatshaushalts eine Schlachtsteuer eingeführt hatte, aufgehoben. Finanzminister Dr. Schmelzle, eine staats- und wirtschaftspolitisch ausgezeichnete Kraft, trat sofort zurück, und nach ihm gaben auch Ministerpräsident Dr. Held und mit ihm das Rumpfkabinett, aus dem schon früher der Landwirtschaftsminister Dr. Fehr ausgeschieden war, ihre Demission. Dieses Rumpfministerium, dem nun auch der Finanzminister fehlt, amtiert nun nicht als politisches, sondern als geschäftsführendes Ministerium weiter. Dieser Zustand ist auf die Dauer verfassungsrechtlich anormal, ebenso wie der Zustand, daß der Landtag, dem die Wahlrechtsentscheidung des Staatsgerichtshofs die Ungültigkeit seiner Wahl ausgesprochen hat, bisher ein neues Wahlgesetz nicht fertiggestellt und ebenfalls in seiner alten Zusammensetzung weiter amtiert hat. Es ist nun das seit geraumer Zeit voraussehbare Ereignis eingetreten, daß die nationalsozialistische Partei eine Klage an den bayer. Staatsgerichtshof erhoben und die seit Erlaß der Wahlrechtsentsch. (14. Febr. d. J.) ergangenen Beschlüsse des Landtags als ungültig angefochten hat. Wie diese Entsch. ausfallen wird, steht dahin. Im Gegensatz zum Reichsstaatsgerichtshof ist der bayer. Staatsgerichtshof zum Teil auch politisch zusammengesetzt. In solchen Angelegenheiten entscheiden auch Landtagsabgeordnete als Vertreter der politischen Parteien mit; sie sind also gewissermaßen Richter in eigener Sache. Ende Oktober hat nun die bayer. Finanznot dazu geführt, daß der Landtag nun ein Gesetz zur Abgleichung des Staatshaushalts angenommen hat, durch das auch die etwas geänderte Schlachtsteuer Annahme fand. Inzwischen lag der Lärm unerfreulicher politischer Erörterungen, aus denen nur das eine sich mit Sicherheit erwies, daß Bayern für staatsrechtliche Komplikationen und staatspolitische Notstände verfassungsrechtlich nicht genügend gerüstet ist. Seine Bamberger Verfassung von 1919 bedarf der Ueberprüfung. Infolge der zu großen Häufung von verfassungsrechtlichen Sicherheiten kann das Land politisch aktionsunfähig werden. So ist der Ministerpräsident nicht berechtigt, einen Minister zu entlassen; die Regierung kann den Landtag nicht auflösen, sondern dieser nur sich selbst. Dazu durchzieht eine Anzahl von Streitfragen die Verfassung, so insbes. über die Rechtsstellung der Staatssekretäre und ihre Enthebung vom Amte.

Das ist Zukunftsmusik einer ruhigeren Regierungszeit. In der Begründung zum Gesetz über die Haushaltsabgleichung wurde jetzt erneut die Notwendigkeit der großen Staats-



vereinfachung betont. Sie ist für eine neue Regierung nach Erlass des Wahlgesetzes und Vornahme der Landtagswahlen wieder zur dringendsten Aufgabe und bitteren Notwendigkeit geworden. Es ist hierüber hier schon soviel geschrieben worden, daß über den augenblicklichen Stand Weniges genügt. Im Rahmen der kleinen Vereinfachung hat die Justizverwaltung jetzt wieder 5 Amtsgerichte aufgehoben. Wenn dieser durchgreifende Verwaltungsneuaufbau Bayerns nicht aus der parteipolitischen Betrachtung der Dinge gelöst und nur nach sachlichen Staatsnotwendigkeiten bemessen wird, dann scheitert er wieder, und Bayern verliert im Weitergange der Dinge möglicherweise die Freiheit des Handelns. Es sind soviel Worte, Denkschriften und Vorschläge gewechselt worden, daß das Land nun Taten sehen will. Inzwischen wurde die Not noch größer, und die Vereinfachung muß noch durchgreifender werden. Sie darf an den Ministerien und dem Landtag nicht vorübergehen, der in seinen 128 Mitgliedern mindestens um ein Drittel vermindert werden kann. Auch die Ministerien können noch um das Landwirtschaftsministerium verringert werden, das wieder seinem Stammministerium, dem Innern, angegliedert werden kann. Für das rechtsrheinische Bayern genügen im Endziel weniger Regierungen und Oberlandesgerichte gegen jetzt 7 Regierungen und 4 OLG. Die Pfalz ist dabei nach ihrer territorialen Lage besonders zu behandeln und bedarf einer Regierung und auch eines OLG. Auch die Reichsverwaltung kann dementsprechend vereinfachen. Sie kann ihre Oberpostdirektionen und Eisenbahndirektionen und unter Umständen ihre Landesfinanzämter noch vermindern. Diese Vereinfachung kann in der Gerichtsorganisation dazu führen, daß einzelne Gerichte, die jetzt überlastet sind, besser besetzt werden. Erst jüngst, auf dem 8. Verbandstage der bayer. Anwälte in München, der sich insbes. mit der Reform des Zivilprozesses befaßte, wandte sich der bekannte Zivilprozeßrechtslehrer der Münchener Univ. Geheimrat, Prof. Dr. Kisch gegen die in München nun durch die Beigabe weiterer Richter geminderte Ueberlastung der Streitgerichte in den Großstädten, wo schließlich Mündlichkeit und Unmittelbarkeit an der rauhen Wirklichkeit scheitern müßten. Im übrigen durchzieht nicht bloß die Kreise der Justizbeamten, sondern die ganze Beamtenschaft, die durch ihr selbstloses Wirken das jetzige System des Ueberparlamentarismus getragen und die bayer. Regierung in der Rätezeit durch ihre Mitarbeit in Bamberg gerettet hat, eine tiefe Verstimmung über die Angriffe gegen das Beamtentum und seine Sonderbelastung, die im letzten Wahlkampfe, auch von ministerieller Seite, wiederholt und nicht immer glücklich vertreten worden ist. Das Beamtentum versagt sich nicht der Not, die der verlorene Krieg, die Reparationen und zehnjähriger Ueberparlamentarismus dem Reich und den Ländern gebracht hat, aber es wehrt sich, schutzlos gelassen, gegen Angriffe und gegen eine Ausnahmegesetzgebung mit der Wirkung einer Sonderbelastung, die nicht den Dienst am Vaterlande fördern, sondern letzten Endes das Beste zerstören wird, was wir im jetzigen Staate noch haben: die Tüchtigkeit und Integrität des Berufsbeamtentums und damit dieses selbst.

### Zur deutsch-österreichischen Rechtsangleichung.

Der Reichsrechtsausschuß der Deutsch-Oesterreichischen Arbeitsgemeinschaft (Unterausschuß V) hat in seiner Sitzung vom 11. Okt. beschlossen, an die Deputation des Deutschen Juristentages den Antrag zu stellen, folgende Fragen auf die Tagesordnung eines der nächsten Juristentage zu setzen:

1. Sind Garantiebestimmungen zur Aufrechterhaltung einheitlicher Strafrechtsprechung zwischen Deutschland und Oesterreich für das künftige gemeinsame Strafgesetzbuch notwendig und möglich, und welchen Inhalt sollen sie haben?

2. Ist die Vereinheitlichung der Ausbildung der reichsdeutschen und österreichischen Juristen im Rahmen der Rechtsangleichung notwendig und daher anzustreben? Und auf welchem Wege kann sie erfolgen?

Begründung:

ad 1: Die formelle Rechtseinheit, die durch das

kommende StrGB. geschaffen wird, stellt die materielle Rechtseinheit in der Rechtsprechung der Gerichte nicht sicher. Es ist zu befürchten, daß die obersten Gerichte beider Länder in Fortbildung ihrer jetzigen Judikatur viele Fragen verschieden entscheiden werden. Es müssen daher Einrichtungen geschaffen werden, die die Gleichheit der Judikatur beider Länder sicherstellen. Als solche kommen folgende Möglichkeiten in Betracht.

Am weitestgehenden wäre die Einrichtung eines gemeinsamen obersten Gerichtes, das keineswegs eine ständige Einrichtung zu sein brauchte, sondern nur von Fall zu Fall aus Mitgliedern der Höchstgerichte beider Länder gebildet werden könnte. Der Ausschuß ist sich bewußt, daß einer derartigen Einrichtung nicht unbedeutliche Schwierigkeiten entgegenstehen. Er weist aber darauf hin, daß die Entwicklung der Gegenwart der Einrichtung überstaatlicher Gerichte nicht ablehnend gegenübersteht.

Für den Fall, daß die Einführung eines solchen Gerichtes nicht möglich wäre, hat der Ausschuß weitere Möglichkeiten in Erwägung gezogen. Man könnte zunächst dem abweichenden Gericht die gesetzliche Verpflichtung auferlegen, ein Rechtsgutachten des Gerichtes einzuholen, von dessen Entscheidung abgewichen werden soll. Ferner könnte daran gedacht werden, eine ständige Kommission zu bilden, die die Abweichungen der Gerichte beider Länder genau zu verfolgen und jährlich bei der Berichterstattung Vorschläge zu ihrer Ueberwindung zu machen hätte.

Endlich müßten Mittel und Wege gefunden werden, die es sicherstellen, daß die Juristen beider Länder die Judikatur des anderen Landes besser kennen lernen als bisher (Herausgabe einer gemeinsamen Entscheidungssammlung, Richteraustausch).

Der Ausschuß hofft, daß es der Deputation möglich ist, diesen Antrag noch auf die Tagesordnung des 36. Juristentages zu setzen. Der Ausschuß regt an, die Frage zu verbinden mit der schon auf der Tagesordnung stehenden Frage:

„Empfiehlt sich eine gesetzliche Regelung der Frage, ob und ev. in welchem Umfang das Reichsgericht nach Inkrafttreten des neuen StrGB. an seine auf Grund des bisherigen StrGB. erlassenen Erkenntnisse gebunden und also bei etwaiger Abweichung zur Einholung einer Plenarentscheidung verpflichtet ist?“

und Gutachten von je einem deutschen und österreichischen Juristen einzufordern.

ad 2: Der Ausschuß war der Ansicht, daß die Rechtsangleichung nicht besser gefördert werden könnte als durch eine Angleichung der Ausbildung. Hier allerdings bedürfte es nicht nur einer Annäherung auf strafrechtlichem Gebiet, sondern ganz allgemein. Der Ausschuß, der sich der praktischen Schwierigkeiten der Durchführung einer Angleichung wohl bewußt ist, glaubt, daß keine Stelle besser in der Lage ist als der Deutsche Juristentag, den ganzen Fragenkomplex vorurteilsfrei zu untersuchen; er bittet daher, auch diese Frage zum Gegenstand der Verhandlungen des Juristentags zu machen und sie durch Gutachten je eines deutschen und eines österreichischen Juristen vorbereiten zu lassen.

I. A. Professor Dr. Gerland, Jena.

Die Deutsche Hochschule für Politik veranstaltete am 8. Nov. aus Anlaß ihres 10jährigen Bestehens eine akademische Feier im Reichstage. Der Präsident der Hochschule, Prof. Dr. Jäckh, begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste. Für den Aufschwung in den verflossenen 10 Jahren spreche die Zahl der Studierenden der Hochschule, die im letzten Wintersemester 1496, das sei das Zehnfache des ersten Jahres, betragen habe. Sodann erstattete der Direktor, Dr. Dr. Wolfers, Bericht über die Entwicklung der Hochschule. Für den Reichsminister des Innern sprach Staatssekretär Dr. Zweigert, dem sich mehrere andere Redner, auch des Auslandes, beglückwünschend anschlossen.

Den Festvortrag hielt Geh. Rat, Prof. Dr. Richard Schmidt, Leipzig, über „Das Führerproblem in der



modernen Demokratie“. Er schilderte die Entwicklung im alten Hellas und Rom und im modernen Europa. Scharf umriß er den die neue Zeit charakterisierenden Dualismus des Berufspolitikers und Berufsbeamten in der modernen Demokratie. Die Führerauslese vollziehe sich hier durch die Wahl und den Erwerb einer Qualifikation. Er wies auch auf das Uebergewicht der Parlamentarier hin, die nicht nur die Ministerposten besetzen, sondern mehr und mehr auch in andere Ministerialposten und sonstige leitende Stellungen eindringen, ohne eine berufsmäßige Qualifikation zu besitzen. So sei schon 1926 in einer Aussprache im preuß. Landtag festgestellt worden, daß von 418 Landräten 66 ohne jede spezielle Vorbildung waren und von den 24 preuß. Regierungspräsidenten nur noch 14 eine akademische und Verwaltungs-Vorbildung, 9 aber überhaupt keine verwaltungsmäßige Vorbildung hatten. Daraus ergebe sich deutlich ein Ueberwiegen der Berufspolitiker über die Berufsbeamten, das den Beamtennachwuchs ernstlich gefährde. Es müsse daher gesetzlich die Chance der Parteipolitiker paralytisch werden. Die Parteipolitiker und ihre Schützlinge müßten auf eine geringe Anzahl von Aemtern beschränkt werden, sodaß sie gegenüber den Berufsbeamten stets in der Minderheit blieben. Das könne nur durch Errichtung einer besonderen staatlichen Prüfungsstelle geschehen, deren Entscheidungen für alle Anstellungsbehörden, selbst für die Ressortminister bindend sein müßten. In den Ver. Staaten von Nordamerika, wo 1830 bis 1870 die gesamte Beamtenschaft grundsätzlich mit dem Präsidenten gewechselt habe, und in England habe man die Anstellung von Beamten in immer zunehmendem Maße von einer Qualifikation abhängig gemacht, die sie in öffentlicher Prüfung erwerben müßten („civil service commission“). Wenn man diese angelsächsische Einrichtung auch nicht ohne weiteres übernehmen könne, so bestehe doch in der Verfolgung dieses Gedankens die einzige Möglichkeit, auch in Deutschland das Regierungs- und Behördensystem auf eine feste Basis zu bringen.

**Der Kongreß für Rechtsvergleichung**, der von der Internationalen Akademie für Rechtsvergleichung im Jahre 1932 im Haag veranstaltet wird, findet bei den maßgebenden Behörden und Organisationen lebhafteste Unterstützung. So hat die American Bar Association auf ihrer Versammlung v. 18.—23. Aug. in Chicago die Einberufung dieses Kongresses begrüßt und einen Sonderausschuß zu dessen Förderung gewählt. Auch die gleichzeitig tagende Konferenz der Delegierten der Bar Association der einzelnen Bundesstaaten der Ver. Staaten hat es für wichtig erklärt, daß die Juristen der Ver. Staaten bei den Verhandlungen des Kongresses würdig vertreten sind. Der Generalsekretär des Völkerbundes hat am 11. Sept. 1930 beschlossen, einen amtlichen Vertreter zu dem Kongreß zu entsenden, und die Union Internationale de Radiodiffusion in Genf hat sich zur Mitarbeit bereiterklärt, ebenso die Internat. Handelskammer in Paris.

**Personallen.** Zum Reichsfinanzrat und Mitglied des RFH. München wurde der Direktor beim Reichsaussgleichsamt i. e. R. Wendriner, Berlin, ernannt. — Zum Nachfolger des kürzlich verstorbenen OLGPräs. Krüger, Rostock, der nur kurze Zeit im Amte war und sich als Chefpräsident und Mensch in gleicher Weise ausgezeichnet hatte, wurde LGDir. Burmeister, Rostock, ernannt. Er ist erst 47 Jahre alt und gilt als der befähigste mecklenburgische Richter, der seine sprunghafte Beförderung seiner hervorragenden Tüchtigkeit zu verdanken hat. Er ist Ass. von 1908, war dann AR., Staatsanwalt, LGR., OberStA., LGDir. und vorübergehend auch Hilfsarbeiter bei der Reichsanwaltschaft. — Ernannt wurden: der Kanzler der Univ. Tübingen, Prof. Dr. Max v. Rümelin, zum theol. Ehrendoktor der Tübinger Fakultät, OLGPräs. i. R. Dr. h. c. Dronke, Frankfurt a. M., zum HonProf. der jur. Fakultät der Univ. Frankfurt. — Prof. Dr. Nicolaus Gjelsvik, Oslo, wurde ehrenhalber zum Doktor der Rechte der Leipziger Univ. promoviert. — Prof. Dr. Balogh, Berlin, wurde als einziger Ausländer in das Panamerikanische „Instituto di derecho y legislacion

comparado“ gewählt. — Priv.-Doz. Dr. Rühl, Berlin, hat den Ruf als Ord. an die Handelshochschule Mannheim angenommen. — RA. b. KG. Dr. Artur Wolff, Berlin, der geschäftsführende Direktor des Deutschen Bühnenvereins, einer der hervorragendsten Sachkenner auf dem Gebiete des Theater- und Autorenrechts, ist plötzlich gestorben.

## Preissenkung für sämtliche Werke des Verlages Otto Liebmann.

Der Not der Zeit entsprechend soll vom 1. Februar 1931 an eine 6%ige Gehaltskürzung für die Beamtenschaft eintreten. Von der Reichsregierung wurde die Losung zu einer allgemeinen Preissenkung ausgegeben. Es ist ein Gebot der Stunde, dem weitestgehend zu entsprechen. Obwohl die Veröffentlichungen unseres Verlages sich schon bisher durch mäßige Preise auszeichneten und die Herstellungskosten noch keineswegs verbilligt wurden, wollen wir trotz der damit verbundenen finanziellen Opfer dem Juristenstand die zur Weiterbildung in Praxis und Studium notwendigen Werke unseres Verlages zu ermäßigten Preisen zur Verfügung stellen, die einen Ausgleich in Höhe der Gehaltskürzung bieten sollen:

**Ab 1. Dezember 1930 tritt eine Preissenkung um 6% für sämtliche Werke unseres Verlages bis auf Widerruf ein.**

**Dieser 6%ige Nachlaß wird auch auf die bisherigen Vorzugspreise für die Abonnenten der Deutschen Juristen-Zeitung eingeräumt.**

Ein Verzeichnis unserer neueren Verlagswerke liegt diesem Hefte bei. Auch alle anderen Werke unseres Verlages werden mit 6% Nachlaß geliefert.

Der Bezugspreis der Deutschen Juristen-Zeitung wurde trotz wiederholter Steigerung der Herstellungskosten seit dem Jahre 1925 nicht erhöht; er bleibt auch weiterhin wie bisher vierteljährlich nur M. 5.40, für Studenten und Referendare nur M. 4.40. Um jedem Juristen das Abonnement zu ermöglichen, kann bei direktem Bezuge durch unseren Verlag oder durch den Buchhandel (nicht durch die Post) überdies der Bezugspreis von nun an auch in monatlichen Raten ohne Preiserhöhung, also monatlich mit M. 1.80, für Studenten und Referendare monatlich mit M. 1.50 bzw. M. 1.40, bezahlt werden.

Verlagsbuchhandlung Otto Liebmann,  
Verlag der DJZ., Berlin.

## Justizstatistik.

Berichterstatter: Dr. Roesner, Referent im Statistischen Reichsamte, Berlin.

**Statistik über die Gefangenenanstalten der Justizverwaltung in Preußen für das R.-J. 1927/28.** Im RJ. 1927/28 waren in den preuß. Gefangenenanstalten 65 721 Plätze (59 411 für Männer, 6310 für Frauen) vorhanden, und zwar 14 138 in Zuchthäusern und 51 583 in Gefängnissen; davon entfielen auf Einzelhaftzellen für Tag und Nacht 32 325, auf Einzelschlafzellen 5603, auf Schlafkojen 2261 und auf Gemeinschaftsschlafräume 25 532. Die Gesamtzahl der im Laufe des Jahres in den Anstalten untergebrachten Gefangenen belief sich auf weit mehr als eine viertel Million, nämlich 281 156; davon waren 83 303 Untersuchungsgef., 55 Festungsgef., 14 887 Zuchthausgef., 132 740 Gefängnisgef., 18 240 Gef. mit einfacher Haft und 19 766 mit geschäfteter Haft, 929 Zivilhaftgef.



sowie 6236 Polizeigef. Die durchschnittliche Tagesbelegung betrug 36 692 Gef., was eine Ausnutzung der Belegungsfähigkeit von 55,8 % bedeutet. Die Gesamtzahl der Hafttage belief sich in den Zuchthäusern auf 3,456 Mill., in den Gefängnissen auf 9,897 Mill.

Eine besonders interessante Tabelle ist den Zuchthaus- und Gefängnisvorstrafen gewidmet. Sie zeigt, daß von den Zuchthaus- und Gefängnisgef. mit mindestens einjähriger Strafe, deren Zahl sich im RJ. 1927/28 auf 12 832 belief, der größte Teil, nämlich 9757 = 76 %, bereits Zuchthaus- oder Gefängnisstrafen verbüßt hatten. Von diesen waren 2891 = 29,6 % 3 bis 5 mal, 2020 = 20,7 % 6 bis 10 mal vorbestraft. Es befanden sich unter ihnen weiter 936 Männer und 43 Frauen mit 11 bis 30 Vorstrafen und schließlich 32 Männer und 6 Frauen mit mehr als 30 Vorstrafen. Die gleiche Zusammenstellung enthält weiterhin eine Nachweisung, wieweit die letzte Vorstrafe zeitlich zurückliegt, welche erkennen läßt, daß seit Verbüßung der letzten Zuchthaus- oder Gefängnisstrafe in den ersten 3 Monaten verhältnismäßig wenige Rückfälle zu verzeichnen sind. Die meisten Taten wurden von den Vorbestraften seit Verbüßung der letzten Strafe nach einer Zeit von über 1 Jahr bis zu 5 Jahren (in 4314 Fällen) verübt.

Von der Gesamtzahl der Gef. wurden wegen tätlicher Widersetzlichkeit, wegen Unfließes oder anderer Verfehlungen im Arbeitsbetrieb und wegen sonstiger Verstöße 7575 Männer = 2,9 % und 470 Frauen = 1,8 % disziplinarisch durch Verweis, Kostbeschränkungen, einfachen oder verschärften Arrest u. a. bestraft. In zahlreichen Fällen wurde Fesselung als Sicherungsmaßregel angewandt; meistens für eine Zeit bis zu 3 Tagen. Bei 14 Gefangenen dauerte die Fesselung über 2 Wochen.

Entweichungen kamen im RJ. 860 (davon 565 von der Außenarbeit) vor. Das sind, gemessen an der Gesamtzahl der Gef. 0,3 %. Von den 1927/28 entwichenen Gef. konnten 676 = 78,6 % wieder ergriffen werden; von den in früheren Jahren Entwichenen wurden 104 wieder ergriffen.

Die Zahl der erhobenen schriftlichen Beschwerden in bezug auf den Strafvollzug ist verhältnismäßig gering, sie betrug 5489; die Zahl der Gef., die Beschwerden erhoben haben, bezifferte sich auf 3373 = 12,0 % ihrer Gesamtzahl.

Der Gesundheitszustand der Gef. kann im allgemeinen als verhältnismäßig günstig bezeichnet werden. Auf die tägliche Durchschnittszahl von 36 692 Gef. kamen 695 Krankheitsfälle, auf die Gesamtzahl der Gef. (281 156) 93 421 = 33,2 % erkrankte Gef. und 254 335 Krankheitsfälle. Gestorben sind während des Jahres 1927/28 102 Gef. = 0,04 %, hiervon 49 oder fast die Hälfte durch Selbstmord. Die Zahl der Selbstmordversuche wird auf 346 angegeben, wovon auf „ernstlich gemeinte“ 122 und auf „nicht ernstlich gemeinte“ 224 entfallen.

Was die Entlassungen betrifft, wurden 226 Gef. infolge Begnadigung und 4 auf Grund § 23 RStrGB. vorläufig entlassen. Infolge bedingter Strafausssetzung fanden 6536 Entlassungen statt. Die Gesamtzahl der entlassenen Gef. beziffert sich i. J. 1927/28 auf 171 124. Davon 86 078 = 50,3 % ohne Arbeitsbelohnung und 85 046 = 49,7 % mit Arbeitsbelohnung, hiervon 65 565 mit einer solchen bis zu 15 RM., 3108 mit einer Arbeitsbelohnung von mehr als 50 RM. Die besonderen Geldunterstützungen zum Schutze augenblicklicher Not wiesen einen Gesamtbetrag von 79 697 RM., für Reise- und Zehrgelder einen Betrag von insgesamt 73 098 RM. auf. 27 912 der während des Jahres Entlassenen haben persönliche Fürsorge erbeten und 24 683 derselben ist diese zuteil geworden.

## Sprechsaal.

**Die Presse zum Prozeß Frenzel.** Mit Recht weist der hochgeschätzte „Rundschauer“ S. 1446 d. Bl. darauf hin, daß öffentliche Erörterungen, die sich an den in Potsdam unter Ausschluß der Öffentlichkeit einschließlich der Presse verhandelten Prozeß Frenzel angeknüpft haben, „im Interesse der Rechtspflege und der richterlichen Autorität tief bedauerlich“ sind. Ist ein solches Ergebnis dadurch zu vermeiden, daß die Presse im Vertrauen auf ihre Selbsterziehung zu nicht öffentlichen Verhandlungen zu-

gelassen wird? Weder das geltende Recht (§ 174 Abs. 2, § 175 GVG. in Verb. mit Art. II, III Reichsges. 5. April 1888; § 184b StrGB.; vgl. auch § 23 JGG.) noch die dem vorigen Reichstag vorgelegten Entwürfe eines StrGB. (§ 168) und des EinfGes. dazu (Art. 68 Ziff. 46) kennen ein solches Sonderrecht für die Presse oder glauben im Vertrauen auf die Selbsterziehung von staatlichen Schutzmitteln gegen gemeinschädliche Veröffentlichungen absehen zu können. Gerade wer den Beruf der Presse als „moralische Anstalt“ würdigt und in der Berichterstattung über öffentliche gerichtliche Verhandlungen nicht nur ein wichtiges Mittel zur Förderung gegenseitigen vertrauensvollen Verständnisses zwischen Volk und Rechtspflege hochschätzt, sondern mit Recht das Wesentliche der Öffentlichkeit sieht, wird die zunächst vielleicht engherzig erscheinende Ablehnung solchen Sonderrechts begreifen. Der grundsätzliche Widerspruch, der theoretisch in der Zulassung der Presse zu nicht öffentlichen Verhandlungen liegt, mag nicht entscheidend ins Gewicht fallen. Aber die Presse selbst kommt durch solche Zulassung praktisch in eine unerfreuliche Lage. In der mit der rechtlich nicht ausschließenden Möglichkeit jederzeitigen Widerrufs verbundenen Auswahl der zuzulassenden Berichtersteller steckt tatsächlich ein Stück Pressezensur, dessen Maß mit der Ausdehnung einer Verhandlung über Tage, Wochen, Monate sich fortschreitend steigert. Ist schon das mit der Bedeutung der verantwortungsbewußten Presse schwer vereinbar, so erscheint es als eine weitere starke Zumutung, daß berufstüchtige Berichtersteller unverhältnismäßige Opfer ihrer kostbaren Zeit bringen müssen, um schließlich über nichts oder wenig anderes als äußere Verhandlungsvorgänge berichten zu können, die ohne den fehlenden Zusammenhang mit dem sachlichen Inhalt der Verhandlungen gar nicht richtig zu verstehen sind. Trotzdem würde es im Falle der Zulassung für die große Presse selbst bei innerer Abneigung schwierig sein, auf die Teilnahme zu verzichten, weil sie dann der Sensationspresse, die es leider auch gibt, das Feld räumen und damit weder der Rechtspflege noch der Allgemeinheit einen Dienst leisten würde. Allerdings kann, wie das Beispiel zeigt, ein ähnlicher Notstand von der verantwortungsbewußten Presse auch bei „hermetisch verschlossenen Türen“ empfunden werden. Selbst durch solche Türen dringen auf mehr oder weniger dunklen Wegen unkontrollierbare Mitteilungen über Prozeßvorgänge an die Öffentlichkeit, vor der sie zu einseitiger Stimmungsmache und damit zu einem nicht ungefährlichen Anstürmen auf die richterliche Unabhängigkeit benutzt werden können. Wird sich die Presse der hierin liegenden Gefahr bewußt, so dürfte ihre große Mehrheit es allerdings als ein Gebot der Selbsterziehung erkennen, auf jede Benutzung solcher Mitteilungen grundsätzlich zu verzichten. Und der einsichtige Leser, der von seiner Zeitung jede auf lauterem Wege erreichbare Information erwartet, wird Verständnis dafür gewinnen, daß sie es ablehnt, ihm Schlüssellockergeheimnisse in einseitiger Beleuchtung vorzusetzen. Wie jeder im öffentlichen Leben Stehende muß auch der Richter — sei er Berufsrichter oder Laienrichter — sich öffentliche Kritik gefallen lassen; aber die Kritik muß objektiv festgestellte, lückenlose Tatsachen zur Grundlage nehmen und bis zum Abschluß eines schwebenden Verfahrens sich größte Zurückhaltung auferlegen. Jeder — vielleicht unbewußte — Versuch, durch vorzeitige Kritik auf unsicherer Grundlage ein schwebendes Verfahren zu beeinflussen, zehrt an Nerven- und Willenskraft, deren ungebrochene Stärke der Richter braucht, um der Aufgabe seines Amtes so gerecht zu werden, wie er es vor dem Gesetz und seinem Gewissen verantworten kann. Deshalb liegt darin für die wahrhaft unparteiische Rechtspflege eine ernste Gefahr, deren Abwehr nicht nur den Juristen am Herzen liegen sollte.

Staatssekretär i. R. Dr. Fritze, Berlin.

**Zur Urheberrechtsnovelle.** Durch die Presse geht die Nachricht, daß die Schutzfrist der Urheberrechtsgesetze für Literatur und Kunst dahin abgeändert werden soll, daß, soweit der Schutz am 31. Dez. 1930 abläuft, er bis zum



31. Dez. 1931 verlängert werden soll. Der Nutzen aus der Verlängerung der Schutzfrist soll den Erben des Urhebers und nicht denjenigen zukommen, die das Urheberrecht ganz oder teilweise erworben haben; „doch bleibt der Erwerber gegen Bezahlung einer angemessenen Vergütung auch weiterhin berechtigt, das Werk in der bisherigen Weise zu nutzen“.

Der provisorische Entwurf hat grundsätzliche Bedeutung; er bricht mit der 30jährigen Schutzfrist; darum muß er von allen denjenigen bekämpft werden, die in ihrer Verlängerung einen Kulturrückschritt sehen. Neues kann hierüber kaum noch gesagt werden<sup>1)</sup>; es sei nur bemerkt, daß kulturellen Forderungen der Vorrang vor wissenschaftlichen Ansprüchen gebührt, zumal bei den letzteren die Belange von Autoren und Verlegern mit den Belangen anderer Verleger und des Publikums in Widerspruch stehen. Die in dem Feldzuge für die 50jährige Schutzfrist angeführten Gründe haben uns nicht zu überzeugen vermocht.

Der provisorische Entwurf ist systemlos; denn wenn man der 30jährigen Schutzfrist das englische System folgen lassen will, so schafft der Entwurf Werke, die weder der einen noch der anderen Regelung unterworfen sind. Enthält das zu erwartende Gesetz für sie keine besondere Bestimmung, so genießen sie einen 51jährigen Schutz; im anderen Falle muß das neue Gesetz eine absonderlich anmutende Ausnahmebestimmung enthalten. Wird aber — wie zu hoffen ist — die Verlängerung der Schutzfrist vom Reichstage abgelehnt, so liegt eine durch nichts zu begründende Bevorzugung einiger weniger Autorenerben — im wesentlichen der Frau Förster-Nietzsche — vor.

Dieser Bevorzugung stehen grobe wirtschaftliche Ungerechtigkeiten gegenüber. Nach RGZ. 107, 277 ist schon vor dem Erlöschen der Schutzfrist die Vorbereitung freier Ausgaben zulässig, die nach diesem Zeitpunkt erscheinen sollen<sup>2)</sup>. Wer im Vertrauen auf das Gesetz solche — oft recht kostspieligen — Vorbereitungen getroffen hat, erleidet eine durch nichts zu rechtfertigende Einbuße. Aber auch dem Originalverleger, der im Hinblick auf den Ablauf der Schutzfrist in der üblichen Weise im letzten Jahre billige Ausgaben herausgebracht hat, wird der Erfolg seiner Maßnahme wesentlich eingeschränkt, zumal er eine „angemessene Vergütung“ zu zahlen hat und nicht abzu sehen ist, nach welchem Maßstabe im vorliegenden Falle die Angemessenheit festgestellt werden soll. Mindestens seit Abschluß der römischen Konferenz im Juni 1928 hätte ein solcher Entwurf veröffentlicht werden können; seine Bekanntgabe etwa 6 Wochen vor Ablauf eines Schutzjahres läßt die billige Rücksichtnahme auf die Beteiligten vermissen. Daß der gewählte Zeitpunkt der Veröffentlichung besonders ungünstig ist, weil die Verlängerung der Schutzfrist im Gegensatz zu dem von der Reichsregierung angestrebten Preisabbau steht, sei nur nebenbei erwähnt.

Der Entwurf bedeutet aber auch eine bedenkliche Störung der deutsch-österreichischen Beziehungen. Es muß einmal unzweideutig gesagt werden, daß es keine sachlichen Gründe gibt, die einer übereinstimmenden Gesetzgebung auf diesem Gebiete in den beiden Ländern entgegenstehen, und daß sie in Österreich dringend gewünscht wird. Österreich, das bei der 30jährigen Schutzfrist stehen bleiben wollte, sich hieran aber durch die Haltung des deutschen Reichsjustizministeriums gehindert sah, hat 1929 die Schutzfrist vorläufig um 2 Jahre verlängert, um das Freiwerden der Werke von Strauß und Millöcker zu verhüten. Deutschland hat sich dem nicht angeschlossen und dadurch den wirtschaftlichen Belangen Österreichs einen schweren Schlag versetzt. Man vergewaltige sich den Eindruck, den der deutsche Entwurf in unserem Brudervolke machen muß: Strauß und Millöcker in Deutschland frei, Nietzsche in Österreich geschützt!

Schließlich sei noch ein Wort zu der vom Reichsjustizministerium angestrebten Zwangslizenz<sup>3)</sup> gestattet. Das Argument, dem man dort immer wieder begegnet, ist, daß

eine Anpassung an den internationalen Rechtszustand erreicht werden müsse. Diese Art von Zwangslizenz besteht aber bisher nur — und auch dort nur theoretisch — in Großbritannien. Ob die Rechtsprechung der anderen Länder der Berner Union die 20 Jahre der Zwangslizenz in die Schutzdauer fallend ansehen wird, ist zum mindesten zweifelhaft. Das KG<sup>1)</sup> hat die Frage verneint; der für Frankreich maßgebliche Advokat Maillard hat sich in einer viel beachteten Rede auf dem Kongresse der Association littéraire et artistique internationale 1927 in Lugano auf denselben Standpunkt gestellt. Deutschland läuft also Gefahr, daß trotz der Einführung des englischen Systems die deutschen Werke gemäß Art. 7 Abs. 2 der Rev. Berner Uebereinkunft in den Unionsländern nach 30 Jahren frei werden.

Justizrat Dr. Bruno Marwitz, Berlin.

**Gehaltskürzung und Bevölkerungspolitik.** Die Beamten werden sich mit der Gehaltskürzung (wie die Steuervorbelastung nunmehr richtig benannt wird) abzufinden haben, die den Stand der Gehälter auf den des Jahres 1927 zurückschraubt. Mag auch die Ersparnis einiger 100 Millionen M. dadurch bei dem gewaltigen Geldbedarf des Reiches und der Länder, namentlich infolge ihrer Soziallasten nur von geringer praktischer Bedeutung sein, dagegen im Haushalt der davon Betroffenen sich oft fühlbar auswirken — es rast der See, er will sein „Opfer“ haben! Ein Gesichtspunkt aber, auf den bei den Verhandlungen über die Notverordnungen des Reichspräsidenten im Reichstag bereits der Zentrumsabg. Pfleger hinwies, verdient es, nochmals bei der kommenden Gehaltskürzung betont zu werden, daß Regierung und Parlament bei aller Not der Zeit mit weitem Blick den bevölkerungspolitischen Belangen Rechnung tragen.

Legt man die Forschungen des Prof. Grotjahn zugrunde, so ist die Geburtenziffer in Deutschland in den letzten 50 Jahren von 39,5 aufs Tausend der Bevölkerung auf 18,3 i. J. 1927 zurückgegangen und hat damit den Stand erreicht, den Frankreich seit einigen Jahrzehnten hält. Der Geburtenüberschuß von 300 000 Menschen jährlich, den die Statistik bei uns noch verzeichnet, ist rügerisch. Er ist die Folge einer ungewöhnlich niedrigen Sterblichkeit infolge der Besserung der individuellen und sozialen Hygiene in der Gegenwart. Eine Geburtenziffer von 18,3 aufs Tausend ist mindestens nötig, um den Bestand eines Volkes zu erhalten, und es droht die Gefahr für Deutschland, daß die Ziffer unter dieses Mindestmaß sinkt. Die Bevölkerungspolitiker haben errechnet, daß jedes Ehepaar 3 Kinder über das 5. Lebensjahr aufziehen muß, nur um den Bestand der Bevölkerung zu erhalten; bei einem Zweikindersystem ist sie in 75 Jahren auf die Hälfte zusammen geschrumpft! Nun steht fest, daß der Beamten- und Festangestelltenkörper, der mit seinen Familienangehörigen mindestens 7 Millionen Personen erfaßt, statt der 3 Kinder nur 1,5 Kinder hervorbringt, ein Ergebnis, das im Interesse der Hygiene der Fortpflanzung des deutschen Menschen um so bedauerlicher ist, als es sich durchweg um körperlich gesunde und geistig nicht minderwertige, wahrscheinlich über dem Durchschnitt stehende Volksteile handelt, die durch die wirtschaftliche Schwierigkeit, mehrere Kinder aufzuziehen, sich veranlaßt sehen, kinderlos oder kinderarm zu bleiben. Auf die radikalen Vorschläge, die Grotjahn im Interesse der Hygiene der menschlichen Fortpflanzung für das Beamtentum macht, wie Höchstgehalt, sobald der Beamte heiratet, nicht erst, wenn er nicht mehr zeugungsfähig ist, Erhöhung der Kinderbeihilfe auf Sätze, daß wirklich daraus die Kinderaufzucht bestritten werden kann, Entnahme der Mittel hierfür aus den Gehältern der ledigen und kinderlosen Beamten — wozu braucht ein Lediger heute mehr als 200 M. monatlich? fragt Grotjahn —, soll hier nicht weiter eingegangen werden. Aber als leicht durchführbare Maßnahme bevölkerungspolitischer Art muß gefordert werden, daß der Gesetzgeber bei der kommenden Gehaltskürzung den Familienstand der Beamten und Festbesoldeten berücksichtigt. Wer sich um die Be-

<sup>1)</sup> Vgl. Heymann, 1926 S. 716, Nöldeke, 1930 S. 933 d. Bl. und die dort Zitierten.

<sup>2)</sup> Näheres hierzu bei Marwitz-Möhring, Kommentar zum LUG. S. 111.

<sup>3)</sup> Dazu Voigtländer, DJZ. 1930 S. 1457.

<sup>1)</sup> Markenschutz und Wettbewerb Jg. X S. 35.



standserhaltung seines Volkes dadurch verdient macht, daß er 3 und mehr Kinder aufzieht und unterhält, muß auf den Dank des Staates in der Weise rechnen können, daß ihm trotz aller Not der Zeit sein volles Gehalt gelassen und nicht in schematischer Gleichstellung mit ledigen, kinderlosen und kinderarmen Berufsgenossen beschnitten wird. Einen fühlbaren Ausgleich der Aufzuchtkosten i. S. einer wirtschaftlichen Begünstigung der Elternschaft würde die vorgeschlagene Regelung kaum darstellen; immerhin würde sie eine über die Bedrängnis des Augenblicks hinausgehende bevölkerungspolitische Einsicht verraten, die für die Zukunft, wenn Reich und Länder sich einmal wieder in besserer Wirtschaftslage befinden, eine Festsetzung der Gehälter nicht nur nach Vorbildung, Leistung und Dienstalter, sondern auch nach dem Familienstande verheißt.

Oberlandesgerichtsrat Ermel, Königsberg i. Pr.

**Zehn Jahre Danziger Verfassung.** Am 10. Jan. 1930 waren es 10 Jahre, daß Danzig vom deutschen Mutterlande abgetrennt und als Freie Stadt verselbständigt wurde. Der Tag ist selbstverständlich ohne besondere Feier hingegangen. Ein gleiches war dem 15. Nov. 1930 beschieden, dem Tage, an dem vor 10 Jahren sich Danzig im Einvernehmen mit dem Völkerbunde seine Verfassung gab.

Während dieser 10 Jahre hat Danzig inner- und außenpolitisch ein bewegtes Leben geführt. Die Kämpfe, die es um den Notbedarf seines Lebens als selbständiger Staat mit Polen zu führen hat, sind noch längst nicht abgeschlossen. Sie werden geführt auf dem Boden des Völkerrechts wie auf dem der Politik, denn selten zeigen sich Völkerrecht und Politik so eng miteinander verquickt wie hier. Auch für die Wissenschaft ist der Charakter des ad hoc geschaffenen Gebildes „Freie Stadt Danzig“ eine Quelle von Meinungsverschiedenheiten. So ist es nicht wunderbar, wenn sogar die Frage, wann die Danziger Verf. in Kraft getreten ist, bis heute noch umstritten ist. Der Völkerbund hatte an dem von der verfassungsgebenden Versammlung beschlossenen Text verschiedenes auszusetzen, veranlaßte aber seinen Vertreter, mitzuteilen, daß die Verf. unter die Garantie des Völkerbundes mit Wirkung v. 15. Nov. 1920 gestellt sei, worauf ihre Veröffentlichung erfolgte. Erst i. J. 1922 kam ein den Völkerbund völlig befriedigender Text zustande, worauf die Verf. nochmals unter Garantie gestellt und mit den Abänderungen veröffentlicht wurde. Immerhin wird man als den Geburtstag der Danziger Verf. den 15. Nov. 1920 ansehen können, von da ab lebte der Staat jedenfalls nach selbstgesetzten Normen, ein Ereignis, das auch durch die Ausgabe der „Verfassungsbriefmarken“ mit dem Datum des 15. Nov. 1920 gefeiert wurde.

Nicht Stöße von außen, sondern von innen waren es, die in den 10 Jahren des Bestehens der Freien Stadt Danzig den Bau ihrer Verf. erschüttert haben. An zwei Stellen zeigten sich Schäden, die den Bestand des Werkes gefährdeten und außergewöhnliche Maßnahmen zur Abhilfe nötig machten.

In gut gemeinter Absicht hatte man den Art. 110, der im Rahmen der „Grundrechte und Grundpflichten“ den Eigentumsschutz regelt, so gefaßt, daß eine entschädigungslose Enteignung auch dann ausgeschlossen war, wenn sie durch Gesetz geschah. Die Tragweite dieser Bestimmung konnte den Vätern der Verf. nicht zum Bewußtsein kommen. Es war nicht vorzusehen, daß die Praxis der Gerichte im Anschluß an die deutsche Rechtsprechung dem Begriff der Enteignung einen Inhalt geben würde, der weit über das hinaus ging, was man früher darunter verstand. Nun waren mit einemmal dem Gesetzgeber auf einem Gebiet die Arme gebunden, auf dem er sich früher frei hatte bewegen können. Das zeigte sich zum ersten Mal bei der Prüfung der Rechtsgültigkeit der Bestimmungen des AufwGes. Es wurden einzelne Bestimmungen für verfassungswidrig erklärt, deren Volkstag und Regierung zum Wohle des Wirtschaftslebens nicht entraten zu können meinten. Noch scheute man sich, an die Verf. selbst heranzugehen und den Art. 110, etwa nach deutschem Muster, umzuformen. Es kam ein Gesetz

zustande, das die beanstandeten Bestimmungen mit verfassungsändernder Mehrheit bestätigte und ihnen dadurch Wirksamkeit sicherte.<sup>1)</sup>

Hatte man sich hier mit einem verfassungsdurchbrechenden Gesetz geholfen, so zeigten sich auf anderem Gebiet Verfassungsmißstände, die eine radikale Kur erforderten. Der Senat begann schwere Funktionsstörungen aufzuweisen. Von den 20 Senatoren, die mit dem Präsidenten und dessen Stellvertreter den Senat bildeten, waren 7 hauptamtliche, auf 4 Jahre fest gewählte, und 13 im Nebenamt. Nur letztere bedurften des Vertrauens des Volkstages zu ihrer Amtsführung. Es war gedacht, aber nicht festgelegt, daß es sich bei ihnen um Fachleute handeln sollte, die, unangefochten von dem Wandel der politischen Meinungen, die Stetigkeit der Führung der sachlichen Geschäfte gewährleisten sollten. Die ersten Reibungen traten ein, als an Stelle des in den ersten Jahren befolgten Rechtskurses eine Linksregierung ans Ruder kam. Hier gab es ernste Störungen in der Zusammenarbeit zwischen den neuen Linkssenatoren und den hauptamtlichen Senatoren, die noch von dem Rechtssenate gewählt waren. Da die Linksmehrheit sich hielt, kam es dazu, daß die hauptamtlichen Senatoren, die als rechts eingestellt empfunden wurden, nach Ablauf ihrer Amtsperiode nicht wiedergewählt wurden. Ihre Plätze wurden aber nicht, wie die Verf. es sich gedacht hatte, mit Fachleuten besetzt, sondern mit Parlamentariern, die der neuen Mehrheit entstammten. Damit war die Einheitlichkeit im Senat hergestellt, jedoch mit der Aussicht, daß ein noch größerer Zwiespalt wieder eintreten mußte, sobald eine andere Mehrheit ans Ruder kam. Beseitigte man dann wieder die Neugewählten, womit zu rechnen war, so war zu allem Uebel noch ein Anwachsen der Pensionslasten für den Staat zu erwarten, denn die nicht wiedergewählten Senatoren haben Anspruch auf Ruhestandsversorgung. Gerade damit wurde ein wunder Punkt des Staates empfindlich berührt; seine Finanzen waren mit der Zeit in einen überaus traurigen Zustand geraten. Namentlich verursachte die Unterhaltung eines Volkstages von 120 Abgeordneten einen unverhältnismäßig großen Aufwand. In der Bevölkerung und im Volkstag und Senat regte sich daher lebhaftes Unzufriedenheit mit den bestehenden Verfassungszuständen. Nur über das „Wie“ der Besserung herrschte noch keine Einigkeit. Während die Verkleinerung des Volkstages und Senats allgemeines Ziel war, konnten die rechtsgerichteten Kreise sich zu einer reinen Parlamentarisierung des Senats, wie die Linke sie anstrebte, noch nicht entschließen. So kam es zu einem Gegeneinanderarbeiten mit Entwürfen zu Verfassungsänderungen, zunächst innerhalb des Volkstages, dann auch mit Hilfe von Volksbegehren, die aber zu keinem Ziele führten, da keine der beiden Meinungen eine zur Verfassungsänderung ausreichende Mehrheit fand. Endlich gab die Rechte ihren Widerstand gegen einen parlamentarischen Senat auf, in der Erkenntnis, daß dem bisherigen System, das sich in der Praxis zu einem „verkrüppelten parlamentarischen System“ entwickelt hatte, ein rein parlamentarisches vorzuziehen war. Die linke Seite mußte dafür auf einen Wunsch verzichten, der dahin ging, das Richterwahlgesetz zu beseitigen und die Ernennung der Richter durch den nun ganz politisch gefärbten Senat einzuführen. Es kam daher durch Gesetz v. 4. Juli 1930 eine Verfassungsänderung zustande, wodurch der Volkstag auf 72 Abg., der Senat auf 12 Mitglieder verkleinert wurde. Der Volkstag kann durch eigenen Beschluß oder durch Volksentscheid aufgelöst werden. Der Präsident und der stellvertr. Präsident des Senats sowie 4 Senatoren sind besoldet; alle Mitglieder des Senats sind vom Vertrauen des Volkstages abhängig; der Senat soll bestrebt sein, die Arbeitskraft der hauptamtlichen Senatoren, die sich im Ruhestand befinden, zur Erfüllung von Staatsaufgaben nutzbar zu machen; diese sind dazu verpflichtet, Ämter im mittelbaren oder unmittelbaren Staats- oder öffentlichen Schuldienst zu übernehmen, die ihrer bisherigen Stellung angemessen sind; die Stadtgemeinde Danzig soll eine neue Stadtverf. erhalten, wobei die Magistratsverf. in Aussicht genommen ist. Diese Neuregelung fand die Zustimmung des Völkerbundes.

<sup>1)</sup> Vgl. meinen Aufsatz DJZ. 1928 S. 1580.



So tritt die Verf. der Freien Stadt Danzig in ihr 2. Jahrzehnt in wesentlich neuer Gestalt. Möge sie eine Festigung der inneren Kraft bringen, damit der Staat imstande ist, den Stürmen Widerstand zu leisten, die ihm im Kampfe um seine politische und wirtschaftliche Existenz bevorstehen.

Obergerichtsrat Dr. Reiß, Danzig.

**Zur Form des Windprotestes.** Der Kampf gegen den Formalismus des Protestes, der i. J. 1908 zu der sog. Protestnovelle zur Wechselordnung geführt hat, ist seitdem nicht zur Ruhe gekommen, weil die Protestnovelle nur einen Schritt auf dem Wege, den Wechselverkehr von unnötigen Fallstricken durch den formalen Charakter der Protesterfordernisse zu befreien, bedeutet. Der Widerspruch gegen den Formalismus kommt aber bisweilen weniger in dem Wunsche nach Gesetzesänderungen zum Ausdruck, wie in der unberechtigten Kritik an Entscheidungen, die nach dem bestehenden gesetzlichen Zustand nicht anders ergehen konnten.

So veröffentlicht Dr. Hartwig<sup>1)</sup> einen Aufsatz zu der Bd. 126 S. 1 abgedruckten Entsch. des RG., durch welche ein Protest für ungültig erklärt ist, weil der beurkundende Notar nicht aufgenommen hatte, daß er ein Geschäftslokal der bezogenen Firma am Zahlungsorte nicht ermittelt habe, vielmehr daß er an der im Wechsel angegebenen, von ihm aufgesuchten Adresse ein Geschäftslokal nicht habe ermitteln können. Hartwig wendet sich hiergegen in Ausführungen, denen nach der nun einmal feststehenden Rechtsprechung und Rechtslehre sowie dem klaren Texte des Art. 91 WO. widersprochen werden muß, da eine Befolgung seiner Ansicht zur Aufnahme von Protesten führen würde, die von den Gerichten zweifellos wieder für nichtig erklärt werden würden und erklärt werden müßten. Hartwigs Ausführungen beruhen darauf, daß die Vorlegung des Wechsels an der in dem Wechsel angegebenen Adresse des Bezogenen zu erfolgen habe, und daß es genüge, wenn der Notar beurkundet, er habe hier kein Geschäftslokal oder keine Wohnung ermittelt. Demgegenüber ist nach der WO. die bei der Adresse des Bezogenen befindliche Straßenangabe und Hausnummer ohne Bedeutung. Die Adresse des Bezogenen bestimmt, falls nicht ein besonderes Domizil angegeben ist, nur den Zahlungsort, während die Straßenangabe und Hausnummer wechselmäßig nicht den Ort der Präsentationshandlung bestimmt. Vielmehr hat die Vorlegung des Wechsels, wie niemals angezweifelt wurde, in dem tatsächlichen Geschäftslokal oder der tatsächlichen Wohnung, auch wenn diese nicht mit den Angaben im Wechsel übereinstimmen sollten, zu erfolgen. Die näheren Angaben im Wechsel dienen nur zur Erleichterung der Auffindung des Bezogenen. Das RG. geht daher durchaus zutreffend davon aus, daß der Protest ergeben müßte, daß der Notar am Zahlungsort und nicht nur in dem in der Adresse des Bezogenen angegebenen Hause kein Geschäftslokal habe feststellen können.

Ob in dem vom RG. entschiedenen Falle der Protest tatsächlich so ausgelegt werden mußte, wie das RG. dies getan hat, kann allerdings zweifelhaft sein. Diese Frage ist aber nicht von grundsätzlicher Bedeutung. Anscheinend neigt Hartwig der Auslegung zu, der Inhalt des fraglichen Protestes sei dahin auszulegen, daß der Notar überhaupt kein Geschäftslokal der Firma habe ermitteln können, weil er festgestellt habe, daß die Firma inzwischen aufgelöst sei. Bedenklicher als die abweichende Auslegung des RG. scheint mir in der Entsch. des RG. die Bestimmung des Zeitpunktes, nach welchem Berichtigungen der Protesturkunde gemäß Art. 90 WO. nicht mehr zulässig sind. In dieser Beziehung kann aber auf die Ausführungen von Bernstein, JW. 1930 S. 627, verwiesen werden.

Rechtsanwalt Martin Stranz, Berlin.

**Austritt religionsmündiger Minderjähriger aus der Kirche.** Die von Referendar Junker S. 1390 d. Bl. dargelegte Auffassung gibt zu Widersprüchen Anlaß. Es soll nicht zu dem Ergebnis Stellung genommen werden, zu dem er gelangt — darüber werden die Ansichten je

nach Beurteilung der Tendenz des Gesetzes über die religiöse Kindererziehung auseinandergehen, sondern zu der rechtlichen Begründung, mit der der Verf. die Frage, ob die Genehmigung des gesetzlichen Vertreters zum Kirchenaustritt religionsmündiger Minderjähriger erforderlich ist oder nicht, bejaht.

Der Kernpunkt in der rechtlichen Begründung der Antwort liegt darin, ob man die von dem religionsmündigen Minderjährigen gemäß § 1 des Ges. betr. Austritt aus den Religionsgesellschaften öffentlichen Rechts abgegebene Austrittserklärung als ein Rechtsgeschäft i. S. des Zivilrechts ansieht oder nicht. Junker meint, ein Rechtsgeschäft liege zweifellos vor. M. E. sprechen erhebliche Bedenken gegen diese Annahme. Zunächst ist zu beachten, daß man sich nicht durch den Wortlaut des § 1 des Ges., der von dem Austritt „mit bürgerlicher Wirkung“ spricht, zu der Annahme zivilrechtlicher Grundsätze verleiten lassen darf. Offenbar will der Wortlaut nicht das bürgerliche Recht dem öffentlichen Recht entgegensetzen, sondern die Wirkung der Austrittserklärung nach der staatlichen Rechtsordnung gegenüber kirchenrechtlichen Folgen betonen. Es ist daher unrichtig, aus dem Wortlaut irgendwelche Schlüsse auf die Gleichartigkeit mit Fällen zu ziehen, in denen der Minderjährige nach bürgerlichem Recht zu Erklärungen der Genehmigung des gesetzlichen Vertreters bedarf.

Die Frage, ob die Austrittserklärung ein einseitiges, empfangsbedürftiges Rechtsgeschäft ist, muß verneint werden. Die im BGB. fehlende Definition dieses Rechtsbegriffes wird von Lehre und Rechtsprechung fast durchweg im Anschluß an die Motive zum BGB. gegeben. Danach ist das Rechtsgeschäft eine Privatwillenserklärung, gerichtet auf Hervorbringung eines rechtlichen Erfolges, der nach der Rechtsordnung deshalb eintritt, weil er gewollt ist. Die hiernach erforderlichen Merkmale eines Rechtsgeschäftes finden sich bei der Austrittserklärung offenbar sämtlich. Die gegebene Definition ist aber unvollständig. Es bedarf noch einer Qualifizierung des Rechtserfolges, die sich allerdings kaum in einem Kommentar oder Lehrbuch findet. Denn die Willensäußerung muß auf Hervorrufung privater Rechtsverhältnisse gerichtet sein, um als rechtsgeschäftliche Willenserklärung des Zivilrechts gewertet werden zu können<sup>1)</sup>. Dieses Merkmal aber fehlt der Kirchenaustrittserklärung. Ihr Inhalt erschöpft sich in der Kundgabe des Willens zur Aufgabe der Mitgliedschaft in einer Religionsgesellschaft öffentlichen Rechts. Der Erklärende bezweckt mit seiner Willensäußerung ausschließlich den Verzicht solcher Rechte und Pflichten, die sich aus dem öffentlichen Recht herleiten, dem die unter das Kirchenaustrittsgesetz fallenden Religionsgesellschaften kraft ausdrücklicher Bestimmung des Art. 137 Abs. 5 RVerf. als Körperschaften angehören. Private Rechtsverhältnisse sollen mit der Austrittserklärung in keiner Weise hervorgerufen werden. Ein zivilrechtliches Rechtsgeschäft kann die Austrittserklärung demnach nicht sein. Die Anwendung bürgerlich-rechtlicher Vorschriften auf sie, zum mindesten jedenfalls eine unmittelbare, ist also verfehlt. Ob eine entsprechende Anwendung am Platze ist, muß, da das Gesetz schweigt, aus der Ratio der einschlägigen Bestimmungen entnommen werden.

Auch in Köln läßt die herrschende Praxis die Austrittserklärung religionsmündiger Minderjähriger ohne Genehmigung des gesetzlichen Vertreters zu.

Referendar Dr. v. Lenski, Köln.

<sup>1)</sup> So RG. 68, 324; Planck, Komm. z. BGB. I. Bd. III. Abschn., I, 1 a.

Die DJZ. nimmt grundsätzlich keine Beiträge an und auf, die irgendwo anderweitig bereits erschienen sind, gleichzeitig anderweitig erscheinen sollen oder anderen Organen bereits angeboten waren.

Die DJZ. gestattet nur Nachdruck der Arbeiten im Auszug unter genauer, unverkürzter Quellenangabe.

Die DJZ. erteilt grundsätzlich keine Rechtsauskünfte oder Auskünfte privater Art.

Die Vergabe der Bücherbesprechungen für die Literaturbeilage ist fest geregelt. Angebote, Bücher zu besprechen, sind daher zwecklos.

Jeder nichtverlangten Einsendung von Manuskripten ist Rückporto beizufügen. Sendungen mit Strafporto werden nicht angenommen. Empfangsanzeigen erfolgen nicht.



# Spruch-Beilage zur DJZ. 35. Jahrg. (1930) Heft 23

(Nachdruck der Entscheidungen wird nur mit genauer und unverkürzter Quellenangabe gestattet.)

## Reichsgericht.

### 1. Zivilsachen.

Mitgeteilt von Rechtsanwalt b. RG. C. G. Ruland, Leipzig.

§ 913 RVO. Rechtsbegriff des Betriebsleiters. Seine Bestellung. Seine Beaufsichtigung. Die Bekl. ist bei der Kl. als ihrer Berufsgenossenschaft für ihre Betriebsunfälle versichert. Im Okt. 1925 wurde einer Arbeiterin der Kl. im Betrieb durch den niedergehenden Stempel einer Friktionsziehpresse eine Hand abgequetscht. Kl. hat der Arbeiterin laut Bescheid vom Mai 1926 eine laufende Unfallrente zu zahlen. Der Entschädigungsausschuß der Kl. beschloß, die Bekl. für alle Aufwendungen in Anspruch zu nehmen; da diese ablehnte, klagt Kl. auf Zahlung und Feststellung der Erstattungspflicht. Der technische Aufsichtsbeamte der Kl. habe 1921 Vervollkommnung der Schutzvorrichtung an der Ziehpressen verlangt, ebenso im Dez. 1924 unter Hinweis auf die Unfallverhütungsvorschriften. Die Bekl. habe die Vorrichtungen nicht anbringen lassen, aber Kl. mit Schreiben vom März 1925, unterzeichnet vom Geschäftsführer D. und Prokuristen St., angezeigt, daß die vorgeschriebenen Vorrichtungen angebracht seien. Das LG. gab der Klage statt, das OLG. wies sie ab, auf Rev. der Kl. wurde aufgehoben und zurückverwiesen. Zunächst hat das RG. geprüft, ob die formalen Voraussetzungen des § 906 RVO. für Erhebung der Klage vorliegen, obwohl nicht der Vorstand der Kl., sondern der Entschädigungsausschuß die Erhebung des Ersatzanspruchs gegen die Bekl. beschlossen hat. Sie sind bejaht mit Rücksicht auf eine Satzungsbestimmung, da die BerGen. intern autonom seien, soweit nicht zwingende Vorschriften entgegenständen, was hier nicht der Fall sei. Das OLG. habe die Klage abgewiesen, weil die Bekl. ihren Prokuristen St. zum Betriebsleiter (§ 913 RVO.) bestellt und ihm die Beobachtung der Unfallverhütungsvorschriften zur selbständigen Wahrnehmung übertragen habe. Einen Mangel an Sorgfalt der Bekl. bei Auswahl oder Beaufsichtigung des St. habe Kl. nicht bewiesen. Diese Begr. sei zu beanstanden. Der dem § 151 RGewO. nachgebildete § 913 RVO. unterscheide zwischen Betriebsleitern einerseits, Aufsichtspersonen und anderen Betriebsangestellten andererseits; auch den beiden letzteren Gruppen dürfe der Unternehmer die Pflichten, die ihm auf Grund der RVO. obliegen, übertragen, soweit es sich nicht um Einrichtungen auf Grund von Unfallverhütungsvorschriften handelt; zur Erfüllung dieser Pflichten dürfe der Unternehmer nur einen Betriebsleiter bestellen. Aus dieser Unterscheidung ergebe sich, daß nicht jeder, der in einem Betriebe etwas zu leiten, anzuordnen oder zu beaufsichtigen habe, vom Gesetz als Betriebsleiter betrachtet werde, sondern daß an Personen gedacht sei, die an der oberen Geschäftsleitung teilhaben, die einen mitbestimmenden Einfluß auf die Gesamtrichtung des Betriebs auszuüben befugt seien, die das Unternehmen auch nach außen mitzuvertreten hätten und dessen Inhabern wirtschaftlich und gesellschaftlich gleichständen. Nun könnten zwar auch für einzelne, sachlich oder örtlich abgegrenzte Teile eines Betriebs von großem Umfang „Betriebsleiter“ bestellt werden; aber um so sorgfältiger wäre dann zu prüfen, ob es sich in Wirklichkeit um Betriebsleiter i. S. des Gesetzes und nicht nur um Aufsichtspersonen handele. Aus der Begriffsbestimmung des Betriebsleiters folge, daß einem solchen durch seine Bestellung zum Betriebsleiter auch die Pflicht übertragen werde, für die Einrichtungen auf Grund von Unfallverhütungsvorschriften Sorge zu tragen; sei gerade diese Pflicht ausgeschlossen, so werde nicht die Bestellung eines Betriebsleiters, sondern nur die einer Aufsichtsperson in Frage stehen. Der Begriff der Einrichtungen i. S. des § 913 RVO. sei derselbe wie in § 848 Abs. 1 Ziff. 1 das. und stehe also im Gegensatz zu Anordnungen. Ob St. Betriebsleiter oder nur Aufsichtsperson der Bekl. war, sei für den Streit entscheidend. Nicht auf mangelhafte allg. Aufsicht oder fehlerhafte Anordnungen im Betriebe der Bekl., sondern gerade auf das Fehlen von Schutzvorrichtungen an der Friktionsziehpresse sei der Unfall

zurückzuführen. Nun habe St. unstreitig Gesamtprokura gehabt, und die Auffassung des Berichters, daß St. wirtschaftlich und seinem Bildungsgrade nach den Geschäftsführern der Bekl. gleichgestellt war, lasse keinen Rechtsirrtum erkennen. Aber der Anstellungsvertrag, der als Tätigkeit St.s in der Hauptsache die Beaufsichtigung des technisch-fabrikatorischen Betriebes im gesamten Umfang und in allen Teilen und Anlagen und die St. von den Geschäftsführern und Aufsichtsbeamten zugewiesenen Verrichtungen bezeichne, besonders mit dem Worte „Beaufsichtigung“, statt „Leistung“, erwecke Zweifel, ob St. in der Tat zum Betriebsleiter und nicht nur zur Aufsichtsperson bestellt sei. Daß St. die ihm zur Erledigung übergebenen Revisionsberichte des technischen Aufsichtsbeamten der Kl. mit Erledigungsvermerken versehen habe, sei nicht entscheidend. Das BerGer. habe vielleicht den Rechtsbegriff des Betriebsleiters verkannt. Es frage sich, in welcher Form die Bestellung zum Betriebsleiter und damit der Regel nach die Uebertragung der Sorge für die Einrichtungen auf Grund von Unfallverhütungsvorschriften zu erfolgen habe. Eine solche Maßnahme sei nicht nur für den Unternehmer, der sich dadurch je nach Umständen von den strafrechtlichen Folgen für Betriebsunfälle und von seiner zivilrechtlichen Haftung für solche (§ 913 RVO.) befreie, sondern auch für den Betriebsleiter, der dadurch jene straf- und zivilrechtlichen Folgen auf sich nehme, von weittragender Bedeutung. Auch die BerGen. hätten daran, wer die für einen Betrieb verantwortliche Person sei, wesentliches Interesse. Daher müsse verlangt werden, daß die Bestellung einer Person zum Betriebsleiter, wenn auch nicht gerade immer ausdrücklich, so doch in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise erfolge, wie dies auch von den Versicherungsbehörden gefordert werde. Wie vom Gesetz keine besondere Form für die Bestellung eines Betriebsleiters vorgeschrieben sei, so bestehe auch keine gesetzliche Bestimmung, daß die Rechtsgültigkeit der Bestellung von einer Mitteilung derselben an die BerGen. abhängig sei. Diese seien auch nicht in der Lage, durch Aufnahme einer Vorschrift in ihre Unfallverhütungsvorschriften die Wirksamkeit der Bestellung eines Betriebsleiters, die der Genossenschaft nicht angezeigt sei, auszuschließen. Enthielten aber die Vorschriften eine dahingehende Bestimmung oder sei, wie hier in § 315 UVV. der Kl., angeordnet, daß es durch eine von beiden Teilen zu unterzeichnende, dem technischen Aufsichtsbeamten auf Verlangen vorzulegende Erklärung schriftlich festzustellen sei, wenn der Unternehmer die ihm durch die UVV. auferlegten Pflichten Betriebsleitern, Aufsichtspersonen oder anderen Betriebsangestellten übertrage, so setze sich der Unternehmer, der einer solchen Anordnung zuwiderhandele, nicht nur Ordnungsstrafen aus; es spreche dann eine tatsächliche Vermutung gegen die Angabe des Unternehmers, daß er einen Betriebsleiter bestellt habe; um so strengere Anforderungen seien an den Beweis für eine solche Angabe des Unternehmers zu stellen. Die Frage, ob St. zum Betriebsleiter bestellt sei, habe das BerGer. erneut zu prüfen. Zur Frage der Beaufsichtigung des St. habe es sich auf folgende Ausführungen beschränkt: Die Pflicht, den Geschäftsführer St. in seiner Amtsführung zu überwachen, habe sich, solange nicht bekannt gewordene Unregelmäßigkeiten weitergehende Maßnahmen geboten hätten, auf die Anforderung von Berichten beschränken dürfen. Für eine erkennbar hervorgetretene Unzuverlässigkeit des St., die eine persönliche Kontrolle durch die Geschäftsführer erforderlich gemacht hätte, sei nichts vorgebracht. Insbes. dürfe daraus, daß nach zwei Berichten des Revisionsbeamten der Kl. deren UVV. bez. der Friktionsziehpresse nicht beachtet gewesen seien, eine Pflicht der Geschäftsführer zur persönlichen Kontrolle St.s deshalb nicht hergeleitet werden, weil zwischen beiden Berichten eine Zeit von über 3 Jahren verstrichen war. Ob St. den Unfall durch fahrlässige Amtsführung herbeigeführt habe, könne daher dahingestellt bleiben. Damit würden an das Maß der



Aufsichtspflicht des Betriebsunternehmers, der einen Betriebsleiter bestellt habe, viel zu geringe Anforderungen gestellt. § 913 Abs. 2 Satz 2 RVO. könne zwar nicht unmittelbar zur Stützung eines Regreßanspruchs angewandt werden, wohl aber dürfe daraus, daß der Unternehmer wegen Zuwiderhandlung gegen die RVO. sich trotz Bestellung eines Betriebsleiters sogar nach der RVO. strafbar machen könne, gefolgert werden, daß das Gesetz ihn auch der zivilrechtlichen Haftung nicht entheben wollte, daß vielmehr trotz Bestellung des Betriebsleiters i. S. des § 913 RVO. auch für ihn die allg. Best. über Aufsichtspflicht gelten, denen jeder unterliege, der einen Dritten zu einer Verrichtung bestelle (§§ 223, 831 BGB.). Um so mehr als der Gesetzgeber den Arbeitgeber zur Sicherung seiner Arbeitnehmer gegen Betriebsgefahren im Rahmen des Möglichen anhalten wolle (§ 120a RGewO., §§ 618, 619 BGB.). Danach seien für das Maß der Aufsicht angemessene Forderungen an den Betriebsunternehmer zu stellen; die Umstände des Einzelfalles entschieden, was angemessen sei. Die Haftung des Unternehmers nach § 903 Abs. 2 RVO. setze aber voraus, daß ihm nicht nur strafrechtliche Fahrlässigkeit, sondern auch Außerachtlassung der Aufmerksamkeit zur Last fiele, zu der er vermöge seines Amtes, Berufs oder Gewerbes besonders verpflichtet sei, und daß der Unfall durch eine solche Fahrlässigkeit herbeigeführt sei. Da der Sachverhalt noch nicht erschöpfend geklärt sei, habe das BerGer. auch die Frage zu prüfen, ob Fahrlässigkeit im Strafrechtssinn auf seiten der Geschäftsführer der Bekl. gegeben sei. (Urt. VI. 458/29 v. 28. April 1930.)

**Auseinandersetzung einer Gesellschaft. §§ 730/35 BGB. Betätigungspflicht. Verzug. Sorgfalt.** Die Parteien standen in einem Gesellschaftsverhältnis. In einem Vorprozeß hat Kl. die Feststellung erwirkt, daß das Verhältnis auf 31. Dez. 1923 aufgelöst sei, und die Verurteilung des Bekl. zur Bewirkung der Auseinandersetzung gemäß §§ 730/35 BGB. Etwa ein Jahr später übersandte der Bekl. dem Kl. eine Auseinandersetzungsbilanz, nach weiteren 3 Monaten die Schlußbilanz, die für beide Teile Verlust auswies. Kl. behauptet, daß die nach Ende 1923 entstandenen Verluste ihn nicht berührten, und forderte nach dem Stand v. 31. Dez. 1923 sein Guthaben. Der Bekl. beansprucht mit der Widerklage Zahlung des Verlustanteils. Das LG. gab teilweise der Klage statt und wies die Widerklage ab. Auf Berufung beider Parteien wies das OLG. die Klage ab und verurteilte nach der Widerklage. Die Rev. des Kl. wurde zurückgewiesen. Das Verlangen, die Abrechnung auf Ende 1923 abzustellen, könne Kl. nicht darauf stützen, daß im Vorprozeß gegen den Bekl. rechtskräftig die Beendigung des Gesellschaftsverhältnisses auf 31. Dez. 1923 festgestellt und er verurteilt sei, mit dem Kl. die Auseinandersetzung nach §§ 730/35 BGB. zu bewirken. Die Auseinandersetzung sei ein Rechtsvorgang, der erst von Ende der Gesellschaft ab beginne und danach einen durch die Beschaffenheit des Vermögensstandes und der gewählten Art der Auseinandersetzung bedingten Zeitraum beanspruche. Das Vorprozeßurteil habe rechtskräftig ausgesprochen, daß die Geschäftsführung von der Auflösung ab beiden Gesellschaftern gemeinschaftlich zustände (§ 730 BGB.), daß sie die Art der Auseinandersetzung vereinbaren könnten (§ 731 BGB.) und sie sonst nach den §§ 732—735 und 752ff. BGB. vorzunehmen wäre. Danach könne Kl. die Rückgabe von der Gesellschaft zur Benutzung überlassenen Gegenständen nicht beanspruchen, sondern nur Rückerstattung seiner Einlage nach Berichtigung der Gesellschaftsschulden. Nach Bestätigung der Auflösung durch Urteil hätten beide Gesellschafter das Auseinandersetzungsverf. in die Hand nehmen müssen. Auch für den Kl. habe hierzu die gleiche Pflicht wie für den Bekl. bestanden. Wenn beide nichts getan hätten, so gingen die Folgen der Säumnis zu Lasten beider. Der Bekl., der die Auseinandersetzungspflicht als Kündigungsfolge bestritten habe, sei mit der Auflösung der Gesellschaft nicht ohne weiteres in Verzug geraten, weder mit der Auseinandersetzung noch mit Ausfolgung des Ergebnisses. Das erfordere Mahnung des Kl. unter gleichzeitiger Bereitwilligkeitserklärung, bei der Auseinandersetzung mitzuwirken. Der Kl. habe erst nach Erledigung des Vorprozesses auf Durchführung der Liquidation gedrängt. Der

Untätigkeit des Kl. stehe seine Handlungspflicht zur Seite, die sein Nichthandeln zu einer qualifizierten Unterlassung erhebe und es für schädliche Wirkungen der Verzögerung der Auseinandersetzung ebenso ursächlich erscheinen lasse wie das Nichthandeln des Bekl. Das gelte auch für die Dauer des Vorprozesses. Der Bekl. habe nur nach § 708 BGB. für *diligentia quam suis* einzustehen. Das gelte nicht nur für den geschäftsführenden Gesellschafter, sondern auch für jeden Auftrag, den ein Gesellschafter auf Grund dieser seiner Eigenschaft erhalte. Das sei die Folge des Vertrauensverhältnisses, auf dem der Abschluß der Gesellschaft beruhe. Daran ändere sich nichts im Stadium der Liquidation. (Urt. II. 501/29 v. 6. Juni 1930.)

**Rücktritt vom Vertrag. § 634 Abs. 2 BGB.** Die Kl. richtete der Bekl. 1922 eine selbsttätige Fernsprechanlage ein und vermietete sie ihr auf 10 Jahre. Im Juni 1925 erklärte die Bekl. der Kl. nach häufigen Störungen, sie werde vom Vertrag zurücktreten, wenn die Anlage bis 1. Juli 1925 nicht funktionierte. Die Bekl. hat nach Vornahme von Aenderungen die Anlage weiter benutzt und Miete bezahlt, aber im Sept. 1927 den Rücktritt erklärt. Kl. klagt auf weitere Mietzahlung. Das LG. wies die Klage ab. Das OLG. verurteilte die Bekl. Das RG. hob auf. Die Auffassung des BerGer., die im Juni 1925 erklärte Fristsetzung und Androhung des Rücktritts sei hinfällig, weil Bekl. sich auf weitere Ausbesserungen eingelassen und die Anlage gegen Miete noch über zwei Jahre benutzt habe und daß die Bekl. sich auf diese Fristsetzung mit ihrem im Sept. 1927 erklärten Rücktritt nicht stützen könne, weil eine neue Fristsetzung nötig und ein besonderes Interesse zum Rücktritt ohne Fristsetzung nicht dargetan sei, sei zu beanstanden. Die Ausübung des durch Fristablauf entstandenen Rücktrittsrechts sei an keine Frist gebunden. Sie dürfe nur nicht gegen Treu und Glauben verzögert werden, weil in der Verzögerung ein Verzicht oder eine nachträgliche Einigung über Fortbestand des Vertragsverhältnisses gefunden werden könne. Ein besonderes Interesse der Bekl. könne eine nochmalige Fristsetzung erübrigen, wenn in der Zeit vom Juni 1925 bis Sept. 1927 häufig Störungen erfolgt und moniert worden seien. (Darüber machten sich weitere Klarstellungen nötig.) Bedenken beständen auch gegen die Annahme des BerGer., daß die Bekl. durch Weiterbenutzung der Anlage nach der Rücktrittserklärung die daraus erwachsenden Rechte verloren habe. Der Besteller eines Werkes, der wandeln wolle, dürfe allerdings nicht so verfügen, daß bei redlichem Verhalten auf den Willen, den Vertrag aufrechtzuerhalten, zu schließen sei. Auch könne im Fortgebrauch ein Verzicht auf das Wandlungsrecht liegen; das aber dann nicht, wenn besondere Umstände die Gebrauchsfortsetzung trotz der erklärten Wandlung rechtfertigten. Da die Bekl. das behauptet habe, sei auch deshalb zurückzuverweisen. (Urt. VIII. 166/30 v. 18. Juni 1930.)

## 2. Strafsachen.

Mitgeteilt von Reichsanwalt Dr. Schneidewin, Leipzig.

**§ 284 StrGB. Schuldform ist nur Vorsatz. Der Glaube an eine maßgebende behördliche Erlaubnis schließt den Vorsatz aus.** Zu § 284 StrGB. hat sich Angekl. darauf berufen, geglaubt zu haben, es sei eine wirksame, von der zuständigen Behörde ausgehende Erlaubnis für das von ihm geleitete Glücksspielunternehmen erteilt worden. Eine bloße „zeitweilige Duldung oder Nichtbeachtung durch die Polizeibehörde“ würde die Erlaubnis nicht dargestellt oder ersetzt haben. Aber ein Irrtum des Angekl., daß nach dem Hergang der Angelegenheit eine maßgebende behördliche Erlaubnis erteilt gewesen sei, war nicht bedeutungslos; die Strafk. übersieht, indem sie eine Stelle aus RGSt. 29, 377 anführt, den Umstand, daß sich diese — „die Anwendung des § 284 werde dadurch nicht ausgeschaltet, daß sich der Täter zum Betrieb einer polizeilichen Erlaubnis verschafft habe“ — auf den damaligen § 284 bezieht, dem der hentige § 285 StrGB. entspricht. Für diese Gesetzesstelle ist die Frage ohne Belang, ob eine behördliche Genehmigung nachgesucht und erteilt worden ist. Hiernach ist für die Anwendung des § 284 StrGB. entscheidend, ob sich der Angekl. in dem bezeichneten Irrtum befunden hat. (Urt. I. 773/30 v. 26. Sept. 1930 g. R.)



**§ 222 StrGB. Zusammenwirken von vorsätzlicher und fahrlässiger Tötung.** Die Verurteilung dessen, der an einer Tötung fahrlässig mitwirkt, wegen fahrlässiger Tötung wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß ein anderer die Tötung vorsätzlich verübt. Nicht zutreffend ist die vielfach vertretene Auffassung, in solchem Falle sei der ursächliche Zusammenhang zwischen fahrlässiger Handlung und Tod schon dadurch „unterbrochen“, daß eine auf den Todeserfolg gerichtete vorsätzliche Handlung eines verantwortlichen Dritten dazwischentrete; anders ausgedrückt, es seien die Vorbedingungen einer Bedingung für den Erfolg, die frei und bewußt auf ihn gerichtet war, aus dem Kreis der vom Strafrichter zu beachtenden Ursachen auszuschalten (sog. Rückgriffsverbot, vgl. Frank, StrGB. § 1 Anm. III 2a). (RG. Urt. a) II. 673/30 v. 2. Okt. 1930 g. F., b) I. 988/30 v. 17. Okt. 1930 g. W. u. Gen.)<sup>1)</sup>

### Reichsarbeitsgericht.

Mitgeteilt von Reichsgerichtsrat Linz, Leipzig.

**Weihnachtsgratifikation.** Kl. war als Handlungsgehilfe mehrere Jahre bei derselben Firma tätig und hatte jährlich eine Weihnachtsgratifikation erhalten. Im Frühjahr 1929 ging die Firma in Konkurs, Kl. wurde zum 30. Juni 1929 entlassen. Er fordert die frühere Gratifikation. Der Anspruch ist abgelehnt. Das RAG. hat im Anschlusse an seine frühere Entsch. (RAG. Bd. 4 S. 64) anerkannt, daß die Angestellten eines Prinzipals, der jahrelang und ohne jeden Vorbehalt sowie ohne Betonung des Schenkungscharakters Gratifikationen in bestimmter Höhe auszahlt, davon ausgehen dürfen, sie würden zum Zwecke der Erfüllung einer Verpflichtung und mit dem Versprechen der Weitererfüllung gegeben. Damit sei aber der Anspruch auf einen Teil noch nicht gerechtfertigt, wenn der Angestellte im Laufe des Jahres ausscheide. Die Entstehung eines Rechtsanspruches auf die Gratifikation ist mangels entgegenstehender Abreden oder sonstiger Umstände nach allg. Verkehrsauffassung dadurch bedingt, daß das Arbeitsverhältnis zu Weihnachten, d. h. zu dem Zeitpunkte, zu dem die Gratifikation ausbezahlt zu werden pflegt, noch fortbesteht. Endet es dagegen vorher, ohne daß den Prinzipal der Vorwurf einer möglicherweise zum Schadensersatz verpflichtenden Schikane oder Arglist trifft, so fehlt es an einer wesentlichen Voraussetzung für die Anspruchsentstehung. Nur in diesem Sinne ist der durch schlüssige Handlungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zustande gekommene Gratifikationsvertrag verkehrsmäßigerweise zu verstehen und auszulegen. (RAG. 528/29 v. 28. Juni 1930.)

### Reichsfinanzhof.

Mitgeteilt vom Senatspräsidenten beim RFH. Dr. Kloß, München.

= **Verlustvortrag bei der Einkommensteuer.** § 15 Abs. 1 Nr. 4 EinkStG. lautet: „Ausgaben (§ 7 Ab. 2 Nr. 2, § 12 Abs. 1, § 13) sind bei Steuerpflichtigen, die Bücher i. S. der §§ 13, 28 führen, die Beträge, die zur Beseitigung eines Verlustes verwendet werden, der in den beiden unmittelbar vorangegangenen Steuerabschnitten nach den Ergebnissen der Buchführung entstanden ist (Verlustvortrag).“ Der RFinMin. hat im Sammelurteil v. 9. Juni 1929 S 2209 — 4 die Auffassung vertreten, daß der Abzug eines an sich vortragsfähigen Verlustes nur insoweit zulässig sei, als in dem für den Abzug in Betracht kommenden Steuerabschnitt Beträge zur Beseitigung des Verlustes verwendet worden seien, d. h. als die durch den Verlust herbeigeführte Minderung des Betriebsvermögens wieder beseitigt worden sei. Der Senat kann dem nicht beipflichten. Der Begriff des Einkommens i. S. des EinkStG. ist nach der positiven wie negativen Seite ohne Hinzunahme des Zeitelements, d. i. des Steuerabschnitts, nicht denkbar. Wenn aber innerhalb eines bestimmten Steuerabschnitts ein Verlust entstanden ist, so kann dieser Verlust (i. S. des EinkStG.) überhaupt nicht mehr beseitigt werden. Es kann sich daher beim

Verlustvortrag nur um einen Ausgleich in der Weise handeln, daß etwaige Gewinne oder sonstige Einkünfte der beiden nächsten Steuerabschnitte bis zur Höhe des vortragsfähigen Verlustes steuerfrei bleiben. Nach der Auffassung des Ministers müßte der Ausgleich des Verlustvortrags auch versagt werden, wenn bereits zu Beginn des in Betracht kommenden Steuerabschnitts die Vermögensminderung durch Zuführung neuer Mittel in dem Verlust- oder Zwischenjahre, das für den Verlustausgleich nicht in Frage kam, weil kein Gewinn erzielt oder gleichfalls ein Verlust eingetreten war, ausgeglichen wurde. In solchem Falle würde trotz Erhaltung des Betriebskapitals, sogar gerade wegen der rechtzeitigen Sorge des Betriebsinhabers um die Förderung der Leistungsfähigkeit seines Unternehmens, der Verlustvortrag unmöglich gemacht. Andererseits würde es für die Zulässigkeit des Verlustvortrags genügen, auf Schluß des Jahres, in dem die Begünstigung des Verlustvortrags in Frage kommt, z. B. auf den 31. Dez., dem Betrieb zwecks Beseitigung der Vermögensminderung durch den Verlust eines vorhergehenden Jahres Mittel zuzuführen, die dann nach einiger Zeit wieder entnommen werden könnten. Daraus ergibt sich, daß jedenfalls bei den der Einkommensteuer unterliegenden Steuerpflichtigen, die Kapitaleinlagen und Kapitalentnahmen jederzeit formlos vornehmen können, davon keine Rede sein kann, daß die Abhängigmachung des Verlustausgleichs von einer dem früheren Verlust entsprechenden Wiederauffüllung des Betriebsvermögens auch wirklich zu einer Erhaltung des Betriebskapitals und wirtschaftlichen Förderung des Unternehmens beiträgt. Besondere Schwierigkeiten ergeben sich weiter bei der Auffassung des Ministers bei kleineren Gewerbetreibenden und Landwirten, off. Handelsgesellschaften und der Veräußerung eines Betriebs. Bei den beiden ersten Gruppen ist trotz einer als ordnungsmäßig anzuerkennenden Buchführung häufig keine eigentliche Betriebskasse vorhanden. Ausgleichungen von Verlust und Gewinn können also beim Privatvermögen vorgenommen werden. Der Senat ist daher der Auffassung, daß jedenfalls bei der EinkSt. die steuerfreie Abdeckung des Verlustvortrags in den beiden, auf ein Verlustjahr folgenden Steuerabschnitten, bei buchführenden Gewerbetreibenden und Landwirten in Höhe des vortragsfähigen Verlustes ohne die Voraussetzung einer Beseitigung der durch den Verlust eingetretenen Verminderung des Betriebsvermögens zulässig ist. (Urt. VI. A. 1268/30 v. 8. Aug. 1930.)

### Reichsdisziplinarhof.

Mitgeteilt von Reichsgerichtsrat Dr. Schwalb, Leipzig.

**Strafversetzung mit Geldstrafe bei Amtsunterschlagung.** § 76 RBG. RDiszH. billigt das Urt. einer RDK. auf Strafversetzung und 5jährige Kürzung des Dienstekommens um  $\frac{1}{10}$  gegen einen Reichsbahnobersekretär, der in 10 Monaten nach und nach 300 M., zur Beschaffung von Versicherungsmarken für unterstellte Bahnbedienstete empfangene Gelder, unbefugt für sich verwendet hat. RDiszH. erwägt, daß Angesch. sich bewußt war, daß er spätestens am Jahresschlusse die Versicherungskarten mit den entwerteten Marken oder die Abrechnungsbescheinigungen vorlegen mußte, daß deshalb die rechtzeitige Erstattung der Gelder von vornherein in seiner Absicht gelegen haben wird und daß der Angesch. sich z. Zt. der Tat infolge Krankheit seiner Frau vorübergehend in Bedrängnis befand. Der Angesch. hatte sich bisher gut geführt und trotz seines regelmäßigen verbotswidrigen Biergenusses im Dienste in seinem Dienstleister und seinen Leistungen nicht nachgelassen, so daß für die Zukunft im Falle seiner Belassung im Dienste noch weiter befriedigende Führung und Leistungen von ihm erwartet werden können. (Urt. F. 36/30 v. 27. Mai 1930.)

### Reichswirtschaftsgericht.

Mitgeteilt vom Senatspräsidenten des RWG. Dr. Köppel, Berlin.

**Zum Begriff der sperreähnlichen Maßnahmen (§ 9 KartV.).** Für die Entsch., ob ein Nachteil von einer der Sperre ähnlichen Bedeutung vorliegt, kommt es auf die Feststellung an, ob die Maßnahme des Verbandes darauf hinausläuft, die Antragsgegnerin von dem üblichen, d. h. von einem solchen Geschäftsverkehr auszuschließen, der

<sup>1)</sup> Fall a: Die Mutter einer unehelich Gebärenden hatte diese gleich nach der Geburt in Hilflosigkeit und Erregung allein gelassen, wobei sie zwar nicht bedachte, aber hätte bedenken müssen, daß ihre Tochter die Zeit des Alleinseins zur Tötung des Kindes benutzen werde.

Fall b: Die M. gab dem W. Gift, mit dem dieser seine Ehefrau ermordete. Bei der Hingabe des Giftes hat die M. zwar nicht an die Möglichkeit gedacht, daß W. es zu einem Mord benutzen werde; nach Lage der Umstände hätte sie es sich aber sagen müssen.



anderen nach Art und Umfang ihres Betriebes und ihrer wirtschaftlichen Funktion gleichartigen Firmen üblicherweise zugänglich ist. Hierbei kommt nur der Ausschluß vom Bezuge der Ware in Betracht, die durch den Kartellvertrag gebunden ist, auf Grund dessen die Maßnahme verhängt wird; bei Erörterung des Begriffs bedarf es somit keiner Untersuchung, ob der Betroffene außerhalb des Kartells Waren gleicher Art und Güte zu beziehen in der Lage ist, oder ob das Gesamtergebnis des auch mit anderen Waren handelnden Betriebes etwa durch die unterschiedliche Behandlung bez. der Kartellware i. S. seiner Wettbewerbsfähigkeit beeinflusst wird. Andererseits kann unter „üblichem“ Geschäftsverkehr nur der bez. der Kartellware übliche Geschäftsverkehr verstanden werden, wobei zu beachten ist, daß für das Kartell die Möglichkeit, die Ueblichkeit des Geschäftsverkehrs selbst zu bestimmen, nur insoweit besteht, als die Regelung des Geschäftsverkehrs nicht zu einer auf den Ausschluß hinauslaufenden unterschiedlichen Behandlung wirtschaftlich gleichartiger Unternehmen führt. Als ein in diesem Sinne dem Handel gleichartiges Unternehmen ist eine Bezugsgemeinschaft — ohne Rücksicht auf ihre Rechtsform — dann anzusehen, wenn sie ihre Tätigkeit, d. h. den Absatz ihrer Waren, nicht nur gelegentlich über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus ausdehnt, und diese Tätigkeit von der Absicht, einen Kapitalgewinn zu erzielen, geleitet wird. (Entsch. d. KartG. K. 230/30 v. 3. Okt. 1930.)

### Reichsversicherungsamt.

Mitgeteilt vom Senatspräsidenten Dr. Zielke, Berlin.

§ 182 RVO. Zur Frage, wann ärztliche Behandlung zu gewähren ist. Ärztliche Behandlung ist von den Krankenkassen ohne Einschränkung zu gewähren, soweit sie nötig ist. Als nötig ist eine Heilbehandlung anzusehen, wenn durch sie ein Heilerfolg verbürgt wird, und andere gleich wirksame Heilmethoden nicht in Betracht kommen oder von der Kasse nicht zur Verfügung gestellt werden. Dabei kann ein Versicherter nicht ohne Rücksicht auf die größeren Kosten von der Kasse die von ihm gewünschte Behandlung verlangen, wenn dem unbedingten Bedürfnis durch eine andere billigere Kur genügt werden kann. (Entsch. IIa. K. 299/28, EuM. 27 S. 398, v. 7. Nov. 1929.)

Strafverfügungen gegen juristische Personen auf dem Gebiete des Ordnungsstrafrechts der RVO. sind unzulässig. Die in §§ 912, 1222 RVO. dem Unternehmer „gleichstehend“ bezeichneten Vertreter treten an die Stelle des Unternehmers, nicht neben ihn. (Entsch. I. 74/29 B. S. II, EuM. 27 S. 222, v. 10. März 1930.)

§ 627a Abs. 1 RVO. Versicherungsrechtliche Zugehörigkeit gemeindlicher Untersuchungsämter (Laboratorien), wenn die Gemeinden zum Versicherungsträger erklärt sind. Gemeindliche Anstalten, die zum Zwecke der chemischen, physikalischen oder bakteriologischen Untersuchung von Nahrungs- oder Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen betrieben werden, sind als Laboratorien i. S. des § 537 Abs. 1 Nr. 4c RVO. seit 1. Juli 1928 der Unfallvers. schlechthin unterstellt. Gehörte ein solcher Betrieb bereits vor dem 1. Juli 1928 einer Berufsgenossenschaft an, und ist die Gemeinde nach § 627a RVO. zum Versicherungsträger für die im § 537 Abs. 1 Nr. 4c RVO. bezeichneten Betriebe erklärt, so hört die bisherige Versicherung des Betriebs bei der BerGen. mit dem Tage auf, an dem die Erklärung zum Versicherungsträger wirksam wurde. Einer Austrittserklärung gegenüber der BerGen. bedarf es nicht. Entsprechendes gilt, wenn die Gemeinde zu einem Versicherungsverband i. S. des § 627 Abs. 3 in Verb. mit § 627a Abs. 1 RVO. gehört. (Entsch. I. 15/30 B. S. I., EuM. 27 S. 383, v. 12. Juni 1930.)

### Kammergericht.

#### 1. Zivilsachen.

A. Mitgeteilt von Kammergerichtsrat Dr. Beuster, Berlin.

Anhörung des Jugendamts gemäß § 43 Abs. 1 S. 2 RJWG. Das Vormundschaftsgericht muß vor Entscheidungen in den Fällen des § 1635 Abs. 1 S. 2, bzw. des § 1666 BGB. das zuständige Jugendamt auch dann hören, wenn es der Ansicht ist, daß ein Einschreiten nicht erforderlich

sei. Denn dem Jugendamt soll in jedem Falle Gelegenheit gegeben werden, zu der Frage Stellung zu nehmen, ob es bei der gesetzlichen Regelung des § 1635 Abs. 1 S. 1 a. a. O. bleiben soll. Wohnen die geschiedenen Eltern an verschiedenen Orten, so müssen die beiden für diese Orte zuständigen Jugendämter gehört werden. (Beschl. Ia. X. 970/30 v. 3. Okt. 1930.)

Gebührenfreiheit im Falle des § 76 Abs. 1 des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen vom 20. März 1928 (RGBl. I S. 71). Die Gebührenfreiheit kann vom Gericht auch dann gewährt werden, wenn die in § 76 Abs. 1 VVG. erwähnten Geschäfte nicht in einem Verfahren vor den Versorgungsbehörden vorgenommen sind. Es ist aber in jedem Falle zu prüfen, ob die Geschäfte zur Durchführung der Versorgungsgesetze und der zu ihrer Ergänzung ergangenen Vorschriften erforderlich waren, sowie ob die darin enthaltenen formellen Bestimmungen beobachtet worden sind. (Beschl. Ia. X. 930/30 v. 10. Okt. 1930.)

B. Mitgeteilt von Kammergerichtsrat Dr. Nadler, Berlin.

§ 15 Satz 2 AufwGes. Ausgleichsanspruch und Aufwertung bei Vermögensentäußerung. Das RG. hat einen Ausgleichsanspruch nur zugelassen, wenn infolge der Geldentwertung und Gesetzgebung über die Aufw. der Hypotheken ein unbilliges Mißverhältnis beiderseitiger Leistungen eingetreten ist. Ein Ausgleichsanspruch kann deshalb nur entstehen, wenn die Verträge in der Inflationszeit oder nach deren Beendigung zu einer Zeit, als noch nicht mit einer rückwirkenden Aufw. zu rechnen war, geschlossen sind, also nicht bei einem 1916 geschlossenen Verträge. Der persönliche Schuldner hat auf einen ihm zustehenden Befreiungsanspruch ohne Entgelt verzichtet. Nach seinen persönlichen Verhältnissen hätte er nicht aufzuwerten brauchen, eine Aufw. wäre aber gerechtfertigt gewesen, weil er einen realisierbaren Befreiungsanspruch hatte. Dieses Aktivums seines Vermögens hat er sich zu einer Zeit, als der AufwAnspruch schon gegen ihn anhängig gemacht war, entäußert. Er muß sich deshalb nach Treu und Glauben so behandeln lassen, als ob sich dieses Aktivum noch in seinem Vermögen befände. Es wäre unbillig, wenn man den Gläubiger darunter leiden lassen wollte, daß sich der Schuldner in Kenntnis seiner Aufw.-Verpflichtungen des einzigen Vermögensgegenstandes, aus dem sich der Gläubiger hätte befriedigen können, entäußert. (Beschl. AW. 640/30 v. 26. Sept. 1930.)

#### 2. Strafsachen.

Mitgeteilt von Kammergerichtsrat Dr. Simon, Berlin.

Parken an Wegekrenzungen. § 28 KVO. verbietet u. a. das Aufstellen zum Stillstande gelangender Kraftfahrzeuge an Wegekrenzungen. Dazu ist nicht erforderlich, daß das Fahrzeug auf der Kreuzung hält. Verboten ist die Aufstellung auch dann, wenn das Fahrzeug in so unmittelbarer Nähe der Kreuzung hält, daß die durch die Kreuzung bedingte Verkehrserschwerung sich auf den Standpunkt des Fahrzeugs erstreckt. Ist ein Fahrzeug so weit von der Kreuzung aufgestellt, daß die Ein- und Ausfahrt aus einer der sich kreuzenden Straßen in die andere nicht behindert wird, so verstößt der Führer auch nicht gegen § 27 Abs. 1 S. 1 KVO., wenn er der Weisung eines PolBeamten, das Fahrzeug auf einem nahe belegenen Parkplatz aufzustellen, nicht nachkommt, da diese Weisung unter den gegebenen Umständen nicht der Regelung eines augenblicklichen Verkehrsbedürfnisses dient. (Urt. 3S. 165/30 v. 14. April 1930.)

Ueble Nachrede gegenüber Vorgesetzten. § 91 MilStrGB. schützt die militärische Disziplin, ein Rechtsgut, das aus Gründen der staatl. Wohlfahrt besonderen Schutzes bedarf. Daher muß § 193 StrGB. gemeinhin außer Betracht bleiben. § 2 MilStrGB. steht dem nicht entgegen. Er ordnet nur entsprechende Anwendung der allgemein gültigen Best. des RStrGB. auf mil. Straftaten an. Ein Vorbringen beleidigender Behauptungen in einer mil. Beschwerde schließt die Rechtswidrigkeit der Beleidigung nur aus, wenn der Beschwerdeführer sich in seinen dienstlichen Gerechtsamen beeinträchtigt fühlt und Wiedergutmachung des ihm persönlich zugefügten Unrechts er-



strebt. Dagegen ist ein Recht jeder Militärperson, vermeintliche allgemeine Mißstände im Heere zur Kenntnis der höheren Verwaltungsbehörden zu bringen, als mit der militärischen Ordnung unvereinbar nicht anzuerkennen. (Urt. 4. S. 24/30 v. 28. April 1930).

**Handel mit Pflanzenschutzmitteln.** Ein Pflanzenschutzmittel, das aus einem gemäß der Min. PolV. v. 22. Febr. 1906 dem freien Verkehr entzogenen Quecksilberpräparat unter Zusatz eines blauen Farbstoffes hergestellt wird, verliert durch diesen indifferenten Zusatz nicht seinen Charakter und bleibt daher den Beschränkungen jener PolV. unterworfen. (Urt. 1. S. 140/30 v. 2. Mai 1930.)

### Preußisches Oberverwaltungsgericht.

I. Mitget. vom Senatspräsidenten des OVG. Dr. Lindenau, Berlin.

**Werbeschreiben als Preßerzeugnisse.** Die klagende Firma verbreitet ein Werbeschreiben des Inhalts, daß ihr Geschäftsbetrieb vom Polizeipräsidium und Gericht nachgeprüft und einwandfrei befunden wurde. Die Beschlagnahme der Bücher sei aufgehoben, das Verfahren eingestellt worden, da der Firma und ihren Geldgebern nicht die geringste Unreellität nachgewiesen sei. Die Firma sei also ein von den Behörden als reell und einwandfrei anerkanntes Finanzbüro. Der Polizeipräsident untersagte zur Abwendung der aus dem unwahren Inhalte des Werbeschreibens dem Publikum drohenden Gefahren durch Verf. die weitere Versendung. Die nach Erschöpfung des Beschwerdeweges im Verwaltungsstreitverf. erhobene Klage der Firma ist begründet. Das Werbeschreiben ist eine Druckschrift i. S. des § 2 des Preßges. v. 7. Mai 1874, sei es, daß es als Erzeugnis der Buchdruckerpresse oder als zur Verbreitung bestimmte durch mechanische Mittel bewirkte Vervielfältigung einer Schrift anzusehen ist. Die Herausgabe von Druckschriften i. S. dieser Bestimmung unterliegt nur den Beschränkungen, die durch das Preßges. selbst oder andere Reichsgesetze vorgeschrieben oder zugelassen sind. Solche Beschränkungen kommen hier nicht in Betracht; ein präventives Einschreiten der Polizei auf Grund ihrer durch § 10 II 17 ALR. allgemein begründeten Zuständigkeit zur Verhinderung strafbarer Handlungen oder Aufrechterhaltung der öffentl. Sicherheit und Ordnung ist gegenüber Druckschriften nicht zulässig (Entsch. des OVG. 23. S. 274; 40 S. 295). (Urt. III. A. 62/29 v. 5. Dez. 1929.)

II. Mitgeteilt vom Senatspräsidenten des OVG. Dr. Scholz, Berlin.

### Steuersachen.

**Wertzuwachssteuer.** Die Berliner WertzuwachsStO. erklärt alle den Uebergang des Eigentums an Grundstücken betr. Rechtsvorgänge als steuerpflichtig, wenn die Veräußerer oder ihre Rechtsvorgänger das Grundstückseigentum erst nach dem 31. Dez. 1918 erworben haben. Da Kl., der als Veräußerer zur Steuer herangezogen war, das Eigentum nach jenem Zeitpunkt erworben hatte, so war seine Weiterveräußerung steuerpflichtig und seine Klage abzuweisen. Zu Unrecht meinte der BezAussschuß, der den Kläger freigestellt hatte, als weitere gesetzliche Voraussetzung der Steuerpflicht komme in Betracht, daß der Eigentumsübergang auf den Kl. vor der schuldrechtlichen Weiterveräußerung hätte erfolgt sein müssen. Dies widerspricht dem Wortlaute der SteuerO., wird auch nicht durch RFH. Bd. 24 S. 85 gestützt. Kl. hatte auf Grund Kaufvertrags ein Recht auf Auflassung erworben. Wenn er, bevor er grundbuchmäßiger Eigentümer wurde, das Grundstück schuldrechtlich weiterveräußerte, so war dies nicht nur zulässig, sondern löste es auch die Steuerpflicht aus, da er selbst, und vor seinem Nachmann, als Eigentümer im Grundbuch eingetragen ist. Danach ergibt sich der Rechtmäßigkeitsatz: Beschränkt eine SteuerO. die Erhebung der WertzuwachsSt. auf die Fälle, in denen der Erwerb des Eigentums an dem weiterveräußerten Grundstück innerhalb eines bestimmten Zeitraums oder nach einem bestimmten Zeitpunkte stattgefunden hat, so ist dadurch die Besteuerung der Weiterveräußerung nicht davon abhängig gemacht, daß der Eigentumserwerb des Veräußerers vor der schuldrechtlichen Weiterveräußerung des Grundstücks erfolgt sein muß. (Urt. VII. C. 59/29 v. 14. Febr. 1930.)

## Bayerisches Oberstes Landesgericht München.

### 1. Zivilsachen.

Mitgeteilt von Ministerialrat Cammerer, München.

**Die bayer. Grundrentenablösungsschuldverschreibungen werden nicht nach §§ 47 ff. AufwGes. aufgewertet, sondern fallen unter das AnlAbiGes.** Nach dem Ges. über die Aufhebung der standes- und gutsherrl. Gerichtsbarkeit usw. v. 4. Juni 1848 (GVBl. S. 98) konnte der Pflichtige (Grundholde) die Grundabgaben ablösen; auf Verlangen des Berechtigten (Grundherrn) gingen die Grundgefälle an die bei der Staatsschuldentilgungsanstalt errichtete Ablösungskasse des Staates über, der eine Vergütung hierfür leistete. Zur Durchführung der Ablösung wurden verzinsliche Ablösungsschuldbriefe ausgestellt, die sich selbst als Staatsschuld bezeichneten und denen die (damit erworbenen) Grundgefälle als Unterpfand dienen sollten. Diese GRABl.-Schuldverschreibungen sind durch die V. v. 8. Juli 1926 (GVBl. S. 355) zutreffend zu Markanleihen des Landes Bayern erklärt. In Bayern wurde eine selbständige mit eigener Rechtspersönlichkeit ausgestattete Anstalt zur Abwicklung der bei der Ablösung anfallenden Geschäfte nicht begründet, die Ablösungskasse war nur eine staatliche Spezialkasse. Die Bestimmung, daß die Grundrenten den AblSchuldverschreibungen zum Unterpfand dienen, stellt sich lediglich als sog. Dotation der Schuld, d. h. als Bereitstellung gewisser Staatseinnahmen für ihre Verzinsung und Tilgung dar. Hiernach sind die von der AblKasse über die GRABlSchuld ausgestellten Urkunden den Rentenbriefen einer preuß. AblAnstalt nicht gleichzustellen. Das Anl.-AbiGes. geht, soweit es sich um Markanleihen eines Landes handelt, dem AufwGes. vor, es sei denn, daß die Ausnahmebestimmung in Art. 39 AnlAbiGes. Platz greift; nach Nr. 3 dorts. ist das AnlAbiGes. nicht anzuwenden auf Schuldverschreibungen der Länder, die diese als Inhaber staatlicher Grundkreditanstalten begründet haben. Grundkreditanstalten sind aber nur solche Anstalten, die das Grundstückbeleihungsgeschäft betreiben. Eine Kreditgewährung auf Grund unbeweglicher Sicherheiten stand bei der Ablösungskasse niemals in Frage. Wenn in § 47 AufwGes., nicht aber in § 39 Nr. 3 AnlAbiGes. die Ablösungsanstalten aufgeführt sind, so kann das nicht auf einem gesetzgeberischen Versehen, sondern nur darauf beruhen, daß für die Ausnahmevorschrift des § 39 Nr. 3 die Papiere der staatlichen Grundkreditanstalten herausgegriffen und der Anleiheablösung unterstellt werden wollten. Eine Ausdehnung der Ausnahmevorschrift (Ausnahme von dem Grundsatz des § 30 AnlAbiGes.) im Wege der Auslegung ist zu vermeiden; sie könnte höchstens zur Einbeziehung völlig selbständiger Ablösungsanstalten führen. (Urt. I. 174/1930 v. 8. Okt. 1930.)

### 2. Strafsachen.

Mitgeteilt von Oberstlandesgerichtsrat Zoller, München.

**Trunkenheit eines Kraftfahrzeugführers.** § 2 Abs. 1 der KraftfahrzVerkV., § 5 Satz 2 StraßenverkO., § 366 Nr. 10 StrGB. Wer wegen Trunkenheit zur sicheren Führung eines Kraftfahrzeugs nicht imstande ist, kann aus den angegebenen Bestimmungen bestraft werden. Die Anwendung der besonderen Vorschrift des § 5 Satz 2 StraßenverkO. auf den Kraftfahrzeugverkehr ist mit den Zulassungsvorschriften der KraftfahrzGesetzgebung vereinbar und geboten. (Urt. R. I. 216/30 v. 20. Mai 1930.)

**Gemeinschaftliche Sachbeschädigung.** §§ 303, 304 StrGB., Art. 112 Nr. 2, Art. 114 bayer. PolStrGB. Die aus Bosheit verübte Beschädigung eines gewöhnlichen Obstbaumes ohne jede Besonderheit, der an einer Straße allein steht, fällt nicht unter § 304 StrGB., wenn der Baum nicht für die Allgemeinheit unmittelbar einen erheblichen Nutzen bringt. Ist auch § 303 StrGB. mangels Strafantrags nicht anwendbar, so hat Bestrafung aus Art. 112 Nr. 2 bayer. PolStrGB. einzutreten. Der Beweggrund der Bosheit soll eine höhere Bestrafung zur Folge haben, nicht aber, wenn eine höhere Bestrafung nach den Vorschriften des StrGB. unmöglich ist, die Straflosigkeit der Beschädigung herbeiführen. (Urt. I. 280/30 v. 13. Juni 1930.)



# Literatur-Beilage zur DJZ. 35. Jahrg. (1930) Heft 23

**Die Zivilgesetze der Gegenwart.** Sammlung europäischer und außereuropäischer Privatrechtsquellen. Herausg. von Geh. Hofrat Prof. Dr. Karl Heinsheimer. Bd. I, **Frankreich.** Code civil, herausg. von den Proff. Dr. Karl Heinsheimer, Dr. Martin Wolff, Dr. Erich Hans Kaden, Dr. Walther Merk, unter Mitw. von Prof. Dr. Max Gutzwiller, RA. Max Illch, RA. Dr. Gustav Schwartz, 1. Hälfte Art. 1—1100. Bd. III, **Brasilien.** Código civil, unter Mitw. von Richter Dr. Pontes de Miranda, RA. Dr. Fritz Gericke herausg. von Prof. Dr. Karl Heinsheimer. Bd. VI, Das Zivilrecht in der **Sowjetunion.** Herausg. von RA. Dr. Heinrich Freund. I. Abt. 1. Lief. 1927/28. Mannheim, Bensheimer. Bd. I 26 M. Bd. III 32 M. Bd. VI 18 M.

Ein monumentales Werk nimmt mit diesem Bande seinen Anfang. Der inzwischen verstorbene bedeutende Heidelberger Rechtslehrer Heinsheimer leitet mit einer Entstehungsgeschichte des Code civil ein. Es folgt nebeneinandergestellt der französische Urtext und eine deutsche Uebersetzung. In Fußnoten werden die seit 1804 erschienenen Sonder- und Nachtragsgesetze angeführt, Parallelstellen aus den Gesetzbüchern anderer Länder beigebracht, häufig auch auf die französische Praxis hingewiesen, auch oft eine Erläuterung des Gesetzestextes gegeben. Mit gutem Grund hat Heinsheimer mit dem Rechte des für die Deutschen wichtigsten Nachbarlandes fremder Zunge, mit Frankreich, begonnen. Wer sich bisher nicht mit dem französischen Rechte beschäftigt hat, wird mit Interesse ersuchen, wieviel altes deutsches Recht, das uns verloren gegangen ist, sich in Napoléons Gesetzbuch erhalten hat. Den III. Band leitet Heinsheimer kurz ein. Dem portugiesischen Urtexte ist eine von ihm und Gericke stammende Uebersetzung gegenübergestellt. Von besonderem Werte ist die von Pontes de Miranda geschriebene geschichtliche Darstellung des brasilianischen Rechts und des geltenden Código Civil. In Bd. VI beginnt mit der I. Abt. Lief. I der RA. Heinr. Freund, Berlin, die Herausgabe der privatrechtl. Gesetze der Sowjetunion. Der (cyrillisch gedruckte) Urtext und die deutsche Uebersetzung stehen sich gegenüber. Fußnoten erläutern das so eigenartige, von Freund übrigens schon früher wiederholt bearbeitete Recht. — Das großartige Sammelwerk ist eine imponierende Leistung deutscher Arbeit und wissenschaftlichen Sinnes. Die rechtsvergleichende Methode vermag nun einen Aufschwung zu nehmen und der Wissenschaft des Rechts als Erforschung einer sozialen Erscheinung im Körper der gesamten Menschheit einen neuen Charakter und eine bisher entbehrte Vertiefung zu geben.

Hofrat, Professor Dr. Sperl, Wien.

**Kommentar zur Konkursordnung.** Von SenPräs. b. RG. Franz Mentzel. 3., vermehrte u. verbesserte Aufl. 1928. Mannheim, Bensheimer. 19 M.

Unter den Reichsgesetzen, die am 1. Okt. 1879 in Kraft traten, ist die KO. wohl das beste Gesetz. Es ist im Laufe der Jahrzehnte wenig geändert worden. Jetzt ist der ausgezeichnete Kommentar, der in drei Jahren drei Aufl. erlebt hat, neu erschienen. Er ist in der Art des Kommentars der RGR. z. BGB. ein wirkliches Hilfsbuch der Praxis geworden. Er erreicht dies durch seine präzisen und erschöpfenden Darlegungen, die sorgfältige Berücksichtigung der Rechtsprechung und den Verzicht auf Literaturnachweise, die zum Ballast eines Kommentars werden können. Die neue Gesetzgebung auf dem Gebiete des Miet- und Arbeitsrechts ist berücksichtigt, die den Konkurs betr. Vorschriften der VergleichsO. sind eingearbeitet. Berücksichtigt ist auch das Steuerrecht und die Behandlung der Steuerforderungen im Konkurs des Steuerschuldners. Das Werk steht auf der Höhe der rechtswissenschaftlichen und wirtschaftspolitischen Entwicklung und hat eine Reihe strittiger und wichtiger einschlägiger Fragen, insbes. auch aus dem Treuhänderrecht, sachgemäß erörtert. Es ist nach Anlage, Inhalt und Umfang ein ausgezeichnetes, handliches Hilfsbuch für

Richter, Rechtsanwälte, Konkursverwalter und für alle, die sich rasch, sicher und eingehend über die schwierigen konkursrechtlichen Fragen unterrichten wollen. Es kann nur wärmstens empfohlen werden.

OLGPräsident a. D., Staatsrat Dr. K. Meyer, München.

**Die Steuer-Notverordnung („Notopfer“) v. 26. Juli 1930.**

Allg. Einkommensteuereinzuschläge, Ledigensteuer, Beamtenreichshilfe, Bürgersteuer, Getränkesteuern. Erläutert von MinRat Dr. Pißel und RA. Dr. Koppe. 1930. Berlin, Spaeth & Linde. Geb. 6,80 M.

Das Buch enthält den gesamten Text der NotV. sowie eine Erläuterung der ersten beiden Abschnitte, welche die steuerlichen Maßnahmen betreffen. Wie bei der vorübergehenden Bedeutung der neuen Best. nicht anders möglich, gehört das Buch zu der Gattung der bald nach Erscheinen des Gesetzes herauskommenden Erläuterungsbücher, die auf selbständiges Eindringen in tiefere Probleme verzichten müssen. Innerhalb dieser Gattung nimmt das Buch einen hohen Rang ein. Pißel kennt als Referent im Ministerium die Materie schon aus den Vorarbeiten genau. Das Buch ist übersichtlich geschrieben, mit vielen Beispielen versehen und geht auch auf Zweifelsfragen ein, die schon aufgetaucht sind; es enthält auch die DurchfBest. Wichtig für die Praxis ist die Beigabe von 4 Berechnungstabellen zum Ablesen des Steuerabzuges vom Arbeitslohn mit und ohne Ledigenzuschlag für jeden Familienstand.

Rechtsanwalt Dr. Kurt Ball, Berlin.

**Lilliput-Textausgabe der Zivilprozeßgesetze (GVG., ZPO., ZVG., ArbGG., KO., AnfechtG., VerglO., RAO., Kosten- und Nebengesetze).** Mit Paragrafenüberschriften und eingehendem Sachregister herausg. von SenPräs. b. KG. a. D. Dr. Adolf Baumbach. Nach dem Stand v. 1. Nov. 1929. (Liebmanns Lilliput-Textausgaben Bd. 2.) 1930. Berlin, Liebmann. Geb. 4 M. **Vorzugspreis für Abonnenten der DJZ.** geb. nur 3,25 M.

Durch dieses Bändchen werden die bekannten langentbehrten Lilliput-Gesetzesausgaben des Liebmannschen Verlages erfreulicherweise wieder fortgesetzt. Diese neue Ausgabe im kleinsten Format, die man wirklich leicht in die Westentasche stecken kann, vereinigt nicht weniger als 20 Gesetze in genauester Wiedergabe der Texte und in kleinem, aber schärfstem Druck. Sie enthält alles, was auf dem Gebiete des Zivilprozesses in der täglichen Praxis gebraucht wird. Die einzelnen Paragraphen hat Präsident Dr. Baumbach, der bekannte Kommentator der ZPO., mit überschriftartigen Inhaltsangaben versehen, die zur schnellen Orientierung sehr wertvoll sind. Ein ausführliches Sachregister erleichtert den Gebrauch des Büchleins, das in der Sitzung, im Kolleg, auf der Reise unentbehrlich und zudem sehr billig ist.

## Literaturübersicht.

Mitgeteilt vom Geh. Reg.-Rat Prof. Dr. Hans Paalzow, Direktor an der Preuß. Staatsbibliothek a. D., Berlin.

### A. Zeitschriften.

#### Allgemeines.

**Jurist. Wochenschrift.** 59. Jg. H. 44/45: Das Verfahren vor den Landesarbeitsgerichten. Ratschläge einer Kommission aus Vorsitzenden des Landesarbeitsgerichts Berlin u. Mitgliedern des Arbeitsrechtl. Ausschusses u. des Gerichtsausschusses des Berliner Anwaltsvereins. Jonas u. Meyer-Wild, Das deutsch-schweizer. Vollstreckungsabkommen v. 2. Nov. 1929. List, Das Verfahren nach § 118a ZPO. Schweitzer u. Kraemer, Der Antrag auf Nachzahlung der Armenrechtsgebühren gemäß § 125 ZPO. OLGR. Werner, Zur Zustellung des Haftbefehls im Vollstreckungsverfahren. Heinemann, Sind Zwangsschiedsgerichte gültig? Weisbart, Die Verstempelung von Schiedssprüchen. H. Meyer, Erfurt, Bagatellverfahren. Gerstmeyer, Zur Frage der Ausfertigung notarieller Urkunden, die in den früheren deutschen Schutzgebieten Afrikas u. der Südsee aufgenommen sind.

**Jurist. Rundschau.** 1930. Nr. 21: Hellwig, Der Sieg der Blutgruppenprobe in Vaterschaftsprozessen. Mannherz, Die Rückforderung d. an die Fürsorgeunterstützten gezahlten Geldbeträge von den Unterstützten selbst. Matzke, Findet § 178 BGB. auf einen gegen



- § 207 HGB. verstoßenden Vertrag Anwendung? Friedrichs, Verantwortlichkeit für polizeiliche Strafverfügungen. Hartung, Die strafrechtl. Literatur der letzten 1 1/2 Jahre (Schluß).
- Die Justiz.** 6. Bd. H. 1: Mittermaier, Grundgedanken d. Gerichtsbilfe. Gumbel, Strafvollzugsstatistik (Schluß). Oborniker, Vor der 4. Jorns-Verhandlung. Kleist, Die Welt ohne Zuchthaus. Procurator, Zum Hochverratsprozeß gegen Reichswehroffiziere.
- Zeitschr. f. Rechtspflege in Bayern.** 26. Jg. Nr. 20: Cammerer, Zum Grundbuchsvereinigungsgesetz. Bezzel, Bewirkt ein auf Grund des § 77 RVerordnungsGes. eingetragenes Weiterveräußerungs- u. Belastungsverbot eine Sperre des Grundbuchs?
- Der junge Rechtsgelehrte.** 6. Jg. Nr. 21: Krückmann, „Aktuell“ und „virtuell“ in der Willenserklärung. Armbruster, Wesen des Rechts. Verhältnis von Recht, Moral u. Sitt.
- Zeitschr. f. Ostrecht.** 4. Jg. H. 8/9: Loewenfeld, Das Pariser Abkommen betr. die Verpflichtungen aus dem Trianonvertrage vom 28. April 1930. Durdenevskij, Der Vorrang des völkerrechtl. Vertrages oder des inneren Gesetzes im Räterecht. Šuman, Die Urheberrechtsgesetzgebung in Jugoslawien. Katzaroff, Die Novelle über das Moratorium (in Bulgarien). Lachner, Das neue jugoslaw. Gesetz über den unzulässigen Wettbewerb. Loeber, Abänderung des Kreditgesetzes (in Lettland).
- Zeitschr. f. Kommunalwirtschaft.** 20. Jg. Nr. 19: Löwenich, Ein neues Reichshaushaltsgesetz. — Nr. 20: Menne, Das Notverordnungsrecht nach Art. 48 RVerf. u. die Gemeinden. — Nr. 21: Rennebaum, Das gegenseitige Besteuerungsrecht von Reich, Ländern u. Gemeinden.
- Zeitschr. f. Standesamtswesen.** 10. Jg. Nr. 19: Stölzel, Zur Form d. Einbenennung. — Nr. 21: Smolle, Deutsches u. österreich. Personenstandsrecht. Isay, Zeitgemäße Fragen des Staatsangehörigkeitsrechts.
- Ruhr u. Rhein.** 11. Jg. H. 39: Lochner, Verrat v. Geschäfts- u. Betriebsgeheimnissen. — H. 40: Krey, Grundsätzliches zur Aenderung des Vergleichsrechts. — H. 42: Der neue Entw. e. Landpachtgesetzes u. d. Industrie (Entgegnung d. Reichsarbeitsgemeinschaft landwirtschaftlicher Pachtbetriebe m. Schlußwort v. Mirow).
- Die Wirtschaft u. d. Recht.** 5. Jg. Nr. 9: Ludw. Meyer, Die neuen Gesetze u. Verordnungen auf d. Gebiete d. Industriebelastung u. d. Aufbringung. Blum, Der Begriff des spezialrechtlichen Nachteils in d. neuen Rechtsprechung d. Kartellgerichts. Holländer, Eigentumsvorbehalt u. Konkurs. Lentner, Grenzen der Ausbündungspflicht d. Post.
- Rundschau f. GmbH.** 21. Jg. H. 10 (Festausg. z. 25 jähr. Bestehen d. Zentrale f. GmbH.): Scholz, Der Siegeszug d. deutschen GmbH. Becker, Köln, Die GmbH. im Verhältnis zur offenen Handelsgesellschaft u. Aktiengesellschaft. Bing, Ernennung u. Abberufung des Geschäftsführers. Krakenberger, Veräußerung v. GmbH. Anteilen. Fuld, Unlaut. Wettbewerb durch die Firma der GmbH. Seyffert, Kassel, Stellung d. GmbH. im Reichs- u. Landessteuerrecht. Kennerknecht, Die Körperschaftssteuer der GmbH. Baasch, Das Geschäftsführergehalt bei d. Körperschaftssteuer u. Einkommensteuer. Schlör, Gesellschafterdarlehen im Körperschaft- u. Vermögenssteuerrecht. Lemberg, Gesellschafterdarlehen u. Kapitalverkehrssteuer. Wulff, Steuer. Bewertung v. GmbH-Anteilen. Boethke, GmbH u. Grunderwerbsteuer. Helsenstein, Die Doppelbesteuerung der GmbH-Gesellschafter u. ihre Milderung. Zimmermann, Besteuerung v. Gratschaftsanteilen. Heitkamp, Liquidationsraten u. Einkommensteuer. Goerrig, Der Geschäftsführer im Arbeitsrecht. Bolzau, Der Geschäftsführer, Sozialversicherungsrecht. Römer, Das Geschäftsführergehalt im Konkurs- u. Vergleichsrecht. Güldenagel, GmbH u. Liquidationsvergleich. Wunderlich, Die GmbH im Kontrollrecht.
- Verkehrsrechtl. Rundschau.** 9. Bd. H. 10: Schneider, Karlsruhe, Die Beweislast bei Verlust od. Beschädigung anbel. mangelhaft verpackter Güter. Gülde, „Ueberholen“ n. d. Rechtsprechung des OLG. Dresden (Forts.). Rothenburg, Wann ist d. Kraftwagenführer gezwungen, so langsam zu fahren, daß er das Fahrzeug auf kürzeste Entfernung zum Stehen bringen kann?
- Zeig. des Vereins deutsch. Eisenbahnverwaltgn.** 70. Jg. Nr. 43: Busse, Die neue Haftpflicht des Lufttransportunternehmens. — Nr. 44: Prinz, Der „blinde Passagier“ im geltenden u. künftigen Strafrecht. Burger, Das ungar. Gesetz üb. die öffentl. Kraftfahrzeugunternehmen. — Nr. 45: Volmer, Waffentrag- u. Waffengebrauchsrecht f. Reichsbahnbedienstete.
- Das Recht des Kraftfahrers.** 5. Jg. Nr. 9: RGR.i.R. Meyer, Gedanken u. Bedenken zur Strafdrohung gegen die Schwarzfahrt. Weinberg, Genügen die bestehenden gesetzl. Vorschriften des Kraftverkehrsrechts zur Bekämpfung der beim Ueberholen auf d. Landstraße entstehenden besonderen Gefahren? Rothenburg, Ist die jetzige Gesetzgebung ausreichend, um Unfälle durch Langholzfuhren zu vermeiden? Proskauer, Die Haftung für Entstellung u. Verunstaltung. — Nr. 10: Pusch, Die wichtigsten Neubestimmungen der KraftfahrzeugV. Eisenführ, Ueber die Grenze der Sorgfaltspflicht des Kraftfahrers. Friedrichs u. Delius, Macht sich e. Polizeibeamter strafbar, wenn er bei Feststellung v. Geschwindigkeitsübertretungen selber zu schnell fährt?
- Zeitschr. f. Binnenschifffahrt.** 62. Jg. H. 9: Die Zuständigkeit d. Wasserpolizei. (Richtlinien in e. gemeinsamen Erlaß der Preuß. Minister f. Landwirtschaft, f. Handel u. Gewerbe, des Innern u. d. Volkswohlfahrt u. des Reichsverkehrsministers.) — H. 10: Oppkofer, Die Vereinheitlichung des Privatrechts in d. Binnenschifffahrt. Werner Schmidt, Haftungsbeschränkung u. Freizeichnung des Binnentreeders.
- Danziger Jurist. Monatsschrift.** 9. Jg. Nr. 10: Draeger, Die völkerrechtl. Grundlagen des Entscheidungsantrages d. Regierung d. Freien Stadt Danzig an den Völkerbundskommissar betr. die Verpflichtung Polens, Danzig als seinen Zugang zum Meer zu benutzen (Vortrag). Voigt, Die Haftung des Betriebs- u. Geschäftsnachfolgers f. Zahlung rückständiger Steuern.
- Gerichts-Zeig.** 81. Jg. Nr. 19: Wittmann, Bemerkungen zur obligator. Auto-Haftpflichtversicherung in Oesterreich. Schneek, Die prozessuale Behandlung d. Idealkonkurrenz im Verfahren üb. Privatklagen. Weinmann, Das Ebenbürtigkeitsverfahren.
- Zentralblatt f. Jurist. Praxis.** 48. Jg. H. 11: Alb. A. Ehrenzweig jun., Irrtum u. Rechtswidrigkeit.
- Zeitschr. d. Bernischen Juristenvereins.** 66. Bd. H. 9 u. 10: Die Rechtsprechung des Bundesgerichts i. J. 1929. II: Guhl, Zivilrecht. III: Haab, Schuldbetriebs- u. Konkursrecht.
- Rechtsgelehrd. Magazin.** 49. Jg. AfL 2/3: Pompe, Geen straf zonder schuld. Emersleben, Die Begründung eines Vorbenutzungsrechtes durch Benutzungshandlungen im Auslande. van Apeldoorn, Roerend goed heeft geen gevolg. Drucker, Arresten over merkenrecht. Baak, De fascistische rechtspraak ten opzichte van arbeidsquesties. — AfL 1: Boeles, De gevolgen van de reformatio voor de parochies in Friesland. Maris, Het conservatoir derden-beslag tegen schuldenaren, die genee bekende woonplaats hebben binnen het rijk. Star Busman, Prof. Mr. D. Simons f. van Stripiaan Luisius, De levenslange gevangenisstraf.
- Themis.** 91. Deel. Stuk 3: Gargas, Der öffentl. Arbeitsnachweis in den Niederlanden. II. van der Grinten, De katholieke staatsleer en de vrijheidsrechten van den mensch. van Praag, De aansprakelijkheid voor schade veroorzaakt door wetten, in verband met het transitorecht.
- Nederlandsch Juristenblad.** 5. Jg. Nr. 32: van Oven, Gevonden voorwerpen. Baron Slot tot Everloo, Mijnbouw-concessies. — Nr. 33: Langemeijer, Specialisatie van den strafrechter. Hugenholtz, Kan een boedelcrediteur beslag leggen onder den faillissementscurator? I. — Nr. 34: Cleveringa, De voort-schrijdende herziening van Boek II W. v. K. — Nr. 35: Weststrate, Nietigheid van niet of de Statuten berustende handelingen. Lind, Artt. 536 en 537 K. — Nr. 36: Cohen, Het verslag over de uitgifte der Zuiderzeegordens.
- Tijdschrift voor Rechtsgeschiedenis.** Deel 10. AfL 1/2: Albarda, Kennissen van de stad Zutphen, 1590—1582, betreffende huwelijks-goederenrecht en erfrecht, van een inleiding en van aantekeningen, voorzien door A. S. de Blécourt. Meyers, Le décret d'Ander-nach de l'an 594. Engelsman, Het ontstaan der gemeente-organisatie in de Groninger Veenkolonien. Buckland, Digest 47,2 de furtis and the methods of the compilers. Fockema Andreae, De Tol aan het Warmonderhek. v. Beseler, Romanistische Studien.
- Rivista di storia del diritto italiano.** Vol. 3. Fasc. 2: Calasso, Origini italiane della formula „rex in regno suo est imperator.“ Ermini, I parlamenti dello Stato della Chiesa dalle origini al periodo albornoziano. Carusi, Statuti della bagliva di Orsogna del secolo 14. Masi, Un caso di locazione d'opere dei servizi divini nel 1305.
- Nuovi Studi di diritto, economia e politica.** Vol. 3. Fasc. 5: de Francis-ci, Il centenario del Digesto (530—1930). (Discorso inaugurale.) Volpicelli, Storia e scienza del diritto. Il programma di un romanista e il principio ricostruttivo di una nuova giurisprudenza.

#### Bürgerliches Recht.

- Deutsches Mietrecht.** 10. Jg. Nr. 11: Askenasy, Inwieweit muß ein Mieter Werterhöhungen seiner Mieträume, die er gar nicht wünscht, bezahlen? Schmülling, Wie wirkt sich die Nutzungsart auf die Friedensmiete aus? Laband, Das Tauschrecht des Grundstückseigentümers, ein Beitr. zu § 8 WMG.
- Das Mietgericht.** 5. Jg. Nr. 11: Bandmann, Die preuß. Lockere- summe durch d. Wohnungsamt.
- Sparkasse.** 50. Jg. Nr. 21: Kliebe, Gegenwartsprobleme in Grund- buch- u. Aufwertsachen. (Schluß.)
- Archiv f. Urheber-, Film- u. Theaterrecht.** 3. Bd. H. 5: Rudloff, Urheberrechtsfragen des Tonfilms. v. Weckbecker, Richard Wagner, Johann Strauß u. d. Schutzfrist. De Sanctis, Zum Tonfilm. Wassermann, Die Aufnahme v. Abbildungen in e. wissenschaftl. Arbeit. Hellwig, Soll die sogen. Reformatio in pejus im Filmprüfverfahren verboten werden? Hellwig, Zur Frage d. Rechtskraft der Entscheidungen d. Oberprüfstelle f. Schund- u. Schmutzschriften. Erlanger, Schadensersatzpflicht u. Bereicherungshaftung des Unternehmers b. Aufführung urheberrechtlich geschützter Musik.
- Gewerbli. Rechtsschutz u. Urheberrecht.** 35. Jg. Nr. 11: v. Moser, Die vorläuf. Vorschläge des Berner Internat. Büros f. d. Revision d. Pariser Uebereinkunft v. 1883 u. der Madrider Abk. v. 1891. Marwitz, Der Mensch im Patentrecht. Zeller, Neuheitsprüfung u. Patentfähigkeit. Mediger, Die identische ältere Anmeldung als Einspruchsgrund. Weickmann, Zur Frage d. Unionspriorität (Erwidrig.) Reimer, Zur Bewilligung d. Armenrechts an jurist. Personen. Elster, Mündliche Mitteilungen u. §§ 3, 4 UnlWG.

#### Handelsrecht usw.

- Bank-Archiv.** 30. Jg. Nr. 3: Theermann, Pflichtrevision u. Bank- trennhandelsgesellschaften. Rospat, Haftet die Akt.-Ges. f. außer- vertragliches Verschulden ihrer Prokuristen oder der Vorstände ihrer Zweigniederlassungen? v. Rauschenplat, Die Allge- meinen Deutschen Spediteurbedingungen.
- Jurist. Rundschau f. d. Privatversicherung.** 7. Jg. Nr. 21: Rech, Wird das dem Haftpflichtgläubiger in § 157 VVG. eingeräumte Absonderungsrecht durch die dem Erben des Haftpflichtschuldners vorbehaltene Beschränkung seiner Haftung auf d. Nachlaß oder durch e. Verzicht d. Erben auf d. Haftpflichtversicherungsanspruch beeinträchtigt? Röder, Wer sind die „Leute der Bahn“?
- Mitteilungen d. Internat. Transportversch.-Verb.** 20. Bd. Nr. 9: Hoch- gräber, Rechtl. Streitfragen aus d. Gebiet d. York-Antwerp-Regeln.
- Journal des sociétés.** 51. Ann. Nr. 9/10: Lecomte, Les groupe- ments d'obligataires devant la jurisprudence.
- Rivista di diritto commerciale.** Anno 28. No. 8/9: Manara, Una crisi dottrinale delle società anonime. Società, corporazioni o fondazioni? Invrea, La natura giuridica della sentenza che dichiara il fallimento. Pacinotti, Studi sui contratti di lavoro folcioro, L'utilizzazione del credito confermato di banca. — Le società straniere nel Companies Act inglese 1929.



## Zivilprozeß usw.

**Deutsche Wirtschafts-Ztg.** 27. Jg. Nr. 41: Schiffer, Gläubigerschutz. — Nr. 42: E. Friedländer, Selbsthilfemaßnahmen d. Gläubiger (Schluß in Nr. 43). — Nr. 44: Das deutsche Einfuhrscheinsystem. Pätzold, Gläubigerschutz u. Vollstreckungspraxis (Schluß in Nr. 45).

**Konkurs- u. Treuhänderwesen.** 4. Jg. H. 11: Bernh. Mayer, München, Der außergerichtl. Ausgleich (Akkord) (Schluß). Holm-Nielsen, Die Gläubigerautonomie in Finnland. AGR. Schneider, Erfurt, Bemerkungen zum Liquidationsvergleich u. zu der Erteilung der Vollstreckungsklausel im Falle der §§ 7, 75 VerglO.

**Mitteilungen d. Preuß. Richtervereins.** 8. Jg. Nr. 10: Suchier-Hadamard, Ein Beitrag zur Grundbuchereinigung.

**Anwaltsblatt.** 17. Jg. H. 10: Zur Frage d. Verlegung des Sitzes des Deutschen Anwaltsvereins: Alterthum, Leipzig oder Berlin? Warum ich f. d. Sitzverlegung stimme. (M. Erwidrig, v. Hess.) Walth Fischer, Reform der RechtsanwaltsO. Anträge. Popp, Zum Thema Zulassungsbeschränkung. Sickinger, Die Rückgewinnung der Betreuungssachen. Ad. Friedlaender u. Max Friedlaender, Der 23. Bd. d. Entscheidg. d. Ehrengerichtshofs.

**Zeitschr. d. Deutsch. Notarvereins.** 30. Jg. Nr. 11: Geh. JR. Dr. Hermann Oberneck, (M. Bildnis u. zahlreichen Nachrufen.) Lehmer, Die Bewertung d. sachenrechtl. Geschäfte in Bayern (Schluß). Max Simon, Zur Rechtsprechung d. RG. üb. Wechselproteste. Wolpers, Die Festsetzung d. Gebühren u. Auslagen des Notars auf Grund des § 25 NGO.

**Der Referendar.** 4. Jg. Nr. 10: Münzenthaler, Die Ausbildung im Handels- u. Wirtschaftsrecht i. Preußen. Culemann, Steuerberater u. Steuergerechtigkeit. Budweg, Der Gewerbereferendar.

## Strafrecht usw.

**Monatsschrift für Kriminalpsychologie u. Strafrechtsreform.** 21. Jg. H. 10: Péritsch, Die Wiederaufnahme d. Strafverfahrens nach d. neuen jugoslaw. StrPO. Petrova, Eine Mordtat in d. Pubertätsperiode. Seelig, Der Vatermörder Franz S. v. Hentig, Drei Vatermordfälle. Sieverts, Amerika — ein abschreckendes Beispiel f. übertriebene Humanität im Strafvollzug? v. Koppensfelds, Die österreich. Kriminalstatistik 1928. Albrecht, Prostitution und Bordellwesen in Hamburg.

**Archiv f. Kriminologie.** 87. Bd. H. 2/3: Schöber, Internationale Zusammenarbeit d. Kriminalpolizei. Der Antwerpener Polizeikongreß. Mueller, Frankf. a. M., Mißbrauchl. Wiederverwendung entwerteter Gerichtskostenmarken. Knobloch, Fingierter Raubüberfall m. Tötung des Täters. Finzi, Das Kriminalmuseum v. Lyon. Höpfer, Wirtschaftskrisen u. Kriminalität. Kraft, Kritisches zur gerichtl. Schlußuntersuchung. Kanger, Die kriminaltechnische Ausbildung der Juristen an der lettlandischen Universität.

**Kriminalist. Monatshefte.** 4. Jg. H. 10: Wächter, Die Bedeutung d. Phantasie f. d. Tätigkeit des Kriminalisten. Weddige, Die kriminalbiolog. Untersuchungen an preuß. Gefangenenanstalten. Marie Luise Hiller, Kriminalistik u. Kunstfälschung. Weiß, Der 3. Internationale Polizeikongreß.

**Monatsblätter d. Deutsch. Reichszusammenschlusses f. Gerichtshilfe usw.** 5. Jg. H. 8/9: Mezger, Der Strafzweck in Urteil u. Strafvollzug. — H. 10: Klant, Der neue Strafvollzug d. d. Strafanstaltsschule. Kleist, Erziehungsstrafvollzug d. Zukunft, der heute beginnen kann.

**Tijdschrift voor Strafrecht.** 40. Deel. Afl. 3: Prof. Mr. D. Simons f. D. Simons, De kinderwetgeving van 1901. Hallema, Het gevangeniswezen in Het Vereenigd Koninkrijk der Nederlanden tijdens de regering van Koning Willem I (1813—1830). Kleene, Vergeldingsstraf. Preventie-Maatregel. van Angeren, Een interessant uitleveringsgeval. Baron Sloet tot Everlo, Het recht van den raadsman.

**Revue pénitentiaire et de droit pénal.** 54. Ann. No. 4/8: Donnedieu de Vabres, La nouvelle proposition de loi relative à l'exécution des travaux forcés. Tassy, Le projet de loi, dit projet Barthou, ayant pour objet la révision des condamnations prononcées pour outrage aux bonnes mœurs, commis par la voie du livre. Giraud, Les capitulations les tribunaux mixtes et le statut des Français en Egypte. Guelton, Statistique pénale et statistique criminelle en Belgique.

**Revue de droit pénal et de criminologie.** 10. Ann. No. 8/10: Cornil, La loi (belge) de défense nationale à l'égard des anormaux et des délinquants d'habitude du 9 avril 1930 (A suivre). Beckaert, Délit de contamination vénérienne (A suivre).

## Staats- und Verwaltungsrecht.

**Reich u. Länder.** 4. Jg. H. 3: Brecht, Entw. e. Ges. üb. d. Reichsreform n. d. Beschlüssen d. Verfassungsausschusses d. Länderkonferenz. v. Bremen, Die Zuständigkeitsabgrenzung u. d. Gemeinden. MinR. Rud. Schmidt, Vorschlag e. Neueinteilung d. preuß. Regierungsbezirke — zugl. als Beitr. zur Frage der territorialen Reichsreform. Brandt u. Hollmack, Reichsreform u. Hochschulen.

**Verwaltungsarchiv.** 35. Bd. H. 4: Peters, Der Allgem. Teil des Entw. e. Preuß. Selbstverwaltungsgesetzes. Kitz, Der Referentenentw. e. Selbstverwaltungsges. vom Standpunkt der provinzialen Selbstverwaltg. Hettlage, Amtsordnung (§§ 155—190 SelbstverwG.).

**Reichsverwaltungsblatt u. Preuß. Verwaltgsbl.** 51. Bd. Nr. 44: Jellinek, Die Einberufung des Reichstages. Laue, Ueber die Notwendigkeit eines Reichskurortgesetzes. — Nr. 45: Küsel-Glogau, Die behörl. Stellung d. Reichstagsverwaltung.

**Beamten-Jahrbuch.** 17. Jg. Nr. 10: Krause, Leipzig, Die Beamtenhaftung in der Gesetzgebung des Auslandes. Zschucke, Die Verwaltung d. Reichswasserstraßen als Teilproblem d. Verfassungs- und Verwaltungsreform.

**Der Beamte.** 2. Jg. H. 4: Fuß, Das Verhältnis der Beamten zum Staat. Bente, Die Reform d. deutsch. Strafvollzuges.

**Der Reichsstädtebund.** 23. Jg. Nr. 21: Kottenberg u. Hagen, Die Gemeindepolizei in Preußen. Fächinger, Die Rechtsstellung des städtischen Bürgermeisters nach d. Entw. d. preuß. Selbstverwaltungsgesetzes.

**Preuß. Gemeinde-Zeitg.** 23. Jg. Nr. 28: Delius, Abänderung der durch Staatsministerialbeschl. anläßlich d. Auflösung d. Gutsbezirke in Preußen vorgenommenen Umgemeindungen.

**Zeitschr. f. Selbstverwaltg.** 13. Jg. Nr. 21: v. Basse, Einige Zweifelsfragen im Entw. des Selbstverwaltungsgesetzes. Rienhardt, Der Reichsparkommissar über die Landesverwaltung Württembergs (Verwaltungsreform).

**Die Polizei.** 27. Jg. Nr. 21: Finke, Die Aufhebung u. Aenderung v. Polizeiverfügungen im thüringischen Polizeirecht. Heineccius, Gegen Bewährungsfrist bei Disziplinarstrafen. Paczkowski, Sind Sonderveranstaltungen wie Kinderfeste, Märchenvortragsstunden, Kirmesveranstaltungen u. dgl. in Warenhäusern gestattet?

**Zeitschr. f. badische Verwaltung usw.** 62. Jg. Nr. 9: Glockner, Eine Eingemeindungsfrage (Schluß). Flad, Verwaltungsgerichte u. Verwaltungsrechtspflege in Frankreich (Schluß in Nr. 10).

**Revue du droit public etc.** T. 47, No. 3: Rousseau, Protection des minorités et reconnaissance internationale des droits de l'homme. Jéze, Théorie générale des contrats de l'administration (Suite). Delbez, La question de l'esclavage aux Etats-Unis. Mirkine-Guetzévitch, Les nouvelles tendances du droit constitutionnel.

**Rivista di diritto pubblico in Italia.** Anno 22. Fasc. 10: Orlando, Oreste Ranelletti (compiendosi il trentennio del suo insegnamento). Kauschansky, Concetto moderno della proprietà come funzione sociale nelle costituzioni del dopo guerra. Forchielli, Poteri del vescovo e beni del seminario. Ambrosini, In memoria di Antonio Ferraciu.

## Arbeitsrecht.

**Das Arbeitsgericht.** 35. Jg. Nr. 21: Aschaffenburg, Die Gefährdung der Rechtseinheit im arbeitsgerichtl. Einspruchsverfahren. (Nach einem Vortrag.) Roesner, Die Tätigkeit der ArbGer.-Behörden i. J. 1929. Schalhorn, Der Tarifvertrag im Entwurf eines Allg. Arbeitsvertragsgesetzes.

**Monatsschrift f. Arbeiter- u. Angestellten-Versicherung.** 18. Jg. H. 11: Lutz Richter, Neuerungen im Kassenärztrecht kraft Diktatur v. 26. Juli 1930. Zschucke, Die Arbeitslosenversicherung in der NotV. des Reichspräsidenten. Schulte-Holthausen, Die Reichsversorgung in der NotV. v. 26. Juli 1930.

**Die Krankenversicherung.** 18. Jg. Nr. 10: Kleine, Arbeitsunfähigkeit der krankenversicherten Arbeitslosen. — Nr. 11: Hoch, Die Ersatzansprüche der Träger der Armenfürsorge gegen die Krankenkassen. — Nr. 16: Jaeger, München, Das Krankengeld nach der NotV. der Reichsregierung. — Nr. 17: Papst, Kassenärztrecht u. NotV. — Nr. 19: Papst, Das Ruhen des Anspruchs auf Kranken-u. Hausgeld.

**Deutsche Krankenkasse.** 17. Jg. Nr. 24: Rich. Treitel, Das Recht der unehelichen Kinder in der RVersO. — Nr. 25: Belasus, Die soziale Versicherung der im Ausland Beschäftigten. — Nr. 25: Bültmann, Recht und Pflicht der Krankenkassen zur Abgabe empfangnisverhütender Mittel. — Nr. 29: Kreil, Die Formalversicherung nach § 213 RVO. — Nr. 31: Sommer, Die Auskunfts-pflicht d. Krankenkassen gegenüber d. Jugendämtern u. Fürsorgeverbänden. — Nr. 32: Okraß, Die neuen Best. zur Krankenvers. — Nr. 34: Wasewitz, Die Rückerstattung irtümlich entrichteter Arbeitslosenbeiträge. — Nr. 35: v. Geldern, Ueber die Befreiung von Beamten u. Angestellten d. Krankenkassen von d. Krankenversicherungspflicht. — Nr. 37: Göpfert, Einwirkung der NotV. auf die Wochenhilfe. — Nr. 38: Bültmann, Die Bezugsdauer des Versorgungskrankengeldes. — Nr. 40: Rich. Treitel, Ist privatärztl. Behandlung neben kassenärztlicher zulässig? — Nr. 41: Sommer, Die Ersatzansprüche der Fürsorgeverbände gegen die Krankenkassen auf die Leistungen nach der RVO. — Nr. 42: Göpfert, Das Hausgeld. — Nr. 43: Jaeger, München, Wer entscheidet über Streitigkeiten von Hebammen mit Krankenkassen aus § 376a RVO.? Kleif, Vom Ruhen des Krankengeldes.

**Reichsarbeitsblatt.** 10. Jg. Nr. 30: Beisiegel, Die Neuordnung der Krisenfürsorge.

**Zeitschr. f. soziales Recht.** 2. Bd. H. 2: Lenhof, Die Koalition u. ihr Wirken als Grundlage der Arbeitsrechtes. (Erw. Vortrag.) Sinzheimer, Zur Kritik des bürgerl. Rechtes. Grünberg, Zwangsschlichtung auch für Oesterreich? Fürst, Die Nach- und Rückwirkung des Kollektivvertrages nach österr. Recht. Frankel, Anrufung des Einigungsamtes bei Streitigkeiten aus dem Betriebsratsgesetz. Kiser, Russisches Wohnrecht. Heindl, Die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes auf dem Gebiete des sozialen Rechtes. II. (Verspätet.)

## Steuerrecht.

**Zeitgemäße Steuer- u. Bilanzfragen.** 11. Jg. H. 9: Zimmermann, Die Bedeutung der Leistungsfähigkeit im Steuerrecht. Mirre, Zum Thema: „Die GmbH u. ihre Gesellschafter.“ Peters, Köln, Einige Zweifelsfragen zum § 56 EinkStG. Stamm, Zur Frage d. Versteuerung v. Brandversicherungsentschädigungen bei Zeit u. Neuwertversicherungen. Metz, Unterliegen die Ärzte als Sanatoriumsbesitzer der Gewerbesteuer? — H. 10/11: Lemberg, Die Bestimmungen über d. Verlustvortrag im EinkStG. Mirre, Zum Verlustvortrag. Lemcke, Die Einmangengesellschaft in der Rechtsprechg. d. RFH. (Widersprechende Entscheidg.) Strauß, Zwei Streitfragen zur Gesellschaftsteuer der Offenen Handelsgesellsch. Balzer, Der Begriff „Villa“ bei d. Bewertung zwangsbewirtschafteter Grundstücke. Peschke, Ist Pfandbruch als Steuerhinterziehung strafbar?

**Mitteilungen d. Steuerstelle d. Reichsverbandes d. deutsch. Industrie.** 13. Jg. Nr. 10: Herrmann, Zur Frage des Steuerabzugs vom Kapitalertrag bei Veräußerung von Dividendenscheinen. Hans Günther, Bilanzberichtigung u. Bilanzänderung n. Handels-u. Steuerrecht (Schluß folgt). Mühlhoff, Bemessung d. Absetzungs-sätze f. d. wirtsch. Abnutzung v. Gegenständen des Betriebsvermögens. Herker, Gegen Steuervereinbarungen mit den Gemeinden? Stritzke, Kirchenumlagen n. bayer. Recht.

## Kirchenrecht usw.

**Braunschweig. Zeitschr. f. Rechtspflege.** 75. Jg. Nr. 7/9: Lämmerhirt, Die Ausübung des Vorschlagsrechts (jus praesentandi) bei den Patronatspfarren der im Kloster- u. Studienfonds vereinigten Klöster u. Stifte.



**Völkerrecht.**

- Nordisk Tidsskrift for international ret.** Vol. 1. Fasc. 3: Petersen, Nordens indsats i fredsarbejdet. Castberg, Kodifikationskonferansen i Haag. Federspiel, De nordiske internationalprivatrete Konventionsudkast. Castberg, Folkeregt og forsvar. Möller, Gensvar. Westring, Den internationale rättsens kodifikation. Acta Scandinavica juris gentium: Schücking, Die Harmonisierung des Kelloggpaktes m. d. Pakt des Völkerbundes. Petersen, La contribution des pays du Nord à l'oeuvre en faveur de la paix.
- Political Science Quarterly.** Vol. 45. No. 3: Ruth D. Masters, The relation of international law to the law of Germany.
- L'Esprit international.** 4. Ann. No. 15: Bénès, La renonciation à la guerre et le Pacte de la Société des Nations. — No. 16: Mirikine-Guetzevitch, La renonciation à la guerre et le droit interne.
- Zeitschr. f. ausländ. u. internat. Privatrecht.** 4. Jg. H. 5: Schlegelberger, Die Neuordnung des argentinischen internat. Privatrechts. Quassowski, Das Genfer Abkommen üb. d. Vereinheitlichung d. Wechselrechts.

**B. Bücher.****Allgemeines.**

- Cornil, Georges. Ancien droit romain. Le problème des origines. Paris, Recueil Sirey. Fr. 45.
- Levy, Ernst. Ergänzungsindex zu Jus u. Leges. Weimar, Böhlau. (234 S.) M. 46.
- Das gesamte deutsche Recht in systemat. Darst. von ... Hrsg. von Rud. Stammler. Bd. 1: Rechtsphilosophie. Röm. Recht. Deutsches Recht. Bürgerl. Recht. Handels-, Wechsel- u. Seerecht. Urheber- u. Erfinderrechts. Arbeitsrecht. Internat. Privatrecht. Berlin, Stike. 1931. (1684 S.) Geb. M. 80.
- Simons, Walter. Hugo Preuß. (Meister des Rechts. 6.) Berlin, Heymann. (148 S.) Lw. M. 3.

**Bürgerliches Recht.**

- Enneccerus, Ludw., Theod. Kipp u. Martin Wolff. Lehrbuch d. bürgerl. Rechts. Bd. 5: Das Erbrecht. Von Theod. Kipp. 8. Bearb. 22.—24. Taun. Marburg, Elwert. (555 S.) Geb. M. 20.
- Sauter, Eugen. Der eingetragene Verein. Eine gemeinverst. Erl. d. Vereinsrechts unt. bes. Berücks. d. neuesten Rechtsprechung. München, Beck. 1931. (146 S.) Lw. M. 4.20.
- Hertel, Franz. Der Wohnungsaussch. (Mietfragen des tägl. Lebens. Bd. 11.) Berlin, Struppe & Winckler. (73 S.) M. 2.
- Friedlaender, Kurt. Die Rückzahlung Verzinsung u. Beibehaltung d. Aufw. Hypothek. Berlin, Stike. (115 S.) Geb. M. 4.50.
- Durma, M. La notification de la volonté. Rôle de la notification dans la formation des actes juridiques. Paris, Recueil Sirey. (550 p.) Fr. 60.
- Lecompte, H. Essai sur la notion de faculté en droit civil. Paris, Recueil Sirey. (310 p.) Fr. 40.
- Moreau, Henry. De l'autorisation nécessaire à la femme mariée. Paris, Libr. des Juris-Classeurs. (191 p.) Fr. 30.
- Dartigalongue, H. La tutelle des mineurs en droit espagnol. Paris, Chauny & Quinsac. (248 p.) Fr. 30.
- de Ferial, L. Essai sur la succession „ab intestat“ et la légitime dans le code civil espagnol. Paris, Chauny & Quinsac. (162 p.) Fr. 25.
- Eliachevitch, Tager et le Baron Boris Nolde. Traité de droit civil et commercial des Soviets. Paris, Libr. génér. de droit. Fr. 200.

**Handelsrecht usw.**

- Lifschütz, Alex. Die Generalklausel im Aktienrecht. Mannheim, Bensheimer. 1931. (53 S.) M. 3.
- Krause, Gerh. Die Kartellkündigung unt. bes. Berücks. der Rechtsprechung des Kartellgerichts. Mannheim, Bensheimer. (50 S.). Manasse, Berthold. Der Wechsel im Zivil- u. Strafrecht. Betrachtungen nach Anregungen u. mit e. Sonderdarst. v. Max Alsb. Berlin, Spaeth & Linde. (84 S.) M. 2.50.
- Piccard, Paul. Militärversicherung, Kranken- u. Unfallversicherung nebst den zivil- u. haftpflichtrechtl. Bestimmgn. üb. d. Haftung aus Körperverletzung od. Gesundheitsschädigung. Gesetzestexte, zsgst. Bern, Huber. (96 S.) Lw. M. 3.85.
- Baelde, G. La défense des parts de fondateurs. Paris, Recueil Sirey. (172 p.) Fr. 25.
- Bosvieux, H. La nouvelle réglementation des assemblées générales extraordinaires et des assemblées spéciales d'actionnaires d'après la loi du 1 mai 1930. Paris, Recueil Sirey. (80 p.) Fr. 10.
- François, J. La propriété de la provision en matière de lettre de change. Paris, Recueil Sirey. (309 p.) Fr. 50.
- Martin, André. La clause à ordre dans les polices d'assurance sur la vie. Paris, Recueil Sirey. (160 p.) Fr. 25.
- Michel, Raymond. L'assurance de crédits en droit comparé, avec les annexes. Paris, Libr. des Juris-Classeurs. (313 p.) Fr. 100.

**Zivilprozeß usw.**

- Volkmar, Erich. Zivilprozeßordnung m. Gerichtsverf.-Gesetz, den Einf.-Gesetzen, d. EntlastungsV., dem LohnbeschlagnahmeG. u. d. LohnpfändungsV. Textausg. m. kurzen Verweisgn. 3., durchges. Aufl. (Sammlung deutsch. Gesetze Bd. 132.) Mannheim, Bensheimer. (473 S.) Lw. M. 3.50.
- Rosenberg, Leo. Die Zivilprozeßgesetzgebung. Sachl. geordnet, m. systemat. Paragraphenüberschriften u. ausführl. Sachregister, (Lehrausgaben deutsch. Gesetze 2.) Berlin, de Gruyter. (564 S.) Lw. M. 8.
- Fuchsberger, Heinr. Arglistige Täuschung im Zivilprozeßrecht. Ein Beitr. zur Lehre v. d. Prozeßhandlung u. dem prozessualen Willensproblem. (Rostocker Abhandl. Rechtswissenschaftl. Reihe H. 11.) Rostock, Hinstorff. (60 S.) M. 3.50.
- Huyke, Wilh. Offenbarungseid u. Haft im Zivilprozeß. Kommentar. (Guttagische Sammlung deutsch. Reichsges. Nr. 177.) Berlin, de Gruyter. (173 S.) Lw. M. 4.
- Schmidt, Arth. Benno. Nebengesetze zum BGG. 1. GrundbuchO.

- m. d. Gesetzen v. 18. Juli 1930. 2. Ges. über d. Zwangsversteigerung u. Zwangsverwaltung. 3. Ges. über d. Angelegenheiten d. freiw. Gerichtsbarkeit. Textausg. mit kurzen Anm. 7., durchges. u. verm. Aufl. München, Beck. (165 S.) Lw. M. 2.20.
- Finger, R. Die Sendung des Rechtsanwalts. München, J. F. Lehmann. (160 S.) Geb. M. 5.50.
- Friedlaender, Max. Kommentar zur bayer. V., die Gebühren der Rechtsanwälte in d. Angelegenheiten d. Rechtspflege betr. (RechtspflegeV.) München, H. W. Müller. (107 S.) M. 6.80.
- Sattelmacher, Paul. Bericht, Gutachten u. Urteil. Eine Anleitung für prakt. Juristen im Vorbereitungsdienst. 13. Aufl. v. Herm. Daubenspeck, Referat, Votum u. Urteil. Berlin, Vahlen. (314 S.) Geb. M. 13.
- Streit, Karl. Das Kinder- u. Mündelprivileg n. d. schweizer. Konkursrecht. (Zürcher Diss.) Zürich, Leemann. (141 S.) Fr. 4.50.
- Moreau, Henry. De l'interdiction judiciaire. Paris, Libr. des Juris-Classeurs. (219 p.) Fr. 35.

**Strafrecht usw.**

- Schaffstein, Friedr. Die allgem. Lehren vom Verbrechen in ihrer Entwicklung durch die Wissenschaft des gemeinen Strafrechts. Berlin, Springer. (221 S.) M. 19.60.
- Leffmann, Ernst. Gesetz zum Schutze d. Republik, erl. (Sammlg. deutsch. Ges. Bd. 139.) Mannheim, Bensheimer. 1931. (139 S.) Lw. M. 4.80.
- Mannheim, Herm. Rechtsfälle aus d. Strafprozeßrecht. Mit einer kurzen Anleitg. zur Bearb. strafprozessualer Fälle u. dem Entw. e. Strafurteils. Berlin, Springer. (73 S.) M. 3.60.
- Gast, Peter. Die Mörder. (Kriminalist. Abhdl. H. 11.) Leipzig, Wiegandt. (64 S.) M. 2.40.
- Bernhardt, Rud. Studien üb. erbliche Belastung bei Vermögensverbrechen. (Kriminalist. Abhdl. H. 12.) Leipzig, Wiegandt. (49 S.) M. 2.
- Jastrow, Ignaz. Der angekl. Staatsanwalt. Geschichte der Verurteilung eines Unschuldigen. (Fall Frieders.) Berlin-Grünwald, Rothschild. (68 S.) M. 10.
- Toulemmon, A. La question du jury. Paris, Recueil Sirey. (295 p.) Fr. 35.

**Staats- und Verwaltungsrecht.**

- Henle, Rud. Großpreussische od. großdeutsche Lösung? Worte zur Reichsreform. (Vortrag.) Rostock, Leopold. (28 S.) M. 0.60.
- Thilo, Ulrich. Probleme der staats- u. völkerrechtl. Stellung Bayerns. (Aus d. Instit. f. internat. Recht an d. Univ. Kiel. Reihe I, H. 12.) Berlin, Stike. (79 S.) M. 4.50.
- Woerner, Otto. Kommentar zur bayer. GemeindeO. v. 17. Okt. 1927 nebst ausführl. Erlaß der GemeindevahlO. u. Abdruck zahlreicher sonst. Anst.- u. Erg.-Vorschriften. München, Beck. 1931. (888, 470 S.) Lw. M. 30.
- Kerstiens, Christian. Das Gaststättengesetz v. 28. April 1930 nebst der AusfV. des Reiches, der preuß. DurchfV., den preuß. Ausf.-Best. u. den einschl. preuß. Erlassen. Erl. auf Grund amtl. Materials. 2., verb. Aufl. Berlin, Weller. (270 S.) Lw. M. 4.50, für Behörden u. Beamte M. 3.75.
- Gottsch, Ernst. Luftverkehrsrecht. Luftverkehrsgesetz und LuftverkehrsO. nebst ergänz. Anhang. Mit Einl., Erl., Tabellen. München, Beck. 1931. (201 S.) Lw. M. 6.50.
- Annuaire de l'Institut international de droit public. 1930. Paris, Les Presses universit. (1472 p.) Fr. 150.
- Alexandrescu, Petre. L'enrichissement sans cause considéré comme source d'obligations quasicontractuelle en droit administratif. Paris, Mechehnck. (192 p.) Fr. 40.
- de Font-Réaulx, P. Les pouvoirs devant le Conseil d'Etat contre les décisions des autres tribunaux administratifs. Paris, Recueil Sirey. (408 p.) Fr. 60.
- Bonnet, J. Le droit disciplinaire dans la profession médicale. Paris, Recueil Sirey. (472 p.) Fr. 40.
- El Sayed Sabri. Le pouvoir législatif et le pouvoir exécutif en Egypte. Paris, Mechehnck. (422 p.) Fr. 60.
- Fahmy, Ahmed. Vers l'unité de juridiction en Egypte. Paris, Mechehnck. (228 p.) Fr. 40.

**Arbeitsrecht.**

- Goerrig, Franz. Kurzarbeit der Angestellten (Verbandsrecht u. Verbandspraxis. H. 17/18). Berlin W. 30, Luitpoldstr. 45, Verlag Dr. Rud. Goerrig. (41 S.) M. 3.
- Eckert, Josef, u. Schlick unt. Mitw. v. Karl Heilmann u. Wißmann. Das Reichsknappschaftsgesetz in der neuesten amtl. Fassung v. 1. 7. 1926. Kommentar. 2. Aufl. München, Fürststraße 13, Rechts- u. Wirtschaftsverl. (620 S.) Hlw. M. 11.20.

**Steuerrecht.**

- Steuerstrafrecht u. Steuerstrafverfahren nach der AO. Vorträge der 7. Reichssteuerwoche d. Verwaltgs-Akademie Berlin. Mannheim, Bensheimer. 1931. (136 S.) Geb. M. 8.
- Lion, Max. Die Steuerberatung, ihre Bedeutung, ihre Aufgaben u. ihr Strafrecht. (Erw. Vortr.) Mannheim, Bensheimer. (42 S.) M. 0.70.

**Kirchenrecht.**

- Danziger, Johannes. Das preuß. Konkordat vom Jahre 1929. e. rechtswiss. Studie. (Breslauer Diss.) Breslau, Borgmeyer. (50 S.) Kart. M. 3.

**Völkerrecht.**

- de Lapradelle, A. et J.-P. Niboyet. Répertoire de droit international. T. 7: Droit international privé comparé (Républ. de Colombie, Vatican. — Etrangers en Ethiopie). Paris, Recueil Sirey. (685 p.) Rel. Fr. 144.
- Roper, Alb. La Convention internationale du 13 octobre 1929 portant réglementation de la navigation aérienne. Son origine, son application, son avenir. Paris, Recueil Sirey. (380 p.) Fr. 50.
- Nogaro, J. Les traités d'établissement et le droit des étrangers en France. Paris, Recueil Sirey. (223 p.) Fr. 25.
- Lubbe, Konstantin. Der Rechtsschutz des Ausländers im Handel u. vor d. Gerichten Lettlands. Riga, Löffler. (76 S.) M. 5.



# Der junge Jurist. Beilage zur DJZ. 35. Jahrg. (1930) Heft 23

Diese Beilage erscheint monatlich; sie ist einzeln nicht käuflich. — Einsendungen auch hierfür sind nur an die Schriftleitung der DJZ., Berlin W 57, Potsdamer Straße 96, zu richten.

**Reifezeugnis und juristisches Studium.** Geh. Rat, Prof. Dr. v. Beling beschäftigt sich auf S. 1230, 1930 d. Bl. mit einem Problem, das bei anderen Berufen schon in erheblichem Umfange zu praktischen Folgerungen geführt hat, mit der Frage, ob und wie man sich außer auf Grund der Abgangszeugnisse auch auf andere Weise ein Bild darüber verschaffen kann, ob der Hochschulanwärter und der Anwärter für den Juristenberuf die erforderlichen geistigen Qualitäten mitbringt. Als solche geistigen Qualitäten nennt v. Beling: „befriedigende Auffassungsgabe, Denkfähigkeit, Sorgfalt besonders im Gebrauch der Muttersprache (mit Einschluß der Satzzeichensetzung) und die Gabe, sich in geordneter Gedankenführung auszudrücken.“ Ueber das Vorhandensein dieser Fähigkeiten soll den von der Schule abgehenden Hochschulanwärttern ein Sonderzeugnis ausgestellt werden. Da es sich bei diesen Fähigkeiten größtenteils um solche handelt, die auf angeborenen psychischen Anlagen beruhen und die Feststellung dieser Anlagen und Fähigkeiten in das Gebiet der angewandten Psychologie fällt, so geht damit v. Beling auf das Problem der psychologischen Eignungsfeststellung für das Hochschulstudium und den Juristenberuf ein.

Der Gedanke, ein Sonderzeugnis einzuführen, ist durchaus zu begrüßen. Doch möchte ich auf Grund meiner früheren Tätigkeit als praktischer Psychologe<sup>1)</sup> auf einige Punkte hinweisen, die ein Bild von der Schwierigkeit eines solchen Sonderzeugnisses verschaffen sollen.

Vorerst müßte wohl festgestellt werden, welcher Art und wie hoch der Grad der von v. Beling aufgeführten Fähigkeiten sein muß, um sie als ausreichend für das Hochschulstudium bezeichnen zu können. Dieser Grad läßt sich nur dadurch bestimmen, daß man die einzelnen Berufe, auf die das Hochschulstudium vorbereitet, in unserem Falle auch die Tätigkeit des Juristen, daraufhin untersucht, ein welch hohes Maß an den von v. Beling aufgeführten Fähigkeiten erforderlich ist, damit sie befriedigende Berufsleistungen garantieren.

Weiterhin ist aber auch die Art dieser Fähigkeit von Bedeutung. Es gibt Menschen, die eine hervorragende Denktätigkeit nur bei konkreten Dingen entwickeln, während andere nur durch abstraktes Denken bedeutende Leistungen erreichen. Lautet das Urteil des Lehrers dahin, daß ein bestimmter Hochschulanwärter befriedigende Denkfähigkeit zeigt, so kann er doch, wenn diese allzu stark konkret gerichtet ist, für einen Beruf ungeeignet sein, der streng abstraktes Denken erfordert.

Der Juristenberuf verlangt außer den von v. Beling aufgezählten Fähigkeiten noch besonders geartete psychische Funktionen, ohne deren Vorhandensein er nicht auszuüben wäre. Eine analysierende Untersuchung des Juristenberufes und seiner verschiedenen Arten (Rechtslehrer, Richter, Rechtsanwalt) müßte näheren Aufschluß darüber geben. Die einzelnen Arten des Juristenberufs selbst zeigen untereinander z. T. noch größere psychologische Verschiedenheiten, als sie zwischen dem Juristenberuf und einem anderen Beruf bestehen.

Die größten Schwierigkeiten in der Abgabe eines Sonderzeugnisses liegen m. E. aber bei dem, der das Sonderzeugnis ausstellen soll. Dies soll nach v. Beling wohl der Lehrer tun. Ein Lehrer wird aber bei fast jedem Abiturienten mit gutem Gewissen behaupten können, daß dieser befriedigende Auffassungsgabe, Denkfähigkeit usw. besitzt, da er es sonst wohl kaum bis zum Abitur gebracht hätte. Der Begriff „befriedigende Auffassungsgabe“ ist aber ein so weiter, daß viele Lehrer, wenn sie dieses Urteil abgeben, zwar etwas Gleichlautendes sagen, aber etwas Verschiedenes meinen, oder sie beurteilen wegen ihres verschiedenen Bewertungsmaßstabes gleichgelagerte Fälle verschieden. Schließlich muß der Lehrer einen festen Anhaltspunkt dafür haben, zu welchem Zweck er das Sonder-

zeugnis abgeben soll. Verlangt man von ihm schlechthin ein Zeugnis über die Fähigkeiten, dann wird dies nichts anderes als eine Umschreibung der Zensuren werden. Stellt man die Fragen an den Lehrer konkreter auf die „geistigen“ Berufe ab, dann werden zwar auch die Sonderzeugnisse konkreter gehalten sein, dafür wird aber den verschiedenen Anschauungen der Lehrer über die von einem geistigen Beruf zu verlangenden psychischen Anforderungen schon ein breiter Spielraum gelassen; die von den einzelnen Lehrern ausgestellten Sonderzeugnisse werden nicht mehr vergleichbar sein. Schließlich wird, falls die Fragestellung speziell auf den juristischen Beruf zugeschnitten ist, der Lehrer erst recht nicht imstande sein, ein treffendes Urteil abzugeben, da er wohl kaum wissen kann, welche psychischen Anforderungen der Juristenberuf verlangt.

Bei Abfassung eines solchen Sonderzeugnisses kann sich und wird sich der Lehrer noch mehr als bei den Reifezeugnissen von dem Gedanken leiten lassen, dem Abiturienten nicht die Zukunft zu verderben. Bescheinigt aber der Lehrer dem Abiturienten eine „nicht befriedigende Auffassungsgabe“, so wird er ihm nicht nur für das Hochschulstudium, sondern auch für die meisten praktischen Berufe den Weg versperren, da bei der Aufnahme in den praktischen Beruf auch die Vorlage dieses Sonderzeugnisses verlangt werden wird. Diese Verantwortung wird der Lehrer kaum auf sich nehmen wollen. Er kann bei der Vieldeutigkeit einzelner Fähigkeiten das Urteil so in allgemeinen Ausdrücken halten, daß vorhandene Mängel nicht hervortreten.

Daher möchte ich, unter grundsätzlicher Anerkennung des von v. Beling geforderten Sonderzeugnisses, in Erwägung bringen, die beim Hochschulstudium verlangte Tätigkeit und insbes. die dem Hochschulstudium folgenden praktischen Tätigkeiten einer eingehenden psychologischen Untersuchung daraufhin zu unterziehen, welche psychischen Voraussetzungen zu ihrer befriedigenden Durchführung erforderlich und welcher Art die so herausgeschälten Fähigkeiten sein müssen, ob sie sich durch den Lehrer feststellen lassen, falls sie überhaupt feststellbar sind, welche besonderen psychischen Anforderungen an den Juristenberuf gestellt werden, ob diese sich in einer Prüfung erkennen lassen und ob es nicht aus psychologischen und aus im Interesse des Prüflings liegenden Gründen angebracht ist, diese Feststellungen und das Sonderzeugnis einer in solchen Feststellungen erfahrenen Stelle zu überlassen.

Nach den Erfahrungen, die ich bisher bei Eignungsprüfungen für geistige Berufe gewonnen habe, werden allein schon die oben geschilderten Vorarbeiten keine leichten sein. Erst bei Vorliegen dieser Ergebnisse wird man die Frage entscheiden können, ob die Feststellung der verlangten Fähigkeiten möglich ist; die Durchführung aller dieser Arbeiten setzt eine eingehende Kenntnis der psychologischen Forschungen und der psychologischen Methodik voraus.

Amtsgerichtsrat Dr. phil. et jur. Wilh. Weber, Berlin.

**Die Ueberfüllung des Juristenstandes in Frankreich** ist seit Jahrzehnten so groß, daß schon seit langem mit allen Mitteln versucht wurde, sie einzuschränken und von dem juristischen Studium abzuschrecken. Bisher half aber so gut wie nichts; darum griff man jetzt zu dem Mittel, die Prüfungen zu erschweren. Wie scharf dabei vorgegangen wird, erhellt aus den Ergebnissen der unlängst stattgefundenen Examina an der juristischen Fakultät in Paris.

Bei diesen Prüfungen belief sich die Zahl aller Kandidaten (die normale Dauer des juristischen Studiums in Frankreich beträgt drei Jahre, in jedem Jahre findet eine Prüfung statt) auf 6013, von denen es nur knapp 1800 gelang, die mündliche und schriftliche Prüfung zu bestehen. Besondere „Verluste“ erlitten die Kandidaten des 1. Jahres; es waren insges. rund 3000, von denen nur etwa 800 bestanden, so daß rund 70 % durchfielen. Das Verhältnis bei den Kandidaten des 2. und 3. Jahres belief sich auf etwa 50 %; also die Hälfte dieser schon einigermaßen Er-

<sup>1)</sup> Vgl. mein Lehrbuch: „Die praktische Psychologie im Wirtschaftsleben“. Eine erste systematische und kritische Zusammenfassung des gesamten Gebietes der Wirtschaftspsychotechnik. 412 S. Leipzig 1927



proben fiel auch durch. Nun waren aber schon ohne Erfolg i. J. 1929 die Prüfungen erschwert worden; die Zahl der diesjährigen Kandidaten übertraf die des Vorjahres dennoch um etwa 800. Dabei hat sich das Niveau der Kandidaten bis jetzt noch nicht gehoben. Der Durchschnitt soll sehr mittelmäßig, der wirklich hervorragende Student sehr selten sein. Schon seit Jahren wird von den jungen Kandidaten die Abfassung von Arbeiten mehr allgemeiner Natur verlangt, und gerade hier soll es am meisten hapern. „Oberflächliche Kenntnisse, orthographische Fehler, Fehler im Stil, Verständnislosigkeit für das gestellte Thema und Unfähigkeit in der logischen Entwicklung“, so klagte letzthin einer der Examinatoren, „dies bietet man uns nur zu oft, uns, die wir verpflichtet sind, trotz unserer Sympathie für unsere Studenten durch peinliche, wenn auch nötige Strenge die Würde der akademischen Wissenschaft zu wahren. Aber wir sind gar nicht so streng. Dagegen bilden sich viele junge Leute ein, daß man ohne ernsthafte Arbeit in das Examen steigen könne. Viele von ihnen — und man versteht dies in unserer schweren Zeit — haben mehr oder weniger gewinnbringende Nebenbeschäftigungen, die sie vom Studium abhalten. Andere wieder arbeiten nur, wenn ihnen der Sport oder ihre gesellschaftlichen Verbindungen hierzu Zeit lassen. Unsere heutigen Mittelschulen aber, die lange nicht mehr so gründlich wie früher arbeiten, verleihen unseren jungen Leuten eine nur recht geringe Lust nach wissenschaftlicher Forschung und nach einer als Grundlage dienenden Allgemeinbildung. In diesen Umständen und nirgends anders muß man die Erklärung für das Scheitern so vieler Kandidaten suchen.“

Eine andere Autorität beantwortete die Frage, ob man das Niveau der heutigen Examina wieder herabsetzen könne, mit einem glatten Nein: „Es wurde wieder gehoben, um den guten Ruf der juristischen Fakultät aufrechtzuerhalten und um mit Sorgfalt eine Elite heranzubilden, aus der die Anwaltschaft, die Richter, die Behörden, die großen Verwaltungen und — die Politik immer wieder einen guten Nachwuchs rekrutieren können.“ Ungefähr das gleiche äußerte ein anderer Kenner: „Die Examina, wie sie heute sind, stellen Stauwälle dar, die die Fluten der Unfähigen, der Amateure und jener jungen Leute eindämmen sollen, die vielleicht den besten Willen haben, denen es aber an den notwendigen Fähigkeiten gebricht, um ernsthaft zu arbeiten. Unsere jungen Abiturienten sollten sich hierüber klar werden. Wäre das immer der Fall, so würden sich viele von ihnen bittere Erfahrungen ersparen.“

Es scheint also, daß man das hohe neue oder wieder-gewonnene Niveau der juristischen Examina beibehalten will, wofür auch die Fachpresse eintritt. Weniger erfreut hierüber sind — von den Jurastudenten natürlich abgesehen — die andern Fakultäten, besonders die medizinische, die jetzt von den aus der juristischen Ausgeschiedenen überschwemmt werden soll. Das wird um so unangenehmer empfunden, als heute im französischen Aerztetand ebenfalls eine sehr starke Ueberfüllung herrscht, gegen die man mit ähnlichen Maßnahmen vorgehen will.

Dr. Uebelhör, z. Zt. Paris.

**Zweiter Fortbildungskursus des Kriminalistischen Instituts der Universität Köln für Referendare.** Bereits S. 1150, 1930 d. Bl. war darauf aufmerksam gemacht worden, daß besonders bei dem jungen Strafrechtler die mangelnde Schulung mit psychologischen Fragen sich schmerzlich bemerkbar mache. Dem abzuhelfen, veranstaltete das Kriminalwissenschaftliche Institut der Univ. Köln v. 20. bis 25. Okt. 1930 seinen 2. Fortbildungskursus für Referendare. Prof. Dr. Aschaffenburg behandelte die „Bewahrung und Sicherung von kriminellen Persönlichkeiten“, wobei er sich auch kritisch zu den Vorschlägen bez. der Unterbringung von Rechtsbrechern in Heil- und Pflegeanstalten, in Trinkerheil- oder Pflegeanstalten, Arbeitshäusern und Sicherungsverwahrung äußerte. Unter dem Thema „Ausgewählte Fragen aus der gerichtlichen Psychiatrie“ besprach PrivDoz. Dr. Bürger-Prinz organische Schwachsinnformen und ihre Bedeutung für das Strafrecht. Ergänzend beschäftigte sich Prof. Schneider mit „Abnormen seelischen

Reaktionen als Ursachen und Folgen von Delikten“. In einem weiteren Vortrag legte er „Grundzüge der Persönlichkeitskunde“ dar, indem er über deren verschiedene Systeme einen Ueberblick gab, um dann Kretschmers Lehre von Körperbau und Charakter zu schildern. Sodann behandelten Dr. Luz „Verbrechensanreize durch Kino und Presse“, Prof. Dr. Busch „Probleme der Zeugenaussage“, der u. a. darauf hinwies, daß die fehlerhafte Aussage die Regel darstelle und Fragen, insbes. solche positiver Art, die Zuverlässigkeit des Zeugen ungünstig beeinflussen. Er empfahl, wenn eine Tonfilmaufnahme des Zeugen und seiner Aussage unmöglich sei, jedenfalls eine genaue kurzschriftliche Aufnahme. Als letzter erörterte Prof. Dr. Bohne die „Forensische Beurteilung von Schußverletzungen“.

Das Vorgetragene wurde teils durch Vorführung einiger Krankheitsfälle, teils durch Wiedergabe von Zeichnungen und Lichtbildern, teils durch Versuche erläutert.

Referendar Gustav Marx, Köln.

**Schulung für die juristische Praxis.** Ein induktives Lehrbuch von RA. u. Notar Dr. Walter Lux. 2., vollst. neubearb. Aufl. 1928/29. München, H. W. Müller. Geb. 41 M.

Glücklich ein Referendar, der in seiner Ausbildungszeit einige Male Lehrmeister findet, die mit Lust und Liebe und pädagogischem Geschick sich seiner annehmen. Ist ihm ein solches Glück nicht beschieden, so hängt das Fortschreiten seiner Ausbildung wesentlich davon ab, inwieweit er als Autodidakt aus den Rechtsfällen, die ihm in den einzelnen Ausbildungsabschnitten entgegen treten, zu lernen vermag. Hierbei kann ihm das in 2. Aufl. jetzt vollständig vorliegende Werk ein recht nützliches Hilfsmittel sein. Fortschreitend durch die einzelnen Ausbildungsabschnitte wird in 26 Kapiteln unter Anknüpfung an praktische Fälle in anschaulicher und dem Verständnis des jungen Juristen angepaßter Weise auf die rechtlich und wirtschaftlich bedeutsamen Gesichtspunkte des Einzelfalles hingewiesen und dargelegt, wie der Fall geschäftlich zu behandeln, welche Fehler vornehmlich zu vermeiden sind und wie er zu entscheiden ist. Auch als Leitfaden für Kurse und Übungen wie als Lehrmittel für Beamte des mittleren Dienstes, die als Rechtspfleger richterliche Geschäfte wahrzunehmen haben, wird das Werk mit Nutzen verwandt werden können.

Vizepräsident des KG. a. D. Dr. David, Berlin.

**Fälle und Fragen des Staats- und Verwaltungsrechts.** Ein Übungsbuch für den Unterricht von Geh. JR., Prof. Dr. Gerhard Anschütz. 6., unveränderte Aufl. (Praktika des bürgerlichen und öffentlichen Rechts, Bd. II). 1930. Berlin, Liebmann. 2 M. **Vorzugspreis für Abonnenten der DJZ.** nur 1,80 M.

Gegenüber der 4. Auflage brachte die 5. nur insofern Änderungen, als Berichtigungen und formale Verbesserungen vorgenommen waren. Nun ist schon wieder eine neue Auflage erforderlich geworden, die als unveränderter Neudruck der 5. Auflage erschienen ist. Die rasche Aufeinanderfolge der Auflagen zeugt von dem Wert des Buches. Im 1. Teil sind 35 Aufgaben des Verfassungsrechts, im folgenden 67 Fälle des Verwaltungsrechts gegeben. Praktische Aufgaben aus dem Gebiete des Staatsrechts zu übermitteln ist besonders verdienstlich, da bei der geringen Anzahl von Fällen, in denen staatsrechtliche Streitfragen entstehen, die künstlich für den Unterricht fingierten Fälle leicht etwas Erzwungenes an sich tragen. Der Verf. hat eine sehr glückliche, meist aus der Praxis geschöpfte Auswahl getroffen. Leichter ist es, aus dem weiten Gebiete des Verwaltungsrechts Fälle für den Unterricht herauszugreifen. Aber auch hier zeigt Anschütz eine glückliche Hand. Sowohl die staatsrechtlichen wie die verwaltungsrechtlichen Fälle zwingen den Studierenden, sich mit den Problemen des geltenden Rechts, auch mit neuesten Streitfragen, wie sie z. B. der Potsdamer Flaggenstreit hervorgerufen hat, zu beschäftigen. Das Buch ist ein vortreffliches Hilfsmittel für den Unterricht und das private Studium.

Geh. RegRat, Professor Dr. Hellfritz, Breslau.